

GrKo20

Das Erleben der Anderen

Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 6. November 2020

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

GrKo20

Das Erleben der Anderen

Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 6. November 2020

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Herausgeber

Schader-Stiftung
Goethestraße 2, 64285 Darmstadt
Telefon 0 61 51 / 17 59 - 0
Telefax 0 61 51 / 17 59 - 25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Redaktion

Alexander Gemeinhardt (verantwortlich),
Monika Seipp-Berghäuser, Alla Stoll, Anna-Lena Treitz

Texte

Katharina Apfelbaum, Michèle Bernhard, Saskia Flegler,
Alexander Gemeinhardt, Anselm Hager, Jens Hübertz,
Gisela Kubon-Gilke, Johanna Lanio, Karen Lehmann,
Sara Lüttich, Elham Manea, Kirsten Mensch, Luca Müller,
Laura Pauli, Matthias Quent, Tobias Robischon,
Ulrike Röttger, Philipp Schulz, Stefan Selke,
Anna-Lena Treitz, Dennis Weis, Julian Wékel

Fotografie

Christoph Rau, Darmstadt
Schader-Stiftung

Satz

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Gestaltung und Herstellung

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-932736-52-0



Dezember 2020



Inhaltsverzeichnis

1

7 Einleitung

2

13 Programm

3

19 Prolog

4

21 Keynotes

5

35 Dialog-Cafés

6

83 Biogramme der Teilnehmenden

7

111 Wahl zum Kleinen Konvent

Wenn 2020 in der allgemeinen Wahrnehmung ein ganz besonderes Jahr war, ist das so banal wie bezeichnend. Zum Ausklang des Jahres steht nicht nur der Gedanke an die Toten und die Sorge um die mit bleibenden Schäden belasteten Mitmenschen im Zentrum, auch die Verteilung von medizinischer und sozialer Versorgung zwischen West und Ost, Süd und Nord, die empörenden Gerechtigkeitslücken und blinden Flecken infolge von Krieg, Unterdrückung, Hunger, Missbrauch und Ausbeutung, oft verdeckt durch die alles beherrschende Pandemie, geben Anlass zu Sorge, Kritik und stetiger Wachheit. Das Erleben der Anderen kann uns nicht gleichgültig sein, nicht in unseren Quartieren und nicht in der Verantwortung der einen Welt.

Wenn 2020 ein ganz besonderes Jahr war, spricht dies aber auch von unserer Missachtung der normalen Jahre und dem Horizont, der unsere Wahrnehmung rahmt. Verunsicherung, Krankheit, Ungleichheit, Verletzung der Menschenwürde, Bedrohung des Lebensstandards, Sorge um die eigenen Liebsten, rasante Entwicklung von Lebensumständen, bedrohliche Einschränkungen der Arbeitsmöglichkeiten und wirtschaftlicher Betätigung, des Konsums und der Erledigungen des täglichen Bedarfs, gesellschaftliche Verwerfungen und postfaktische Radikalisierung, Bedeutungsverluste der gewohnten Hierarchien, informelle Netzwerke und Statusspiele, die Herausforderung des ständigen Lernens und das *memento mori* – das ist Alltag. In dieser Intensität nicht in unserem Leben, nicht in der westlichen Wohlstandsgesellschaft, jedenfalls nicht auf deren Sonnenseite. Nicht in unseren Filterblasen innovativer Stadtmenschen, jedenfalls nicht in dieser Häufung. Aber bei den *Anderen*. Das Erleben dieses Anderen als Unseres, als neue Normalität, hat unser Leben in kürzester Frist in Frage gestellt. Und die Frage vertieft, wer sie denn sind, die Anderen, und wer dieses Wir ist – und ob jene Recht haben, die vor dem Othering warnen als obstruktiver Kategorie. Oder ob der experimentelle Zugang, zum Ich das Du zu finden, als Konventsthema trägt – und als Zugang zum Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis.

Das Erleben der Anderen

Ahnungsvoll war in diesem Sinne das Konventsthema „Das Erleben der Anderen“ im Stiftungsjahr 2020. Nicht etwa ein Blick in die Kristallkugel, sondern prophetisch im biblischen Sinne als eine Funktion der Zeitansage, des Hinsehens und des Botendiens. Der oder die Prophet*in sagt eben nicht die Zukunft voraus, sondern hat den klaren Blick auf die Gegenwart, öffnet Augen und deutet auf Missstände, auf Pfadabhängigkeiten hin. Propheten sind Vorläufer der Wahlforschung und der Technikfolgenabschätzung. Sie sollen nicht weissagen, sondern klar sehen. Hinschauen, was ist, mit Expertise, Unabhängigkeit und Empathie. In dieser Weise haben wir uns vorgenommen, „Das Erleben der Anderen“ zu fokussieren. Diese Anderen, die in den Sozialwissenschaften zunächst die Beforschten sind, die Konkurrerenden um Fördergelder und Aufmerksamkeit, die Praxis oder gar die Verächter der (eigenen) Wissenschaft – oder vice versa jene weit der Realität in Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft enthobenen Wissenschaftler*innen mit ihren Fußnoten und Sternchen, diese Anderen wollten wir in Beziehung bringen und haben das gerade in der Distanz intensiver getan als gedacht.

Insofern war 2020 auch für die Schader-Stiftung ein besonderes Jahr. In mancher Hinsicht auch ein besonders gutes Jahr. Denn wie so viele Personen und Institutionen kommen wir aus dem krisenhaften Jahr ein wenig klüger, viel kreativer, ganz sicher

demütiger und in jedem Fall achtsamer, als wir in vollem Tempo hineingegangen sind. Und dankbar, da unsere Stiftungsfamilie das Jahr gesund, voller Elan und mit großer Empathie für die Anderen gelebt hat; für die Kolleg*innen, die Mitglieder der Gremien, die vielen Kooperierenden und Gäste und letztlich auch für den Großen Konvent, der mit gut 160 Teilnehmenden am 6. November 2020 ganz anders war und dann doch wieder vertraut und erkennbar.

Wenn diese Dokumentation am vierten Advent abgeschlossen wird, wissen wir nicht, wie sich die nächsten Wochen und Monate entwickeln werden. Hier in Darmstadt arbeiten keine Wahrsager*innen, wir können nicht in die Zukunft schauen, sondern nur hinsehen. Das tun wir optimistisch, aber in höchster Konzentration, Vorsicht und Umsicht. Früher als staatliche und kommunale Vorgaben das forderten, haben wir die beiden Lockdowns intern umgesetzt, kulant Arbeitsprozesse neu organisiert und das Verständnis für die individuellen Bedarfe, Sorgen und Wünsche unserer Mitarbeiter*innen und Partner*innen zum Maßstab des Handelns gemacht. Denn es geht nicht nur um den Einzelnen, sondern immer auch um die Anderen – Du bist nicht allein.

DU BIST NICHT ALLEIN

„L'enfer, c'est les autres“, die Einleitung des Tagungsbandes zum Großen Konvent 2019 kam nicht ohne den Rückgriff auf Sartre aus bei dem Thema des Jahres 2019: „DU BIST NICHT ALLEIN. Öffentlicher Raum im Dialog“. Das hat nicht nur den Weg bereitet, sich der vermeintlichen Hölle des Anderen experimentell zu nähern und sie in Projekten und Veranstaltungen zu beleuchten, sondern auch gezeigt, wie verführerisch dieses isolierte Zitat ist. Denn entgegen unserer schlagerartigen Ansage des vergangenen Jahres war gerade das im ablaufenden Jahr die zentrale Frage: Wer ist „wir“ – und wenn ja, aus wie vielen Haushalten? Wie geht das mit dem Alleinsein und dem Begegnen? Aus den Projekten zum öffentlichen Raum 2019 konnten wir 2020 zehren, denn die Zuschreibungen, Funktionen und Potenziale des öffentlichen Raums haben sich in der Pandemie neu entwickelt. Abstände, Schließungen von Geschäften und Lokalen, Verzehrerbote und Maskenpflicht verändern die Innenstädte, Spielplätze, Bahnhöfe und Begegnungsorte massiv. Entgegen aller Planung erlebt der motorisierte Individualverkehr ein Comeback, der ÖPNV ist mit Unsicherheit belastet, Begegnungen mit Anderen potenziell gefährlich.

Allein geblieben ist die Schader-Stiftung wahrlich nicht. Keine zehn Prozent der Veranstaltungen und Projekte mussten wir längerfristig verschieben oder gar absagen, unsere Kooperationspartner*innen sind besonnen und treu dageblieben und haben die flexiblen, oft kurzfristigen Änderungen, Anpassungen und Umplanungen mit vollzogen, mal kreativ, mal stoisch, immer loyal. Dafür sind wir sehr dankbar und so konnten wir unsere Aufgabe der Ermöglichung eines Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis ausfüllen.

Besonderer Dank geht dafür an die Gremien, die uns begleiten. Dem Senat gehört mit der Preisverleihung 2020 die Verhaltensökonomin Dorothea Kübler (Berlin) an, trefender hätte die in 2019 erfolgte Auswahl gar nicht sein können, denn die Preisträgerin bringt auch mit ihrem Engagement im Verein für Socialpolitik einen ganz wichtigen Impuls in die Stiftung ein. Verabschiedet wurde Paul Kirchhof (Heidelberg), der über sieben Jahre die Stiftung engagiert begleitet und befördert hat. Die Preisverleihung musste verschoben werden und wurde schließlich mit beachtlichem Interesse online im November nachgeholt. Dorothea Küblers Reaktion auf die Verschiebung – „Dann kann ich mich noch ein bisschen länger darauf freuen!“ – wurde in der Stiftung zur geflügelten, motivierenden Sentenz. Zunächst Christine Landfried (Hamburg) und dann Angelika Nußberger (Köln) als Sprecherinnen des Senats steuerten diesen Prozess ge-



lassen und souverän. 2021 wird nun der Soziologe Armin Nassehi (München) mit dem Schader-Preis ausgezeichnet und in den Senat aufgenommen werden.

Der Stiftungsrat hat unter der Leitung von Rudolf Kriszeleit (Frankfurt) und Karin Wolff (Bad Homburg v.d.H.) die Stiftung in diesen bewegten Zeiten eng unterstützt und wir sind glücklich, dass unser Stifter Alois M. Schader nach wie vor aktiv an der Stiftungsarbeit Anteil nehmen kann und die Entwicklung seines Lebenswerks begleitet. Mit Robert Langer (Bensheim) konnte ein Vorstand für das Ressort Vermögen/Finanzen/Liegenschaften gewonnen werden, der das Vorstandsteam mit Christof Eichert (Düsseldorf) und Alexander Gemeinhardt (Darmstadt) ergänzt.

Mit dem Großen Konvent findet jährlich die Wahl zum Kleinen Konvent, dem Wissenschaftlichen Beirat der Schader-Stiftung, statt. In diesem Jahr schieden mit dem Soziologen Stefan Selke (Furtwangen) und dem Stadtplaner Julian Wékel (Berlin/München) zwei langjährige Mitglieder turnusgemäß aus, die den Kleinen Konvent und die Arbeit der Stiftung tief geprägt haben. Erwähnt seien die Öffentliche Wissenschaft, das zentrale Thema in Stefan Selkes Arbeit, aber auch die spannende Verbindung von Gesellschaftswissenschaften und Weltraumfahrt, die er in den vergangenen Jahren mit uns akzelerierte, und die Neuorientierung an städtebaulichen Themen durch den Wissenschaftlichen Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), Julian Wékel. Beide werden uns in der Projektarbeit verbunden bleiben.

Neu gewählt wurden die Raumplanerin Ursula Stein (Frankfurt/Kassel), die bereits im Feld Kommunikation und Planung mit der Schader-Stiftung aktiv ist, und der Soziologe Roger Häußling (Aachen). Er ist als Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung (DGNet), die in der Schader-Stiftung gegründet wurde, bereits seit Langem mit der Stiftungsarbeit verbunden. Wiedergewählt wurde die Volkswirtschaftlerin Gisela Kubon-Gilke (Darmstadt). Sie bilden zusammen mit den 2019 gewählten Anselm Hager (Berlin), der Konvents-Sprecherin Caroline Y. Robertson-von Trotha (Karlsruhe), Ulrike Röttger (Münster) und Philipp Schulz (Heidelberg) als kooptiertem Vertreter der nächsten akademischen Generation den neuen Kleinen Konvent.

C like Communication – Cooperation – Convention

Einiges, das heute selbstverständlich ist, haben wir vor einem Jahr noch schräg angesehen. Und wenn wir innehalten, schütteln wir den Kopf. Warum haben wir vor einem Jahr den vorbeugenden Gesundheitsschutz nicht durchgehend zur Standard Operation Procedure bei Dialogveranstaltungen gemacht? Wie konnten wir so zurückhaltend sein, Dienstreisen zu ersparen zugunsten von Videokonferenzen? Warum war die Anwesenheit einer zugeschalteten Expertin und eines digital anwesenden Kol-

legen weniger „wert“ als die Person in Präsenz? Kooperiert hat die Schader-Stiftung schon immer in jedem Projekt, aber die Bereitschaft ist insgesamt, auch in größeren Verbänden, stark gestiegen. Wir haben seit Jahren darauf Wert gelegt, nicht möglichst viele, sondern die richtigen Personen auf dem Schader-Campus zusammenzubringen. Das wurde nun, da die Zahlen bei Hybridveranstaltungen und gerade in Hintergrundgesprächen deutlich kleiner werden mussten, immer wichtiger. Es schadet der Qualität nicht – und am Ende dieses Jahres hatten wir mit weit über dreitausend Fachbesucher*innen fast das Niveau des Vorjahres, diesmal zur Hälfte digital. Halten wir all das fest als neue Normalität – und hinterfragen es permanent, ob es der Sache und den Menschen wirklich dient.

Mit dem *schaderblog* haben wir uns als Stiftung selbst die Möglichkeit gegeben, Unfertiges, Nachdenkliches, Querstehendes und Beiläufiges zu veröffentlichen – die Mitglieder des Großen Konvents sind ganz besonders eingeladen, dieses Medium zu nutzen. Dort können und sollen auch die Anderen zu Wort kommen, die wir auch zu Gehör bringen: Der Podcast „In guter Gesellschaft“ hat mittlerweile ein Dutzend Folgen produziert. Zwei Teams nehmen Gespräche „In guter Gesellschaft von...“ auf beziehungsweise gehen sozialwissenschaftlichen Grundannahmen „praktisch irrelevant“ auf den Grund. Neben dem eingeführten Twitter-Account ist @schaderstiftung seit Dezember 2020 auch auf Instagram aktiv. Für all diese Prozesse ist ganz konkret den Kolleg*innen zu danken, die Krise als Chance begriffen und Kommunikation in den Fokus gestellt haben.

Konsequenterweise werden wir im Rahmen der DIALOGmanufaktur der Schader-Stiftung im kommenden Jahr in einen Prozess kollegialer Beratung eintreten, um mit unseren Partner*innen von diesen neuen Kooperationen und Methoden dauerhaft lernen und Erfahrungen teilen zu können. Die Digitale Dependance bleibt im Einsatz, um während, aber auch vor und nach Veranstaltungen und während längerer Projekte einen eigenen Raum zur gemeinsamen Arbeit zu haben. Auf Mural- und Miro-Boards waren wir schon länger zuhause, nun wird es Standard und erleichtert die Kollaboration auch intern, wo mobiles Arbeiten aus vielen Gründen normal wird.

2020 war das Jahr, in dem wir „Zehn Jahre Schader-Forum“ feiern wollten, zudem die Wiederinbetriebnahme von Haus Schader und damit die Komplettierung des Schader-Campus. Nachdem unser Stifter sein ehemaliges Wohnhaus vor wenigen Jahren verlassen und nun zielgenau für die Nutzung durch die Stiftung hergerichtet hat, haben wir keine Einweihung gefeiert, sondern die Räumlichkeiten direkt in Nutzung genommen. Als Ort für kleinere, vertrauliche Runden, aber auch als Broadcasting-Raum für Online-Veranstaltungen. 2021 startet die Schader-Residence als Einladung für Scientist-/Artist-/Journalist-in-Residence in Haus Schader, ein ganz besonderer Ort für die besonders enge Zusammenarbeit mit Persönlichkeiten, die die Inspiration des Orts und die Nähe zur Stiftung für die Entwicklung gemeinsamer und eigener Projekte nutzen wollen.

Der Große Konvent ist nicht einfach eine Veranstaltung mehr; er ist satzungsgemäßes Element des Stiftungsjahres. Damit stellt sich die Stiftung in einer im deutschen Stiftungswesen einzigartigen Form in den Austausch mit ihren direkten Nutzer*innen und Partner*innen. Folgerichtig ist die ganze Stiftung involviert – und involviert wiederum die ihr besonders verbundenen Gremienmitglieder. So ist der Kleine Konvent immer unmittelbarer Gesprächspartner der Wissenschaftlichen Referent*innen in der Vorbereitung und Begleitung der Dialog-Cafés. Ehemalige Praktikant*innen kommen als Protokollant*innen wieder und das ganze Haus organisiert einen besonderen Tag. Dies war in der Digitalen Dependance nicht weniger spürbar.

Dürfen wir als Team der Stiftung es als stilbildend in unserer Arbeit sehen, dass Hierarchien immer zuerst funktionale Hierarchien sind, wenn die jüngste Kollegin dieses wichtigste Stiftungsprojekt federführend begleitet? Seit zwei Jahren wird die Funktion einer „Mitarbeiterin der Konvente“ durch die Studentische Mitarbeiterin Anna-Lena Treitz ausgeführt, die darüber hinaus Verantwortung für den inspirierenden Prolog-Film und die redaktionelle Betreuung des Kongressfilms hatte. Ganz herzlichen Dank an sie und das Team der Vorbereitung mit Laura Pauli in der Steuerung durch den Vorstand, dem Organisationsteam um Hanna Santelmann und Alla Stoll und in diesem Jahr besonders an die Haus- und Veranstaltungstechnik mit Alexander Hinz und Justus Heinecker, die eine zuverlässige Übertragung und die eindrucksvolle Digitale Dependence (aus dem Hause *tingtool*) betreut haben. Die Kolleginnen Monika Berghäuser in der Redaktion, Alla Stoll im Lektorat und die Druckerei Ph. Reinheimer (Darmstadt) im Satz haben es ermöglicht, auch diese Dokumentation allen Widrigkeiten zum Trotz noch vor Weihnachten erscheinen zu lassen.

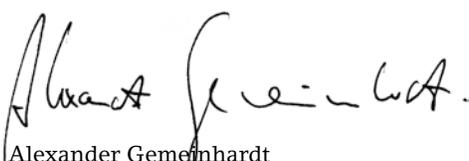
Fast schon ist diese neue Normalität zur Regel geworden, haben wir uns nach einem bewegten Jahr an die digitalen Formate gewöhnt, sehen viele langfristige Vorteile und entwickeln weiter passgenaue und originelle Formate in hybriden und digitalen Formen. Und doch behält all das seinen experimentellen Charakter, nicht nur für uns.

Normalität als Experiment

Auf dem Weg zum Großen Konvent 2021 wird sich die Schader-Stiftung mit dem Konventsthema „Normalität als Experiment“ beschäftigen. Normalitäten haben sich im vergangenen Jahr schneller gewandelt als gewohnt, die Gesellschaft war gezwungen und ermutigt, gemeinsam zu lernen, echte Alternativen zu suchen, wahrhaft quer zu denken und politische Entscheidungen passgenau umzusetzen. Gleichzeitig ist uns bewusst geworden, wie Grundrechte, Freiheiten und individuelle Bedürfnisse nicht statisch, sondern permanent agil gegeneinander abzuwägen sind, um immer wieder neue Normalitäten zu erlauben.

Maske ja oder nein, wann kommt der Impfstoff, Infektionsketten mit und durch Kinder – etliche Entwicklungen und Entscheidungen erschienen experimentell und waren es auch. Politik hat gerade im ersten halben Jahr der Pandemie bei aller Gefährdung und Ernsthaftigkeit auch die Freiheit erlebt, unmittelbar faktenbasiert, wissenschaftsgetrieben regieren zu können, mit neuen Koalitionen und jenseits von langjährig bindenden Parteiprogrammen und Koalitionsverträgen. Das Erleben der Anderen führt ins Offene, ins Experiment. Dem wollen wir nachgehen und, wo immer wir können, auch die Begriffe zurückholen ins demokratische und zivilgesellschaftlich wirksame Spektrum, in das sie gehören: Die Alternative, das Querdenken, die Diktatur, wir haben als Gesellschaft und als Gesellschaftswissenschaften definitorische Arbeit vor uns, um die Schlagworte dieser Zeit lebendig und kräftig und trennscharf zu halten.

Und selbstverständlich wird auch das Experiment vice versa zur Normalität. Falls Sie das Konventsthema also versehentlich umdrehen, muss das kein Versehen sein. Experimentieren Sie mit uns – und bleiben Sie vor allem gesund und optimistisch!



Alexander Gemeinhardt
Geschäftsführender Vorstand
Direktor des Stiftungszentrums

10:30 – 10:40 Uhr **Begrüßung**
Alexander Gemeinhardt
 Vorstand der Schader-Stiftung

10:40 – 10:50 Uhr **Prolog**
 „Das Erleben der Anderen“ – Fünf Perspektiven

10:50 – 11:35 Uhr **Keynotes**
PD Dr. Elham Manea
 Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich
Dr. Matthias Quent
 Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
 der Amadeu Antonio Stiftung, Jena

11:35 – 12:15 Uhr **Aussprache**
Gesamtmoderation
Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha
 Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

12:15 – 12:30 Uhr **Wahl**
Erläuterung des Verfahrens

12:30 – 13:00 Uhr Mittagessen

Dialog-Cafés

Dialog-Café 1 Ich, Du und die Anderen

Begleitung: *Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke*, Evangelische Hochschule Darmstadt

Moderation: *Karen Lehmann*, Schader-Stiftung

Nach Hegel ist die Bildung des Bewusstseins des Selbst nicht ohne das Andere möglich. Nur im Vergleich mit Anderen können die eigenen Qualitäten und Besonderheiten umrissen werden. Eine Kombination mit dem Grundgedanken des „Othering“, einem Prozess der Selbsterhöhung auf individueller und kollektiver Ebene, könnte zur Annahme führen, dass in einer Gesellschaft massive Probleme der Verständigung und fehlender Solidarität regelrecht zu erwarten sind. Welche Rolle spielen Selbstbilder, Fremdbilder und Feindbilder für das Agieren von Individuen in der Gesellschaft? Welche kommunikativen Auswirkungen haben sie? Wie wirken sie sich auf die gesamtgesellschaftliche Dialogfähigkeit aus?

Dialog-Café 2 Wissenschaft erleben die Anderen

Begleitung: *Prof. Dr. Ulrike Röttger*, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Moderation: *Saskia Flegler*, Schader-Stiftung

*Wie steht es um die Rolle und Bedeutung von Wissenschaft für die Gesellschaft, unsere Kultur, aber auch für die Politik? Der Ruf nach wissenschaftsbasierten Empfehlungen mittels Fakten, Daten und Prognosen für politische Entscheidungen zu gesellschaftlichen Problemstellungen wird lauter. Gleichzeitig muss die Wissenschaft hohen Ansprüchen genügen und Wissenschaftler*innen*

müssen sich den skeptischen Nachfragen der „Anderen“ stellen – die wiederum Wissenschaft als andersartig wahrnehmen. Welche kreativen Wege und innovativen Formate der Wissenskommunikation gibt es, um auch Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die sonst außen vor bleiben? Wie kann eine Wissenskommunikation für alle gelingen?

Dialog-Café 3 Erleben der Aussteiger*innen

Begleitung: Prof. Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen

Moderation: Dr. Michèle Bernhard, Schader-Stiftung

*In den Feldern Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildung und Kultur wird die Gestaltung der Gesellschaft immer wieder kontrovers diskutiert. Auf der Suche nach Alternativen gelten „Aussteiger*innen“ als Pionier*innen, die mehr oder weniger radikal, anarchistisch oder futuristisch alternative Formen des Zusammenlebens, des Wirtschaftens und der Bildung experimentell erproben. Dies kann vom Verzicht auf bestimmte Dinge, wie zum Beispiel Plastik, bis hin zum Versuch des Lebens ohne Geld reichen. Sind das Utopien, Zukunftsvisionen oder tragfähige Konzepte? Und welche Aspekte sind damit verknüpft? Gemeinsam möchten wir darüber diskutieren, was wir aus dem Erleben der Aussteiger*innen lernen können. Was davon lässt sich im persönlichen Leben umsetzen? Welche Auswirkung hat dies gesamtgesellschaftlich?*

Dialog-Café 4 Sicherheitspolitik im Erleben der Anderen

Begleitung: Prof. Anselm Hager Ph.D., Humboldt-Universität zu Berlin

Moderation: Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

Kann es in den internationalen Beziehungen Sicherheit für nur eine Seite geben? Kann sich eine Nation sicher fühlen, wenn eine andere sich als von ihr bedroht ansieht? Führt die Bedrohungswahrnehmung der einen nicht automatisch zu einer abnehmenden Sicherheit der anderen? Und selbst, wenn wir die Bedrohungspotenziale und Sicherheitsbedarfe innerhalb einer Staatengruppe wie der EU oder der NATO anschauen: zeigen sich dort nicht unterschiedliche Wahrnehmungen, die Kooperationen zumindest erschweren? Das Dialog-Café will aufzeigen und diskutieren, wie Bedrohung und Sicherheit mit den Augen der Anderen gesehen werden.

Dialog-Café 5 Nähe erleben

Begleitung: Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berlin

und Philipp Schulz, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Moderation: Dr. Tobias Robischon, Schader-Stiftung

Wann und warum erleben Menschen Andere als vertraut, als zugehörig und als Teil eines Gemeinsamen? Das Erleben sozialer und persönlicher Nähe zu anderen Menschen ist voraussetzungsvoll, obgleich es oft als selbstverständliche Normalität erscheint. Es werden vielerorts erhebliche Mühen darauf verwandt, Bedingungen zu schaffen, von denen man sich eine Chance auf ein individuelles Erleben von Nähe und Gemeinschaft erhofft. Nähe zu Anderen wird gewünscht, doch ihr Zustandekommen bleibt ein erklärungsbedürftiger Glücksfall. Im Mittelpunkt dieses Dialog-Cafés steht die Frage, wie Nähe zwischen Menschen geschaffen werden kann.

13:00 – 14:00 Uhr

Session 1

Dialog-Café 1 Selbstbilder

Daniel Kubiak, Humboldt-Universität zu Berlin

Die eigene Identität bildet sich gerade auch in Erfahrungen des Einzelnen mit seiner Umgebung aus. Ein oft beobachtetes Phänomen ist der Prozess des Othering, in dem das Eigene als Norm gilt und das Andere als Abweichung abgewertet wird. Muss sich jedoch das Selbstbild tatsächlich zwangsläufig im Vergleich herausbilden und dieser zu einer Abwertung des Anderen führen? Wie beeinflusst den Einzelnen die Zuschreibung des Andersseins, die Erfahrung des Othering? Und, in der Konsequenz, wie bestimmt das Selbstbild des Einzelnen dann das Interagieren in der Gesellschaft?

Dialog-Café 2 Wissenschaft im Spannungsverhältnis

Ricarda Ziegler, Wissenschaft im Dialog, Berlin

Forschungsergebnisse und wissenschaftliche Erkenntnisse spielen für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen – wie derzeit im Kontext der Corona-Pandemie sehr deutlich erlebbar ist – eine zentrale und unersetzliche Rolle. Gleichzeitig werden Phänomene wie eine Wissenschaftsskepsis oder Elitenfeindlichkeit in Wissenschaft und Politik in den letzten Jahren zunehmend diskutiert. Wie ist es um das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in Wissenschaft und Forschende bestellt? Wie wird die Rolle der Wissenschaft in der politischen Entscheidungsfindung wahrgenommen und wie politisch aktiv dürfen Forschende sein?

Dialog-Café 3 Anders Leben – eine Utopie?

Prof. Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen

Eine Utopie setzt auf die Veränderung des Ganzen. Ziel ist meist eine ideale Welt und eine vitale soziale Gemeinschaft von Gleichen. Versuche, dies durch radikale andere Lebensentwürfe zu verwirklichen, haben sich im Laufe der Zeit immer wieder aktualisiert: Von der Lebensreformbewegung um 1900 über zahlreiche Modell-, Plan-, Showcase- und Idealstädte bis hin zu intentionalen Gemeinschaften säkularer und religiöser Art, die beispielsweise Kommunen bildeten. Es geht dabei weniger darum, die Machbarkeit der Utopien zu prüfen. Vielmehr zeigt der Blick in den Rückspiegel, was wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit für die Gegenwart und die Zukunft lernen können. Was benötigt ein „anderes“ Leben?

Dialog-Café 4 Sicherheitspolitik von Europa aus betrachtet

Audrius Paura, Botschaft der Republik Litauen, Berlin

Die Europäische Union diskutiert über eine Verteidigungskooperation, die bis zu einer gemeinsamen Armee führen könnte. Doch selbst in der im weltweiten Vergleich geopolitisch eher homogenen Lage Europas zeigen sich zwischen den EU-Mitgliedstaaten deutliche Unterschiede bezüglich der Bedrohungswahrnehmung. Im Baltikum etwa hegt man deutlich stärker Misstrauen gegen Russland als in Deutschland. Die nördlichen Staaten sorgen sich um die Situation in der Arktis, die Mittelmeerränder haben wiederum andere Befürchtungen. Wie lassen sich Bedrohung und Sicherheit in einem europäischen Maße wahrnehmen?

Dialog-Café 5 Andere verstehen

Prof. Dr. Hans-Peter Erb, Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg

Das Fühlen, Denken und Handeln anderer Menschen zu verstehen, ist Grundlage der Errungenschaften des Homo sapiens, die ein einzelnes Individuum niemals hätte realisieren können. Sich in andere hineinzusetzen erfolgt jedoch nicht mühelos oder automatisch. Oft konstruieren wir unsere eigene soziale Realität und projizieren unsere Wünsche, Bedürfnisse und Einstellungen auf andere. Inwieweit lässt es sich erlernen, andere Menschen zu verstehen?

14:00 – 15:00 Uhr

Session 2

Dialog-Café 1 Fremdbilder

Prof. Dr. Martina Thiele, Eberhard Karls Universität Tübingen

Direkte Kontakte und Primärerfahrungen sind trotz Globalisierung und der Möglichkeit zu reisen seltener als medial vermittelte Informationen. Und so beeinflussen Medien, was eine Gesellschaft als „fremd“, als „anders“ wahrnimmt. Durch Framing und Stereotype werden mediale Selbst- und Fremdbilder erzeugt und Gruppen wie Individuen bestimmte, positive wie negative, Eigenschaften zugeschrieben. Wie entstehen diese Frames und Stereotype? Wie lassen sie sich auflösen? Was bedeutet nicht-diskriminierende Berichterstattung in der journalistischen Praxis? Und wie können stereotypisierte Gruppen für eine differenzierte Darstellung in den Medien sorgen?

Dialog-Café 2 Wissenschaft kommuniziert

*Prof. Dr. Julia Metag, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Wo verortet sich Wissenschaft in der Gesellschaft und welchen Platz in der Gesellschaft nimmt Wissenschaft tatsächlich ein? Der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wird im Sinne der „Third Mission“ gefordert und auch immer stärker nachgefragt. Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig Wissenschaftskommunikation für den Umgang mit solchen gesellschaftlichen Herausforderungen ist. Allerdings werden wissenschaftliche Erkenntnisse nicht selten von der Bevölkerung in Frage gestellt und skeptisch beäugt. Die Kommunikation über Wissenschaft ist daher zwangsläufig mit Fragen nach der Glaubwürdigkeit, aber auch zu Sinn und Bedeutung der Expertise konfrontiert.*

Dialog-Café 3 Anders Wirtschaften

*Tobi Rosswog, freier Dozent, Autor und Aktivist
Eines der zentralen Themen der Menschheit ist die Frage, wie Tausch- und Handelsbeziehungen funktionieren. Jeder ist dabei auf den anderen angewiesen. Heutzutage findet der Tausch der Waren und Dienstleistungen nicht mehr direkt statt, denn wir bezahlen mit Geld. Ist es denkbar ohne Geld zu leben? Wie radikal kann sich die Wirtschaft wandeln und wie sinnvoll wäre das? Solidarisches Handeln und Kooperationen könnten dadurch gestärkt werden. Damit verbunden ist der Gedanke, dass nicht jeder das Gleiche braucht, aber jeder genug haben sollte. Gemeinsam wollen wir darüber diskutieren, ob und wie dies möglich ist und was wir dafür brauchen.*

Dialog-Café 4 Sicherheitspolitik aus dem Süden betrachtet

*Kiflemariam Gebrewold, Projekt Rüstungskonversion und Rüstungsexport der Evangelischen Landeskirche in Baden
Viele Krisen und Kriege in der Welt müssen als Erbstücke der Kolonialisierung gelten. Willkürlich von Kolonialmächten gezogene Grenzen verursachen heute noch großes Konfliktpotenzial. Auch die heutige Einflussnahme des globalen Nordens durch wirtschaftliche Aktivitäten und wirtschaftspolitische Setzungen ist Auslöser von Krisen und menschlichem Leid. Wie verhält sich der sicherheitspolitische Ansatz des globalen Nordens, der auch die Gefährdung von internationalen Handelslinien und die Beeinträchtigung unserer Rohstoffversorgung als Bedrohung ansieht, zu den Sicherheitsbedürfnissen andernorts?*

Dialog-Café 5 Nähe produzieren

*Dr. Janosch Schobin, Universität Kassel
Es bedarf keiner physischen Nähe, damit Menschen einander verbunden fühlen. Persönliche und soziale Nähe kann auch zwischen Menschen entstehen, die einander fremd und weit voneinander entfernt sind, wie digitale Medien immer wieder zeigen. Doch was schafft hier den Eindruck von Nähe und das Gefühl, mit dabei zu sein? Bedarf es dazu der direkten Kommunikation mit anderen Menschen? Wie können Nähe und Gemeinschaft in digitalen Medien gezielt produziert werden?*

15:00 – 16:00 Uhr

Session 3

Dialog-Café 1 Feindbilder

*Christian Möstl, Europa-Universität Flensburg
Die in der Nachhaltigkeitsdebatte verhandelten Gegenstände betreffen die ganze Gesellschaft. Geprägt wird die Diskussion jedoch vorwiegend durch das urbane, bildungsnahe Milieu. Im Rahmen dieser Diskussion ist der Aufbau von regelrechten Feindbildern zu beobachten – sowohl bei Gruppen, die sich für eine Transformation in Richtung einer nachhaltigeren Gesellschaft einsetzen, als auch bei deren „Gegner*innen“. An welchen Trennlinien konstruieren sich diese Bilder? Wie können (und sollten) sie aufgelöst werden? Und, ist es notwendig, ein Verständnis für das Verhalten der Anderen aufzubauen?*

Dialog-Café 2 Wissenschaft für alle

Philipp Schrögel, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

*Wie kann Wissenskommunikation gelingen und wie kann eine Wissenschaft für alle aussehen? Formate wie Science-Slam, Hack Days, Citizen Science-Projekte oder wissenschaftliche YouTube-Kanäle ermöglichen alternative Zugänge zur Wissenschaft. Auf welchen kreativen Wegen können Themen aus Wissenschaft und Forschung an die Öffentlichkeit gelangen und vor allem an die Personengruppen, die bislang wenig erreicht wurden? Und wie verhält sich dabei das Spannungsfeld von Rezipient*innenorientierung einerseits und den Ansprüchen an die wissenschaftlichen Standards der vermittelten Informationen andererseits?*

Dialog-Café 3 Anders Konsumieren

Leslie Carmel Gauditz, Universität Hamburg

Galt möglichst viel Konsum lange Zeit als glücksbringend, haben sich in modernen Gesellschaften auch andere Tendenzen entwickelt. Sein wird für einige Menschen wichtiger als Haben. Anknüpfend daran gibt es die Versuche anders, nachhaltiger oder bewusster zu konsumieren. Die Commons-Bewegung ist ein Beispiel hierfür. Welchen Einfluss haben solche Bewegungen auf die Gesellschaft im Allgemeinen und welchen Beitrag leisten sie zur nachhaltigen Entwicklung? Wird das eigene Handeln durch das Erleben des Verzichts der Anderen beeinflusst?

Dialog-Café 4 Sicherheitspolitik mit den Augen der Anderen betrachtet

Vera Rogova, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main

*Sowohl Russland als auch China werden von sicherheitspolitischen Expert*innen immer häufiger als potenziell bedrohliche Staaten angesehen. In der Eigenperspektive dieser beiden Länder stehen jedoch das Recht auf ein gleiches Maß von Wohlstand wie im sogenannten Westen sowie die Abwehr einer empfundenen Bedrohung durch eine starke NATO im Vordergrund. Wie erscheinen das Handeln und Verhalten der NATO in den Augen jener, die als potenzielle Gegner der NATO angesehen werden?*

Dialog-Café 5 Gemeinschaften pflegen

Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, Büro Stein, Stadt- und Regionalplanung, Frankfurt am Main

Gemeinschaften pflegen bedeutet zunächst: Gemeinschaften entdecken. In interessenssortierten Gemeinschaften (Fußball, Kirchen, Gewerkschaften, Kulturszenen ...) sind die Gemeinsamkeiten Grund für das Zustandekommen und werden durch zur Schau getragene Symbole betont. Städte und Gemeinden hingegen müssen Gemeinschaft in der Diversität finden. Anerkennung des Anderen und der jeweiligen Interessen braucht Räume und Anlässe für Begegnung. Wie kann der Zusammenhalt einer lokalen Bevölkerung befördert werden? Welche Rolle spielen Selbstbilder und politische Kulturen, wie sie sich zum Beispiel in der Ausgestaltung von Partizipation zeigen? Wie kann Gemeinschaft in der Unterschiedlichkeit erlebt werden?

16:00 – 16:20 Uhr

Abschlussplenum

19 **Prolog**

*Anna, Saba-Nur Cheema, Peter Schmidt,
Giulia Silberberger, Andreas Vick*



Der Prolog des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2020 steht für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo20 oder auf dem YouTube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung.

22 **Macron und der Islamismus oder:
Den Boten erschießen?**

PD Dr. Elham Manea

26 **Vielfalt der Subjektivitäten oder:
Die Anderen, die wir alle auch sind**

Dr. Matthias Quent

31 **Fragen an die Keynotes**

Gesamtmoderation: Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha

Die Keynotes des Großen Konvents der Schader-Stiftung 2020 stehen für Sie als Aufzeichnung unter www.schader-stiftung.de/GrKo20 oder auf dem YouTube-Kanal der Schader-Stiftung zur Verfügung. Die beiden Vortragsmanuskripte wurden für die Druckfassung leicht überarbeitet.



PD Dr. Elham Manea, Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich

Macron und der Islamismus oder: Den Boten erschießen?

In letzter Zeit wird es immer schwieriger, die Nachrichten zu ertragen, die über alle Kanäle auf uns einprasseln. Und damit meine ich nicht nur die News zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, sondern auch etwa jene zur Pandemie, die das Jahr 2020 bis zu diesem Zeitpunkt beherrschen.

Covid-19 hat mit seinen Beschränkungen unser Leben dominiert. Es hat aber auch Menschen in jeder Ecke der Welt im Kampf gegen ein hartnäckiges und letztlich tödliches Virus zusammengeschweißt. Dieser Kampf, diese gemeinsame Herausforderung, hat uns vereint und doch gespalten. Wir sind nach wie vor irritiert über die Lockdowns; wir haben Angst vor ihren wirtschaftlichen Auswirkungen, was auch dazu führt, dass sich die ideologischen Fronten verschärfen. Zeiten wie diese sind beunruhigend und bieten einen fruchtbaren Boden für Verschwörungstheoretiker sowie für rechts- und linksextremistische Gruppen.

In Zeiten wie diesen kann es in unseren Gesellschaften nur allzu leicht zu einem Diskurs der Polarisierung kommen, wodurch wir Gefahr laufen, uns in Identitätsschubladen stecken zu lassen. Denn dann heißt es nur noch: *Wir gegen sie*. Die islamistischen Terroranschläge in Paris, Nizza, Dresden und Wien erwecken genau diesen Eindruck: Den Eindruck, dass Europa in eine Art Kampf der Kulturen verwickelt ist. Der Islam gegen den Westen. Der Westen gegen den Islam. Muslime gegen Europa. Europa gegen Muslime. Diese binären Darstellungen sind gefährlich. Denn diejenigen Kräfte, die auf einen solchen Spaltungsdiskurs drängen, gehören oft einer Minderheit an, die eine Polarisierung der Gesellschaft anstrebt. Es sind oft religiöse Rechtsextremisten – Funktionäre des Islamismus – oder rechtsextreme Gruppen in Europa.

Stigmatisierung muslimischer Menschen?

Erinnern Sie sich an die Reaktionen, die die Rede des französischen Präsidenten Emmanuel Macron vom 2. Oktober 2020 hervorgerufen hat? Er sprach zum Thema „Islamistischer Separatismus“. Er sprach davon,

- gegen den Islamismus anzukämpfen, eine religiöse rechtsextreme Ideologie, die nach Vorherrschaft strebt;
- die Kontrolle der Islamisten über geschlossene muslimische Gemeinschaften zu unterbinden, indem ihre Strukturen (Moscheen, Koranschulen, Schulen, Wohltätigkeits- und Kulturvereine) abgebaut werden;

- die weit verbreitete Praxis zu beenden, ausländische Imame zur Arbeit nach Frankreich zu holen, wo sie oft eine neo-fundamentalistische Version der Religion predigen;
- die ausländische Finanzierung islamistischer Strukturen zu stoppen;
- die soziale Segregation vernachlässigter und benachteiligter Gemeinschaften zu stoppen, indem staatliche Dienstleistungen und der Zugang zur Justiz in diese Gebiete zurückgebracht werden.

Aber anstatt sich auf diese Fragen zu konzentrieren, die alle gut dokumentiert sind, wurde Macron die „Stigmatisierung von Muslimen“ vorgeworfen. Anstatt seine Forderungen zu unterstützen, machte man ihn zur Zielscheibe harscher Kritik. Ein ähnliches „Reframing“ dieses Themas geschah, nachdem zu Beginn dieses Monats der Französischlehrer Samuel Paty in einem Pariser Vorort unmittelbar vor seiner Schule enthauptet worden war. Er wurde geköpft, weil er seinen Schülern in einer Lektion über die Meinungsfreiheit einige der Mohammed-Karikaturen zeigte, die im „Charlie Hebdo“ erschienen waren. Anstatt sich auf die Enthauptung des Lehrers und auf die Ideologie zu konzentrieren, die einen 18-jährigen Mann dazu veranlasste, ein solch abscheuliches Verbrechen zu begehen, standen die Grenzen der Meinungsfreiheit, „Frankreichs ‚drakonische‘ Maßnahmen gegen Muslime“ und ein Aufruf zum Boykott französischer Produkte im Mittelpunkt. Was spielt sich da ab? Es handelt sich um eine Strategie, die häufig von islamistischen Organisationen und Staaten eingesetzt wird: Sie zielt darauf ab, die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Thema – dem Islamismus – abzulenken, den Islamismus mit den Muslimen und dem Islam zu vermischen und sich auf einen Opferdiskurs einzulassen, der einem ewig gleichen Duktus folgt: „Der Islam wird angegriffen, Muslime werden stigmatisiert – und die Welt schaut zu.“ Es ist ein Kampf der Kulturen.

Ein Problem beim Namen nennen

Ich bin eine schweizerisch-jemenitische Akademikerin islamischen Glaubens, die unter anderem die Ideologie, den Kontext und die Folgen des Islamismus in seinen verschiedenen Formen erforscht und lehrt. Und wenn ich mich heute an Sie wende, spreche ich zu Ihnen als jemand, der den Diskurs „wir gegen sie“ ablehnt; der weiß, was es bedeutet, Teil von „uns“ und auch Teil von „ihnen“ zu sein. Ich spreche zu Ihnen als jemand, der sich als Brücke versteht – als eine Brücke zwischen den Polen „wir“ und „sie“, als Brücke, die uns – uns alle – in unserer Menschlichkeit zu vereinen sucht. Deshalb bitte ich Sie dringend, nicht den einfachen Weg zu wählen, nicht wegzuschauen und sich nicht zu scheuen, Probleme beim Namen zu nennen. Das ist der Grund, weshalb ich die Maßnahmen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron unterstütze. Er hat genau das getan – er hat das Problem beim Namen genannt. Und es braucht Mut, um das zu tun.

Wir dürfen den Zeitpunkt seiner Rede in Frage stellen. Aber es ist bekannt, dass er die Rede mehrmals verschoben hat – weil ihm sehr bewusst war, wie heikel ihr Inhalt war. Er hatte sich zudem mehrmals mit Führern französischer muslimischer Gemeinschaften getroffen, von denen einige ihn dazu drängten, diese Maßnahmen zu ergreifen. Das Ergebnis war eben diese Rede, die die Tragweite des Problems benannte. Ich zitiere: „Das Problem ist ein islamistischer Separatismus. Er ist ein bewusstes, theoretisches und politisch-religiöses Projekt, in dem sich wiederholte Abweichungen von den Werten der Republik manifestieren, was häufig zur Bildung von Gegengesellschaften führt.“

In Frankreich sind vor allem in den Banlieues, den Arbeitervororten der Großstädte, solche geschlossenen Gemeinschaften entstanden, die letztlich zu fruchtbaren Rekrutierungsgebieten für islamistische Gruppen geworden sind. Geschlossene Gemeinden weisen patriarchalische Machtstrukturen und eine erstickende soziale

Kontrolle auf. Diejenigen, die sich nicht an die aufgezwungene soziale Ordnung halten, werden eingeschüchtert und diszipliniert. Ganz besonders Frauen werden in diesen geschlossenen Gemeinschaften stark kontrolliert, ihre Kleidung und ihr Verhalten strengstens beobachtet. Entscheidet sich eine junge Frau zum Beispiel dafür, sich frei und unabhängig zu verhalten – wozu sie als erwachsene, mündige Person das Recht hat – wird sie als Hure bezeichnet und auf verschiedene Weise bestraft. Geschlossene Gesellschaften sind religiös oder ethnisch geprägte Gruppen, die bestimmte kollektive Haltungen entwickeln. Sie sind kulturell und/oder sozial, und oft auch räumlich, von der sie umgebenden größeren Gesellschaft getrennt.

Strukturen, die Hass erzeugen

Ein Teil dieses Problems wurde durch den Staat selbst und seine Nachlässigkeit gegenüber den Banlieues verursacht. Die Jugend wurde der Arbeitslosigkeit, Fremdenfeindlichkeit, der Armut sowie einem Macho-Verhaltenskodex überlassen. Die Abwesenheit des Staats hinterließ ein Vakuum, das von islamistischen Strukturen gefüllt wurde, großzügig unterstützt von transnationalen islamistischen Strukturen und Regierungen.

Diese Strukturen, dazu gehören etwa die Muslimbrüder, indoktrinieren Kinder und Jugendliche systematisch mit einer religiösen Ideologie, die die Welt in zwei Lager teilt, in Gläubige und Nicht-Gläubige, wobei die Gläubigen, die „überlegenen“ Muslime, dazu bestimmt sind, die Welt zu beherrschen. Im religiösen Lehrplan der Muslimbrüder werden Kinder beispielsweise dazu gebracht, bestimmte Figuren der islamischen Geschichte zu hassen und diesen Hass auf eine allgemeine Kategorie von „Ungläubigen“ sowie auf die Gesellschaft als Ganzes zu lenken. Sie lehren ausgewählte Kapitel der islamischen Geschichte, in der das „Töten anderer“ als legitimer Akt zur Verteidigung des Islam gilt.

Bildung contra Ideologie?

Die Schulen in Frankreich sind von dieser Ideologie und ihrer separatistischen Weltsicht geprägt worden. Der inzwischen pensionierte Generalinspektor für das Bildungswesen, Jean-Pierre Obin, hat dies gut dokumentiert und den Bericht 2004 dem französischen Bildungsminister vorgelegt. Auf der Grundlage einer Feldarbeit, die 60 Schulen umfasste, beschrieb er unter anderem Toiletten mit getrennten Waschbecken für Muslime und „Franzosen“ und separate Umkleieräume in Sporthallen. Ein lokaler Beamter erklärte die separaten Umkleieräume so: „Beschnittene Jugendliche sollten nicht mit unsauberen Jugendlichen zusammensitzen [sic!]“.

Der Bericht dokumentiert, wie Mädchen zwischen 14 und 15 Jahren zur Heirat gezwungen werden. Wie sie überwacht und brutal bestraft werden, wenn sie sich dem moralischen, sozialen und religiösen Kodex widersetzen, der in den Schulen und ihren Gemeinden vorherrscht. Er benennt zudem die politische Strategie des Entryismus, Infiltrierung, die islamistische Missionare dazu ermutigt, sich zum Zweck der Missionierung bestimmten Jobs in Schulen anzuschließen.

Kern der islamistischen Ideologie bildet der Antisemitismus, der weit verbreitet ist. Auch das wird im Bericht dokumentiert. Tatsächlich heißt es darin, dass das Wort „Jude“ selbst und sein Äquivalent „feuj“ zu einer undifferenzierten Beleidigung geworden sind, die von vielen Kindern und Jugendlichen benutzt wird.

Eine Aufgabe für Europa

Das Thema ist gut dokumentiert und recherchiert. Seine Auswirkungen spüren diejenigen, die wir „die Muslime“ nennen. Sie sind es, die mit der erstickenden religiösen Unterdrückung durch eine kleine extremistische Minderheit allein gelassen werden.

Es sind Eltern, die hilflos mit ansehen müssen, wie ihre Kinder und Jugendlichen durch eine religiöse Ideologie verloren gehen. Und es sind Frauen und Mädchen, deren Würde und Gleichberechtigung durch islamistische Normen ungestraft verletzt werden. Sie sind es, um die wir uns kümmern sollten. Und die Konsequenzen sollten uns alle betreffen. Denn diese Muster und Strukturen sind nicht nur in Frankreich zu beobachten. Sie existieren auch in anderen europäischen Ländern.

Mit den französischen Maßnahmen soll ein ernstes Problem angegangen werden, das lange Zeit unangetastet blieb. Wir sollten unsere Solidarität mit Frankreich und Macron zum Ausdruck bringen. Denn er besteht auf einer gemeinsamen französischen Identität, einer Staatsbürgerschaft, die auf universellen Normen beruht, auf Würde und Gleichberechtigung. Macron bezieht mutig Stellung gegen eine Ideologie des Separatismus. Anstatt ihn wegen seiner Botschaft zu erschießen, schlage ich vor, dass Sie sich seine Botschaft anhören. Es geht um uns; um uns alle.



**Dr. Matthias Quent, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
der Amadeu Antonio Stiftung**

Vielfalt der Subjektivitäten oder: Die Anderen, die wir alle auch sind

Herzlichen Dank für die Einladung und die freundlichen Botschaften im Prolog, die ich sehr motivierend fand. Angesichts des Erstarkens und der Radikalisierung der AfD; im Angesicht rechtsradikaler Netzwerke in der Polizei, von rechtem und islamistischem Terror und neuerdings auch von Anschlägen sogenannter Corona-Leugner äußert sich häufig kopschüttelndes Unverständnis: manchmal als Ausdruck, dass der Versuch, die Anderen zu verstehen, gescheitert ist, manchmal als moralisches Werturteil.

Ein Urteil über andere zu treffen, ist leicht. Das ist auch nicht per se falsch. „Verstehen“ im Sinne Max Webers heißt: Man muss nicht Cäsar sein, um Cäsar zu verstehen. Dieses soziologische Verstehen ist etwas anderes als die absolute Toleranz, als umfassendes Verständnis für andere zu haben oder sich empathisch in andere hinein zu fühlen. Gerade aus erfolgreichen Sinnrekonstruktionen und Deutungen kann sich eine aufgeklärte, begründete und damit auch erklärbare Verurteilung ableiten, etwa des Rechtsradikalismus oder des damit verwandten radikalen Islamismus. Wichtig ist dabei stets, Urteile zu begründen und nicht mit kantigen Pauschalierungen à la „Jeder Extremist ist Mist“ zu stigmatisieren, ohne zu kritisieren.

Gelebte subjektive Wirklichkeiten und objektiver Rahmen

Wenn wir „Das Erleben der Anderen“ wörtlich nehmen, dann sprechen wir auch über gesellschaftliche Verhältnisse; über die Realität des Seins, welches durch das subjektive Bewusstsein nicht ausschließlich bestimmt, aber doch entscheidend geprägt wird. Wir sprechen also auch über das Verhältnis der vielen Subsinwelten zum gemeinsamen Kitt, den man vielleicht im weiteren Sinne als „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ bezeichnen kann, oder – etwas macht- und konfliktorientierter – auch als „Hegemonie“. Der französische Soziologe Luc Boltanski hat das Verhältnis der offiziellen Realität zu den Alltagswirklichkeiten der Menschen gemessen und ist dabei auch auf Verschwörungsideologien und den Extremismusbegriff eingegangen. Boltanski beschreibt, wie Realität durch festgelegte Formate stabilisiert und von Institutionen getragen wird. Diese Formate bilden eine Semantik, die besagen soll, was es mit dem, was ist, auf sich hat. Sie legen Qualifikationen fest und bestimmen das Verhältnis, das zwischen Ereignissen und Prüfungen der Realität vermittelt und einen Sinn herstellt, der akzeptiert werden muss. Seit Ende des 19. Jahrhunderts haben demnach das Projekt der modernen Staatlichkeit und der Rückgriff auf Wissen-

schaft und das Erziehungssystem Verfahren ausgebildet, um den Abstand zwischen gelebten subjektiven Wirklichkeiten, zwischen Subjektivitäten und den objektiven Dispositiven, die ihm als Rahmen dienen, zu verringern. Der Staat dient als Garant, sowohl für den objektiven Rahmen als auch für die Freiheit der Subjektivitäten. Mit seinen Sprecher*innen, Journalist*innen, Expert*innen, Wissenschaftler*innen, Richter*innen und Professor*innen füllt er Institutionen auch mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die in letzter Instanz für die Realität garantieren.

Die erkenntnisgestützte Ausdehnung der Möglichkeiten und Spielarten der offiziellen Realität kann als Zumutung empfunden werden, wenn vermeintliche Klarheiten – etwa die der Zweigeschlechtlichkeit – oder Riten und Gewohnheiten – etwa im Lebensstil im Kontext der ökologischen Transformation – in Frage gestellt werden. Dies kann zu Backlash-Effekten und dazu führen, dass der Raum der offiziellen Realität insgesamt in Frage gestellt oder seine Legitimität gänzlich negiert wird. Das kennen wir in Form von Desinformationskampagnen, Fake News, Verschwörungstheorien, alternativen Fakten und so weiter. Häufig involviert sind an dieser Stelle Populist*innen, Fanatiker*innen oder Verschwörungsideolog*innen, die vor allem von einem Nihilismus, einer prinzipiellen Gegnerschaft und einer Verweigerung der offiziellen Realität und ihrer Institutionen angetrieben zu sein scheinen. Gemeinsam mit der Tendenz zum antisemitisch strukturierten Denken alternativer Welterklärung findet sich der kleinste gemeinsame Nenner zum Beispiel zwischen Nazis, Hooligans und esoterischen Heilpraktiker*innen, aber auch zwischen Polizist*innen und Professor*innen, die gemeinsam gegen die behauptete Corona-Diktatur protestieren wie morgen wieder in Leipzig. Diese Fallbeispiele sind natürlich nicht repräsentativ. Sie sollen nur die Vielfalt des Spektrums illustrieren.

Von der alten und der neuen Normalität

Unsere pluralistische Realität ist veränderlich. Sie ist fragil. Ihre Institutionen sind unvollkommen und widersprüchlich. Zwischen Verfassungsnorm und Verfassungsrealität passen – etwa beim Diskriminierungsschutz – nicht nur Blätter, sondern ganze Wälder. Im dauerhaften Prozess der Demokratisierung erleben wir, wie diese Wälder dünner werden und dadurch Rückzugsorte und Verstecke jener verschwinden, die von der Distanz zwischen Anspruch und Realität profitiert haben. Die autoritären Nativist*innen, Populist*innen, Patriarch*innen, Rassist*innen und Plutokrat*innen formieren weltweit autoritäre Rückschlagsrevolten. Anschläge, Ereignisse oder Krisen wie die Corona-Pandemie bilden und offenbaren Schwachstellen der Realität. Sie widersprechen den Erwartungen und Mustern. Sie eröffnen erweiterte Denk- und Möglichkeitsräume. Man kann die politische Redewendung von der alten und der neuen Normalität – also vor und mit der Pandemie – so verstehen: Eine neue, offizielle, von Wissenschaftler*innen, Medien und Politiker*innen kommunizierte Realität nimmt extremen Einfluss auf unser aller alltägliche Wirklichkeit. Das muss natürlich erklärt und gerechtfertigt werden. Durch Aufklärung, durch Transparenz, durch Begriffe wie den der Solidarität. Und diese Rechtfertigung ist umso nötiger, je weiter die offiziellen Verlautbarungen von der Lebenswirklichkeit der Menschen entfernt sind. Denn die Alltagswelt der Pandemie ist voller Widersprüche. Denken Sie an die unterschiedlichen Regelungen in Bundesländern. Denken Sie einerseits an den völlig überfüllten öffentlichen Nahverkehr, andererseits an die Schließung der Gastronomie mit ihren sehr weitgehenden Sicherheits- und Hygienekonzepten.

Für viele von uns ist der Virus im Alltag sehr weit weg, sie fühlen sich persönlich wenig bedroht. Insofern erweist sich die institutionelle und politisch-kulturelle Realität in der Krise doch insgesamt als sehr robust und machtvoll. Für die harten Leugner*innen jedoch ist alles Offizielle und Reale schlicht Propaganda und belegt

statt widerlegt die Degeneriertheit und Korruptheit des Establishments. Es kann daher nicht überraschen, dass vor allem Anhänger*innen alternativer politischer Realitäten sich den Corona-Präventionsmaßnahmen verweigern. Vieles aus den jetzigen Protesten kennen wir schon, etwa den Lügenpresse-Vorwurf. Dahinter steckt auch die Kritik, dass nicht alle subjektiven Wirklichkeiten öffentlich vertreten werden, sondern vor allem die offiziellen, objektiven, wissenschaftlich feststellbaren Realitäten, durch die oppositionelle Wirklichkeiten im Faktencheck widerlegt werden. Wir kennen die Vergleiche mit dem SED-Regime und seiner, wie Wilhelm Heitmeyer es einst nannte, „Zwei-Welten-Realität“, in der das Offizielle und das Öffentliche auf der einen Seite und das Alltägliche und Private auf der anderen Seite weitgehend voneinander abgespalten waren. Wir kennen den Hass auf Politiker*innen, auf Medienmachende, auf Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen, aus dem auch immer spricht: „Das ist nicht meine Realität.“ In der Klimakrise formiert sich die Gegenaufklärung strukturell ähnlich. Auch jetzt können wir für künftige Auseinandersetzungen vieles lernen. In Krisen wird deutlich, dass – in den Worten Boltanskis – die Realität faktisch weniger robust ist, als sie auf den ersten Blick erscheint und dass diejenigen, die für die Aufrechterhaltung dieses Zustandes zuständig sind, es die Naiven glauben lassen möchten. Eine andere Welt ist möglich, sagen Utopisten. Eine andere Welt ist nötig, sagen Realisten. Die Welt wird immer schlechter und wir müssen den Niedergang jetzt mit radikalen Mitteln stoppen und die frühere Größe und Kohärenz wiederherstellen, sagen Kulturpessimisten.

Verschwörung als Ideologie

Für Boltanski, aber auch für Pierre Bourdieu sind Soziolog*innen und Gesellschaftskritiker*innen letztendlich auch so etwas wie Verschwörungstheoretiker, insofern sie es als Aufgabe der Disziplin sehen, Unsichtbares sichtbar zu machen, also die offizielle Realität in Frage zu stellen und eine andere, sehr viel realere, aber geheim gehaltene Realität zu enthüllen. Es ist keine Verschwörungstheorie, dass wir Soziolog*innen sogar die besseren Verschwörungstheoretiker*innen sind als diejenigen, die gemeinhin als solche bezeichnet werden. Denn unsere Theorien über Realitäten, Wirklichkeiten und Unsichtbarkeiten, die die offizielle Realität verschleiern, lassen sich im Gegensatz zu den Ideologien der Aluhutträger*innen, Klimawandel- und Corona-Leugner*innen, der QAnon und so weiter, falsifizieren oder verifizieren. Verschwörungstheorien sind also keine Theorien, sondern Ideologien. Nun ist es vielleicht für das Aufrechterhalten der offiziellen Realität, nicht aber für das Verstehen des Erlebens nihilistischer Bewegungen hilfreich, ihre Repräsentant*innen als „Covidioten“ zu bezeichnen. Diese Akteur*innen demonstrieren nicht nur für ihre Meinung. Sie greifen mittlerweile auch Menschen an, die sich an die Regeln halten oder beruflich auf deren Einhaltung achten müssen. Die ersten Bomben von Corona-Leugner*innen, die Angriffe von Verschwörungsideolog*innen auf die Berliner Museumsinsel und die aufgrund der allgemein angespannten Lage in den kommenden dunklen Monaten wohl noch weiter verrohende Stimmung sind besorgniserregend. Gelassenheit und Zuversicht sind gefragt, um mit möglichst geringem Schaden durch diesen Winter zu kommen.

Verschwörungsideologien bis hin zur besonders extremen QAnon-Bewegung sind auch digitale Popkulturphänomene. Sie radikalieren Bilder, Erzählungen, Memes und Einflüsse aus der virtuellen und auch aus der traditionellen Kultur in den gleichen Figurationen, die wir auch aus Dystopien, aus der Science-Fiction, aus Spionageromanen und aus dem „Tatort“ kennen. Diese finden wir aber eben auch in mörderischen Verschwörungslegenden der Vergangenheit, wie der „Protokolle der Weisen von Zion“, wieder. Das Muster ist meist gleich, es gibt nur drei Gruppen: erstens die naiven und blinden Personen – das sind heute die Schlafschafe –, zweitens die Verräter*innen in Politik, Medien und Wissenschaft und drittens die wenigen

Personen, die eine tatsächliche Bedrohung erkannt zu haben meinen und die zum Kampf bereit sind. Wir haben es hier also auch mit Anteilen eines Reenactments zu tun, in dem fiktive Elemente aus Filmen wie „Matrix“ oder Büchern wie „1984“ als Alternative zur offiziellen Realität fungieren. Gleich wie Boltanski schrieb, glaubt niemand mehr blind, was die zuständigen Expert*innen behaupten und jeder kann aus dem Internet gefischte Gegenbeispiele oder Gegenansichten anführen. Das kann für die eigentliche Wahrheit und die wahre Demokratie von Nachteil sein. Alle glauben an alles Mögliche, aber niemand glaubt mehr an irgendetwas. Das ist die Rückkehr des Nihilismus.

Die Polarisierung in sozialen Netzwerken

Richten wir nun noch den Blick auf die im positiven wie negativen Sinne träge, das heißt nur mäßig politische, oft angerufene schweigende Mehrheit, die das Rückgrat der offiziellen Realität mit all ihren großen unbeantworteten Fragen bildet, etwa hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit und Klimawandel, aber auch ihrer demokratischen Integrations- und Innovationsfähigkeit. In der New York Times wird dieser Tage – noch vor der US-Wahl – ein Artikel der Politikwissenschaftler*innen Yanna Krupnikov und John Barry Ryan zu lesen sein. Ihre These: Die wahre Kluft in Amerika besteht zwischen politischen Junkies – die jetzt ständig die Wahlergebnisse aktualisieren – und allen anderen, der großen Mehrheit. Die meisten Amerikaner*innen, so ihre These, betrachten Politik in Form von zwei Lagern, die endlos und fruchtlos über unwichtige Themen streiten. Die Autor*innen stellen fest: Die meisten Amerikaner*innen, zwischen 80 und 85 Prozent, folgen der Politik nur beiläufig oder gar nicht. Nur 15 bis 20 Prozent verfolgen sie aufmerksam. Verstärkt wird dies, so die Kernthese, durch die starke Polarisierung in sozialen Netzwerken. Durch sie entfernen sich die Realitäten der stark in politische Diskussionen involvierten Minderheit aus beiden Lagern zunehmend von der Mehrheit. Zum Beispiel glaubten sowohl Demokrat*innen als auch Republikaner*innen, die die Politik nicht genau verfolgen, dass niedrige Stundenlöhne eines der wichtigsten Probleme des Landes sind. Aber von harten Partisan*innen wird dieses Problem kaum wahrgenommen. Man streitet stattdessen über Trumps Tweets. Mit anderen Worten: die Politprofis verhandeln eine offizielle Realität, die immer weniger mit der Realität der Alltagsmenschen zu tun hat. Fast 45 Prozent der Menschen in den USA, die sich stark engagieren, geben demnach an, dass sie ihre Ansichten häufig, in einigen Fällen täglich, über soziale Medien mitteilen. Bei Menschen ohne politische Gewohnheiten sind es aber nur 11 Prozent. Eine andere Studie des PEW Instituts zeigt zudem, dass in den USA 10 Prozent der Twitter-Nutzer*innen für 97 Prozent aller Tweets über Politik verantwortlich sind. Das heißt, über die sozialen Netzwerke gewinnen engagierte Minderheiten jeder Richtung eine herausgehobene Position, die nicht bevölkerungsrepräsentativ, aber durch ihre Öffentlichkeit enorm wirkmächtig ist. Offizielle Realität und Alltagswirklichkeiten werden nicht nur vielfältiger und immer schnellerem Wandel unterzogen, sondern sie entfernen sich durch Online-Polarisation voneinander. Donald Trump hat es perfekt verstanden, dies auszunutzen und sich als Präsident zu zeigen, der so schonungslos, kalt, marktradikal, rassistisch, sexistisch und rabiat ist wie der Alltag vieler Amerikaner*innen.

Wie gesellschaftlicher Zusammenhalt entstehen kann

Kommen wir für den letzten Punkt zurück nach Deutschland. Unter anderem aufgrund des politischen, medialen und sozialen Systems ist die Polarisierung hier noch nicht so weit fortgeschritten wie in den USA. Es lässt sich ein vergleichsweise kleines rechtsradikales Milieu ohne realistische Machtopption auf Bundesebene relativ klar von der liberalen demokratischen Mehrheit, die selbstverständlich nicht homogen ist, unterscheiden. Ähnliches gilt für diejenigen, die Verständnis für die Corona-Maßnahmen haben und die Minderheit, die dagegen demonstriert.

Die Pandemie schafft zumindest bisher eine neue gemeinsame Realität. Dies kann sich ändern, wenn sich Verteilungskonflikte verschärfen, wenn nicht mehr so viel mit „finanziellem Wumms“, wie Olaf Scholz sagte, abgefedert werden kann und wenn die soziale und ökonomische Rechnung des jetzigen Kraftaktes in der Zukunft beglichen werden muss.

Wir sollten diese Zeit also nutzen, um in der Vielfalt der Subjektivitäten neue Gemeinsamkeiten für unsere geteilte Realität zu finden, um unsere gemeinsame Realität zu finden. Etwas, das wir alle gemeinsam haben, ist unsere Körperlichkeit. Gesund und unversehrt wollen alle sein, jetzt und in der Zukunft. Dies ist in der Pandemie bedroht. Meine Hoffnung und mein Appell ist daher: Wenn es Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gelungen sein wird, uns und die Anderen, die wir alle auch sind, gemeinsam durch die Pandemie zu bringen, dann besteht die Chance, dass dadurch Vertrauen und eine neue gemeinsame, vielleicht globale „Deep Story“ und daraus ein gesellschaftlicher Zusammenhalt entstehen kann, mit dem wir auch durch Klima-, Armut-, Wohnungsmarkt- und Rassismuskrisen kommen. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten.

Und ich finde, die heutige Veranstaltung bietet dafür ein hervorragendes Forum. Vielen Dank dafür.



Fragen an die Keynotes

Keynote-Speaker

PD Dr. Elham Manea

Dr. Matthias Quent

Gesamtmoderation

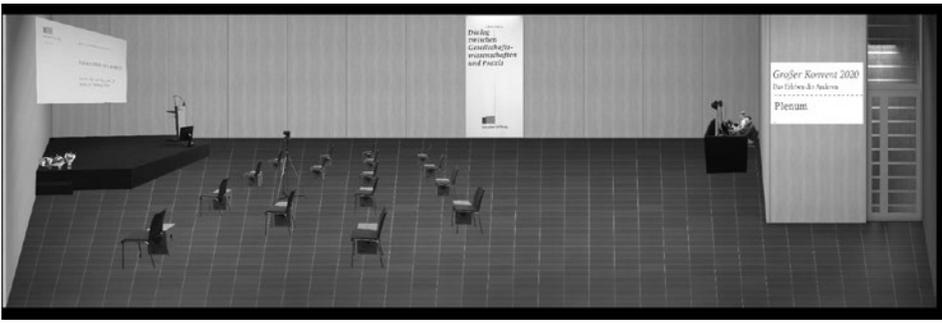
Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

„Frau Manea, woran liegt es Ihrer Einschätzung nach, dass auf der politischen Ebene in Europa eine Solidarisierung mit Macron ausbleibt?“

*„Frau Manea, ich als Muslim fühle mich von ihrem Vortrag ganz anders angesprochen. Ich bin dankbar, dass Sie beim Thema Islamismus explizit differenziert haben. Denn ich habe trotzdem das Gefühl, dass das Narrativ von einer kleinen extremistischen Minderheit allzu oft reproduziert wird. Ich glaube, dass dadurch die allermeisten Muslim*innen, die in diesem Land leben, stigmatisiert werden. Bei mir hat es Jahre gedauert, bis ich aus meiner Verteidigungshaltung herausgekommen bin. Ob Mord schlimm ist, frage ich mich – um es mit Goethe zu sagen – aus Muslim*innensicht gar nicht. Über den Islam zu sprechen, nehmen viele als „Hot potato“ wahr. Ich glaube aber: je besser man sich mit der Materie auskennt, desto stärker kann man sie auch kritisieren. Und ich habe das Gefühl, dass ganz viele sich mit Islamismus, jedoch nur ganz wenige mit dem Kern des Islams befassen.“*

*„Herr Quent, inwieweit hängen Esoteriker*innen und Neonazis zusammen?“*

„Herr Quent, gibt es Gemeinsinn und gesellschaftlichen Zusammenhalt, der nicht kitschig ist? Wie sähe der dann aus?“



„Herr Quent, Sie haben vorhin Herrn Seehofer zitiert, der gesagt hat „Die größte Gefahr kommt von rechts“. Aber Horst Seehofer ist auch derjenige, der sich seit längerem gegen eine Studie zu racial profiling in der Polizei stellt und der zuletzt wiederholt hat, dass es dort kein Problem mit Rechtsextremismus gebe. Wie passt das zusammen? Entsprechende Ergebnisse würden das Problem nicht alleine lösen, aber eine Grundlage für weitere Maßnahmen bilden.“

„Frau Manea, Herr Quent: Was brauchen wir am meisten in der gegenwärtigen Situation? Rechtsstaatlichkeit, Resilienz, Mitmenschlichkeit, Aufklärung...?“

„Wir müssen verstärkt an und mit konkreten Begriffen arbeiten, auf die wir uns gemeinsam einigen, das zeigt auch die Diskussion um die Rassismus-Studie.“

Matthias Quent

„Daran möchte ich anschließen. Dazu müssen Demokratie und die damit verbundenen Grundrechte gehören. Und wir alle sollten wachsam bleiben.“

Elham Manea

5

Dialog-Cafés

36 **Dialog-Café 1**
Ich, Du und die Anderen

46 **Dialog-Café 2**
Wissenschaft erleben die Anderen

55 **Dialog-Café 3**
*Erleben der Aussteiger*innen*

63 **Dialog-Café 4**
Sicherheitspolitik im Erleben der Anderen

73 **Dialog-Café 5**
Nähe erleben

Die Mitglieder des Großen Konvents der Schader-Stiftung thematisieren einmal im Jahr Status quo und Perspektiven des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Ziel ist es, aktuelle sowie kommende Herausforderungen zu formulieren und daraus Themen und Bedarfe für zukünftige Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, aber auch für die Arbeit der Schader-Stiftung zu explorieren. In drei Gesprächsrunden in „Dialog-Cafés“, die an Projekte der Stiftung anknüpften, konnten die rund 160 Teilnehmenden des Großen Konvents Erfahrungen und Ideen, Anregungen und Erkenntnisse austauschen.



Dialog-Café 1: Ich, Du und die Anderen

Impulsgeberin und Impulsgeber:

Daniel Kubiak, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Martina Thiele, Eberhard Karls Universität Tübingen

Christian Möstl, Europa-Universität Flensburg

Begleitung: Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke, Evangelische Hochschule Darmstadt

Moderation: Karen Lehmann, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Johanna Lanio und Karen Lehmann

Das Bewusstsein des Selbst bildet sich nach Hegel am Anderen. Nur im Vergleich mit Anderen können die eigenen Qualitäten und Identitäten umrissen werden. Eine Kombination mit dem Grundgedanken des „Othering“, einem Prozess der Selbsterhöhung auf individueller und kollektiver Ebene, könnte zur Annahme führen, dass in einer Gesellschaft massive Probleme der Verständigung und fehlender Solidarität regelrecht zu erwarten sind. Welche Rolle spielen Selbstbilder, Fremdbilder und Feindbilder für das Agieren von Individuen in der Gesellschaft? Welche kommunikativen Auswirkungen haben sie? Wie wirken sie sich auf die soziale Dialogfähigkeit aus?

Wie entstehen soziale Identitäten?

Daniel Kubiak, Postdoc am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin, ist der erste Impulsgeber und führt in das Thema der Session ein: Selbstbilder. Er berichtet von seinen Untersuchungen zur deutsch-deutschen Nach-Wende-Identität. Aus seiner Sicht können Selbstbilder und Fremdbilder, diese sind Thema der zweiten Session, kaum getrennt voneinander betrachtet werden. Sie bedingen und beeinflussen sich gegenseitig.

Der Begriff Identität ist schwer greifbar und vielschichtig. Orientierung bietet die Definition von Richard Jenkins: Die Entstehung von Identität erfolgt nicht nur im Rückgriff auf die internal-externale Dialektik zwischen Selbst- und Fremdbild, sondern auch über und durch *die Anderen*. Daniel Kubiak versteht Identität daher als permanenten Prozess der Interaktion zwischen Individuum und Gesellschaft. Es ist möglich, mehr als eine Identität zu haben, die eigene Identität ist zudem fluide und ändert sich kontextbezogen: Während eines akademischen Vortrags greift eine andere Identität als beim Spielen mit den Kindern. Dieser Wechsel beispielsweise zwischen einer beruflichen und einer privaten Identität ist sehr häufig zu beobachten.

Der Impulsgeber verbindet diese Definition der Identität mit der postkolonialen Theorie, insbesondere dem Aspekt des „Othering“. Grundlage ist, dass in einer Gesellschaft eine hegemoniale Norm existiert. Aus dieser Norm heraus werden die Anderen beschrieben und bewertet, meist negativ. Im Othering, auch als „VerÄnderung“ übersetzt, findet also eine symbolische Abwertung von Normabweichungen statt. Im Verständnis, dass sich die Identität zwischen Individuum und Gesellschaft bildet, spielt das Phänomen des Otherings potenziell auch eine große Rolle bezüglich der eigenen Identität, insbesondere wenn diese als normabweichend wahrgenommen wird.

Identität und Imitation

Daniel Kubiak nutzt in seiner Forschung unter anderem die Methode der Imitation Games, um zu untersuchen, welche Identitäten, Erfahrungen und Perspektiven in Deutschland als Norm gelten. Zudem geht er der Frage nach, wie sich die Erfahrung des „geÄndert werden“ auf das eigene Selbstverständnis und die eigene Identität der Betroffenen auswirkt.

Mithilfe von Imitation Games kann herausgefunden werden, ob Menschen sich allein durch verbale Kommunikation in andere Gruppen hineinversetzen und so die soziale Identität eines Anderen täuschend echt imitieren können. Angenommen wird, dass es gesellschaftlichen Minderheiten überzeugender gelingt, die Mehrheitsgesellschaft zu imitieren, da sie das Wissen beider Gruppen verinnerlicht haben. Bei dieser experimentellen Methode werden Teilnehmende aus zwei sozialen Gruppen ausgewählt und in zwei für das Projekt relevante Kategorien eingeteilt, die nicht unbedingt ihrer eigenen Identität entsprechen. Die Teilnehmenden überlegen sich Fragen mit dem Ziel, durch für ihre Eigengruppe besonders relevante Themen diejenigen zu identifizieren, die ihre Gruppenzugehörigkeit nur vortäuschen. Eine Person, die entgegen ihrer eigenen Identität zugeordnet ist, muss eine ihr fremde soziale Identität imitieren. Da der- oder diejenige bei der Beantwortung der Frage nicht an persönliche Erfahrungen anknüpfen kann, wird auf andere Wissensquellen zurückgegriffen – oftmals Vorurteile und Stereotype – um nicht enttarnt zu werden. Anschließend arbeiten die Teilnehmenden in Gruppendiskussionen ihre Erfahrungen mit der Versuchsanordnung auf.

Trennlinien zwischen Ost und West

Daniel Kubiak führte dieses Experiment mit jungen Erwachsenen, sogenannten Nachwendekindern, aus Ost- und Westdeutschland durch, um Erkenntnisse zur deutsch-deutschen Identitätsbildung zu gewinnen. Obwohl die Nachwendekinder keine direkte Erfahrung des geteilten Deutschlands haben, sind dennoch Unterschiede zu beobachten.

Wie die Studie feststellte, beziehen sich die selbstformulierten Fragen oftmals auf Alltagsthemen, verdeutlichen aber auch die gedanklichen Trennlinien, die zwischen Ost- und Westdeutschen weiterhin existieren. Neben Essgewohnheiten, Reisen oder Bildung wurden jedoch auch Themen wie Arbeitslosigkeit, Rechtsextremismus, Religion, Erzählungen über die DDR und den Mauerfall verstärkt abgefragt. Verallgemeinerungen in Bezug auf die Anderen wurden augenfällig: So waren junge Westdeutsche beispielsweise davon überzeugt, dass gleichaltrige Ostdeutsche über Russischkenntnisse verfügen. Es bestehen demnach distinktive soziale Identitäten, wobei die westdeutschen Proband*innen die ostdeutschen nicht so gut imitieren können wie umgekehrt.

Doch wie kommt es zu diesen unterschiedlichen sozialen Identitäten? Die Sozialisation, die Beziehung zu den Eltern und die Erfahrungen in der Schule spielen für viele Teilnehmende eine prägende Rolle. Dabei ist eine ambivalente Solidarität mit der Elterngeneration zu erkennen. Aber auch der mediale Diskurs ist relevant: Dieser zeichnet von Ost-Deutschland und Ostdeutschen häufig ein negatives Bild, eine Er-

fahrung, die in den Gesprächsrunden von den jungen Ostdeutschen als Abwertungserfahrung gesehen wird.

Daniel Kubiak schließt daraus, dass Ostdeutsche in der Bundesrepublik Othering erfahren. Westdeutschland – also eine westdeutsche Biographie oder die Wirtschaftsentwicklung Westdeutschlands – wird als Norm angesehen. Die ostdeutsche Identität wird *verAndert*, als abweichend von der Norm und als problematisch wahrgenommen. Doch ein negatives Bild von Ostdeutschland verstärkt die Tendenz junger Menschen, sich als ostdeutsch zu identifizieren, auch mit politischen Konsequenzen: Gruppen wie „Wir sind der Osten“ haben sich explizit als Reaktion auf die als einseitig empfundene Darstellung gegründet und versuchen, ein heterogenes Bild zu zeigen. Das Selbstbild steht hier also im starken Dialog mit dem herangetragenen Fremdbild.

Welche Funktionen haben Identitäten?

In der anschließenden Debatte geht es zunächst um die Entstehung von Identitäten. Aus Sicht der meisten Teilnehmenden des Dialog-Cafés spielt die Sozialisation eine große Rolle. Abgrenzung unter Zuhilfenahme von Feindbildern kann insoweit identitätsstiftend sein. Wer sich gegen etwas positioniert, kann die eigene Identität besser beschreiben. Auch der soziale Stand in der Gesellschaft, das eigene soziale Gefüge wird als relevant eingeordnet – woher komme ich, wo lebe ich und wo fühle ich mich zugehörig?

Mediale Zuschreibungen werden als weiterer Einflussfaktor definiert. Die Veränderung der Ostdeutschen in den Medien verdeutlicht Daniel Kubiak an einem Beispiel: Als in Frankfurt an der Oder in der Mitte der 1990er Jahre zwei Fälle von Infanziden bekannt wurden, thematisierten Medien und Politiker*innen einen möglichen Zusammenhang der ostdeutschen Biographie der Mutter mit dieser Tragödie. Bei einem vergleichbaren Fall in Solingen dagegen wurde die westdeutsche Identität nicht thematisiert. Problematische Handlungen einzelner Akteur*innen werden offenbar pauschal und homogen als Gruppenproblem gewertet.

Umgang mit verschiedenen Identitäten – Angleichung?

Der Umgang mit unterschiedlichen Identitäten wird diskutiert. Einige der Teilnehmenden überlegen, wie man Gemeinsamkeit herstellen und so trennende Elemente überwinden kann. Diskurse zum wechselseitigen Verständnis, kollektive Aufgabenbewältigung und Zielverfolgung erschaffen Erfahrungen, die identitätsstiftend wirken.

Ein Teilnehmer hinterfragt die Zielsetzung, unterschiedliche Identitäten anzugleichen, grundsätzlich. Nicht deren Angleichung, sondern der Umgang mit *den Anderen* ist der entscheidende Punkt. Der gesamtgesellschaftliche Diskurs, das erfährt Zustimmung, sollte stärker darauf fokussiert werden, wie unterschiedliche Identitäten und Gruppen neben- und miteinander leben können. In Deutschland wird politische Einheit oftmals mit kultureller Gleichheit assoziiert, die Vorstellung einer westdeutschen Leitkultur ist bestimmend. Vielmehr gilt es, die Akzeptanz der Andersartigkeit einzufordern.

Mit unterschiedlichen Identitäten verbundene Stereotype führen häufig zu Diskriminierung. Es reicht also nicht, die Andersartigkeit anzuerkennen, solange das Problem der Stereotypisierung unbearbeitet bleibt. Auch forcieren Selbstbild und Gruppenbilder, etwa genährt durch Medienberichte, eine Entwicklung von Überheblichkeitsgedanken, die wiederum eine Rolle in Radikalisierungsprozessen spielen können, gibt ein Teilnehmer zu bedenken.

Welcher Weg ist also der richtige im Umgang mit der Dynamik zwischen Selbst- und Fremdbildern? Nähe herzustellen könnte helfen: Menschen müssen Gelegenheiten



haben zu erkennen, dass das eigene Selbstbild nicht zwangsläufig der Wahrnehmung anderer entspricht, während der eigene Eindruck von anderen nicht mit deren Selbstbild übereinstimmen muss.

Stereotype als multidisziplinärer Forschungsbereich

Martina Thiele, Professorin für Medienwissenschaft mit dem Schwerpunkt Digitalisierung und gesellschaftliche Verantwortung an der Universität Tübingen, hält den Impuls zum Thema der zweiten Session: Fremdbilder. Sie legt den Fokus auf medial vermittelte Fremdbilder, insbesondere auf die Rolle der Medien bei der Entstehung von Stereotypen. Der einleitenden Anmerkung von Daniel Kubiak stimmt Martina Thiele zu: Fremd- und Selbstbilder sind nicht klar voneinander zu trennen, vielmehr wirken sie aufeinander.

Viele Fachdisziplinen beschäftigen sich mit der Thematik, so auch die Linguistik und die Sozialpsychologie. Um die Breite, aber auch die Gemeinsamkeiten dieser verschiedenen Ansätze zu demonstrieren, stellt Martina Thiele prägende Wegbereiter*innen vor. Ein Pionier war der Journalist und Publizist Walter Lippmann, der schon 1922 Stereotype in seinem Werk „Public Opinion“ als „pictures in our heads“, also Kognition, beschrieb. Er betonte die Zentralität von Stereotypen im öffentlichen Diskurs. Die Linguistin Uta Quasthoff definiert Stereotype hingegen als „verbalen Ausdruck einer auf soziale Gruppen oder einzelne Personen als deren Mitglieder gerichteten Überzeugung“. Diese Überzeugung in Form eines Urteils hat meist eine generalisierende, vereinfachende und emotional-wertende Tendenz. Die Impulsgeberin legt besonderen Wert auf den Akt der Wahrnehmung: Stereotype sind Eigenschaften, die als verbunden mit Kategorisierungen von (Personen)gruppen, Gegenständen, Situationen und auch abstrakten Ideen erlebt werden. Daraus folgt die einprägsame Formel: Kategorisierung plus Attribuierung ergibt Stereotypisierung.

Die Problematik entsteht bereits bei der Kategorisierung. Die Kategorien basieren auf sozialen Konstruktionen, beispielsweise Staatsangehörigkeit, sexuelle Orientierung oder Geschlecht. Dabei wird in Grunddualismen gedacht, weiß-schwarz oder hetero-homo. Diese Dualismen vermögen es jedoch nicht, die Differenziertheit unserer gelebten Realität abzubilden, es kommt zu Verzerrungen.

Auswirkungen in der Medien-Praxis

Wie wirken Stereotypen in den Medien, wie beeinflussen Medien Stereotype? Mit diesen Fragen beschäftigt sich Martina Thiele in ihrer Forschung. Medien und Stereotype stehen in einem engen Zusammenhang: Die Medien zeigen uns vorgefasste Bilder der Realität, die unsere Vorstellungen beeinflussen, sie sind dabei also maßgeblich an der Konstruktion der Realität beteiligt. Sie stellen zwar Sekundärerfahrungen dar, platzieren aber dennoch konkrete Bilder und Annahmen über bestimmte Situationen in unseren Köpfen. Nur ein sehr bewusstes Hinterfragen dieser Annahmen

verhindert, dass die Wahrnehmung einer Situation, wenn sie dann in einer Primärerfahrung erlebt wird, nicht bereits durch die vorherigen Bilder und Annahmen gefärbt wird. Stereotype sind zunächst Kognitionen in unseren Köpfen, werden aber real in den Medien reproduziert.

Neben den traditionellen Medien gewinnen auch die Sozialen Medien zunehmend an Bedeutung. Ist dort der Umgang mit Stereotypen reflektierter? In Sozialen Medien treten Nutzer*innen als *producer*, als Produzent*in wie auch als Konsument*in auf, haben also mehr Kontrolle über die gezeigten Inhalte. Dennoch ist ein unhinterfragter Umgang mit Geschlechterstereotypen und Klassenstereotypen, aber auch Rassismus zu beobachten. Eine Inhaltsanalyse der Plattform Instagram ergab, dass die Selbstdarstellung hoch stereotypisch ist. Es sind viele ähnliche Bilder zu finden, „more of the same“, die allesamt stereotypisierte Motive nachahmen. So wird das Konsumverhalten der westlichen Welt als gesellschaftliche Norm gezeigt, ebenso der berufliche Rückzug von Frauen, sobald diese Kinder bekommen. Generell, stellt Martina Thiele fest, treibt die Nutzung sozialer Medien die Reproduktion stereotypisierter Bilder voran.

Im Zuge der Digitalisierung wird vermehrt problematisiert, wie Algorithmen, Social Bots und künstliche Intelligenz Stereotype ihrer Erschaffer*innen übernehmen. Erst nach Protesten, so ein Beispiel, positionierte sich eine eindeutig weiblich konnotierte Sprachassistentin deutlich zum Thema Feminismus und zu sexistischen Beschimpfungen. Der Input erzeugt bei diesen Programmen den Output, bei entsprechender Programmierung werden bestimmte Stereotype bis in alle Ewigkeit reproduziert.

Ein glücklicher Sisyphus?

Welche Möglichkeiten bestehen also, um stereotypisierende Einstellungen zu bearbeiten? Sie ändern sich durch die allmähliche Anhäufung widersprüchlicher Informationen oder durch ein dramatisches Ereignis, das die Sicht verändert. Problematisch ist hier die Bildung von Substereotypen, die als Ausnahmen, die die Regel bestätigen, wahrgenommen werden. Qualitativ wertvoller Kontakt, beispielsweise auf Reisen oder durch Migration, hilft auch dabei, stereotypisiertes Denken abzubauen. Sekundärerfahrungen, durch Medien, Literatur und Wissensvermittlung, können in gleicher Weise hilfreich sein.

Auch wird die zugrundeliegende Kategorisierung in den Blick genommen werden müssen, die aufgrund ihrer sozialen Konstruktion durchaus zu verändern ist. Antikategoriales Denken kann zwar erlernt werden, doch darin liegt eine große Herausforderung. Außerdem besteht ein performatives Dilemma: Immer, wenn wir uns mit Stereotypen beschäftigen und sie benennen, rufen wir diese auf und dadurch bleiben sie in der Welt. Eine Veränderung erfordert also eine kontinuierliche Anstrengung – eine Sisyphusarbeit. Martina Thiele setzt hier auf Sensibilisierung: Die Dekonstruktion und Differenzierung von Stereotypen muss überall stattfinden, besondere Verantwortung tragen Journalist*innen und Medienschaffende.

Verortung der Verantwortung

Die Teilnehmenden der folgenden Diskussion sehen speziell die Rolle der Medien kritisch, soweit diese Stereotype immer weiter reproduzieren. Ein Teilnehmer nennt als Beispiel die Praxis der Täterbeschreibung. Eine Konfrontation mit verallgemeinernden Zuschreibungen kann jedoch das Bewusstsein dafür schärfen, Stereotype nicht weiter zu verbreiten.

Das angesprochene performative Dilemma beschäftigt eine Teilnehmerin besonders. Wie soll sich etwas verändern, wenn Stereotype immer weiter reproduziert werden? Martina Thiele verweist hier auf den fortschreitenden sozialen Wandel. Dadurch lösen

sich bestimmte Stereotype und Feindbilder auf und werden dekonstruiert. Allerdings entstehen durch sozialen Wandel auch neue Stereotype. Als Beispiel für eine positive Umwandlung eines Stereotyps wird die Zuschreibung „schwul“ genannt, die damit assoziierten Stereotype verändern sich durch eine Gesellschaft, die vielfältiger geworden ist. Mehrere Personen heben den hohen Einfluss der Medien bei der Ausbildung der eigenen Identität hervor. Es ist vor allem von großer Relevanz, wenn dort negative Stereotype über die eigene Gruppe zu finden sind. Repräsentanz wird als Stichwort genannt. Die Medien müssen die Sichtbarkeit von marginalisierten Gruppen erhöhen. Nicht nur durch die Themenauswahl, sondern auch durch die Zusammensetzung der Belegschaft sollten sich marginalisierte Gruppen repräsentiert fühlen.

Abwertung und Abgrenzung

Für einige Teilnehmende stellt sich die Frage, was genau Stereotype eigentlich problematisch macht. In einer komplexen Welt begreifen sie Stereotype und Kategorien als Mittel zur schnellen Orientierung in der Gesellschaft, warnen aber auch davor, dass diese meist stark ideologisch behaftet sind. Denn Stereotype führen häufig zu Abwertung und Abgrenzung, Stereotype sind häufig falsch und politisch aufgeladen – etwa das Bild des „kriminellen Ausländers“. Auch werden sie genutzt, um eine privilegierte Haltung zum Ausdruck zu bringen und Gruppen abzuwerten.

Ob Stereotype problematisch oder gar gefährlich sind, ist auch immer eine Frage des Kontextes. Die negativen Funktionen von Stereotypen überwiegen, deshalb ist es schwierig, Stereotype zu entdramatisieren. Die Medien könnten durch die angesprochene Sensibilisierung dazu beitragen, dass stereotypisierte Darstellungen weniger häufig zur Verbreitung kommen. So ist das Bild *des Ausländers* stark von den Medien beeinflusst. Ohne eine Veränderung dieser ständig aufgerufenen Bilder ist es schwer vorstellbar, diese Stereotype zu überwinden, so ein Teilnehmer.

Die von Martina Thiele angesprochene Kontakthypothese zum Abbau von Stereotypen sieht ein Teilnehmer kritisch. Er beobachtet in seiner täglichen Arbeit, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen kaum mehr in einen Dialog treten können, Begegnungen führen zu beidseitigem Frust. Dass solche Begegnungen im direkten sozialen Umfeld stattfinden und ermöglicht werden können, ist jedoch ungemein wichtig, auch um den medial vermittelten Bildern eigenes Erleben entgegenzusetzen. Ein Teilnehmer weist auf gute Erfahrungen eines kontinuierlichen und sachlichen Dialogs hin, wie etwa im Rahmen des Migrations- und Integrationsforum Baden-Württemberg. Die Erfahrung der Sprachlosigkeit, der Schwierigkeit des Dialogs zwischen verschiedenen Gruppen ist dann auch Thema der dritten Session.

Feindbilder

Welche expliziten und impliziten Feindbilder formen gesellschaftliche Debatten und woraus leiten sich diese her? Der Impuls von Christian Möstl, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Norbert Elias Center für Transformationsdesign und -forschung der Europa-Universität Flensburg, beschäftigt sich exemplarisch mit den gesellschaftlichen Trennlinien, die im Rahmen der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen um die sozial-ökologische Transformation entstanden sind. Genauer: die Bilder, Karikaturen und vermeintlichen und realen Widersacher*innen, die sich gesellschaftlich engagierte Gruppen in ihrem Einsatz für die Transformation in Richtung einer nachhaltigeren Gesellschaft sowie die Gegner*innen dieser Transformation konstruiert haben.

Wer die Auseinandersetzung rund um die Nachhaltigkeitsdebatte zu verstehen versucht, muss sich Kontext und Inhalt dieser Kontroverse zuwenden. Inhaltlich berührt der Nachhaltigkeitsdiskurs Themen der engsten Privatsphäre, der persönlichen Lebensführung und habitueller Gewohnheiten. Debatten um Energie, Ernährung oder



Mobilität beinhalten implizit oder explizit die Aufforderung, individuelle Verhaltensmuster umzustellen. Zwar sind die Ursachen der Klimakrise multikausal, systemisch und interdependent, trotzdem fordert die notwendig gewordene Transformation unserer Lebens- und Wirtschaftsweise von jedem Individuum eine Änderung des Verhaltens ein. Dem stehen viele ablehnend gegenüber, sie möchten ihre gewohnten persönlichen Entscheidungen und Verhaltensmuster nicht korrigieren: sei es die Empfehlung, weniger Fleisch zu konsumieren oder den Individualverkehr möglichst ohne Auto zu bewältigen. Der Streit um Nachhaltigkeit ist somit immer auch ein Streit über die individuelle Lebensführung.

Im öffentlichen Diskurs wird die Debatte tendenziell eher von einem urbanen, bildungsnahen Milieu geprägt. Die Auseinandersetzung mit dem Thema erfordert Ressourcen, sowohl zeitlicher als auch materieller Natur, über die vor allem bildungsnahen Schichten verfügen. Der Diskurs, wie diese Transformation gelingen kann, ist hingegen vor allem für die nicht anschlussfähig, die keinen Zugriff auf die notwendigen Ressourcen haben, um die geforderte Transformation zu leisten. Der Streit um die „richtige“ Lebensführung wirkt identitätsstiftend, führt zugleich aber auch zu sozialer Segregation.

Konfliktlinien im Diskurs der nachhaltigen Transformation

Die Nachhaltigkeitsdebatte rückt immer weiter in die öffentliche Wahrnehmung. Entlang bestehender Konfliktlinien positionieren sich politische Kräfte aufgrund der erhöhten Zentralität im öffentlichen Diskurs – außerhalb ihres bisher bedienten Themenspektrums – zu dieser Problematik. Christian Möstl verdeutlicht das am Beispiel des Rechtspopulismus. Populismus, ein oft umstrittener Begriff, wird als eine Ideologie, die eine populistische Erzählung als Kern hat, definiert. Dabei steht der Antagonismus zwischen einem homogenen Volk und einer korrupten Elite im Mittelpunkt. Populisten proklamieren die Vertretung des *volonté générale*, des Gemeinwillens dieses homogenen Volkes, für sich.

Im Diskurs der nachhaltigen Transformation trifft ein liberales Gesellschaftsbild, das sich durch Postmaterialismus auszeichnet, auf ein konservatives, traditionalistisches Gesellschaftsbild. Dessen Vertreter*innen lehnen die kulturellen, sexuellen und ökologischen Werte des Postmaterialismus, zum Beispiel Klimaschutz und Nachhaltigkeit, ab. Der politische Gegner wird in eingängigen Feindbildern konstruiert: Das Stereotyp einer öko-veganen Familie aus der Großstadt, gerne in kreativen Berufen arbeitend und sich die Sorgearbeit paritätisch aufteilend, wird in dieser Erzählung zum Sinnbild für Gentrifizierung. Mit diesem Feindbild soll die Transformation als Ganzes delegitimiert werden, die überspitzte Zeichnung wird mit nachhaltiger Lebensführung gleichgesetzt.

Wie der Impulsgeber erläutert, passt Klimaschutz *besonders* gut in den Anti-Elitismus des Rechtspopulismus. In deren Erzählung wird die Klimapolitik durch eine Wissenschafterelite geprägt und beinhaltet häufig schwer verständliche Erkenntnisse. Globale politische Eliten verhandeln, in für viele intransparenter Art und Weise, internationale Abkommen, wie beispielsweise das Pariser Klimaabkommen, die wiederum in der nationalen Politik in Form von Regulationen und Gesetze im Top-down-Modus umgesetzt werden sollen. In einer populistischen Erzählung wird dieser Prozess umgewandelt in eine Erzählung, in der die Freiheit durch eine korrupte Elite eingeschränkt wird. Diese korrupte Elite übergeht das Volk, möchte sich an ihm bereichern und Freiheiten beschneiden – etwa weiter uneingeschränkt Auto zu fahren und täglich billiges Fleisch zu essen.

Auf Seite der Befürworter*innen einer sozial-ökologischen Transformation wird durchaus auch mit Feindbildern gearbeitet. Wer weiterhin Auto fährt, wer nicht Bioprodukte einkauft, kurz, wer seine individuelle Lebensführung nicht nachhaltig ausrichtet, macht sich schuldig an Klima, Umwelt und Menschen. Christian Möstl gibt jedoch zu bedenken, dass eine konsequente nachhaltige Lebensführung im jetzigen System ohne radikale Selbstexklusion unmöglich ist. Statt auf die individuelle Verantwortung zu pochen, muss eher das System bekämpft werden, das die nachhaltige Transformation behindert. Schuldzuweisungen reproduzieren hingegen die zuvor beschriebene Dynamik.

Können Feindbilder aufgelöst werden?

Um die beschriebenen Feindbilder aufzulösen, ist es notwendig, so Christian Möstl, die Klimakrise konsequent als *sozial-ökologische* Krise zu verstehen. Auch geht es darum, die eigenen Privilegien und Schwächen zu reflektieren. Nachweislich korreliert der ökologische Fußabdruck deutlich stärker mit dem Einkommen als mit der ökologischen Einstellung. Ökologischer Konsum darf nicht zum distinktiven Konsum werden, was einschließt, einer teils sich ankündigenden Öko-Bigotterie entgegenzuwirken. Vorurteile müssen abgebaut werden, sozioökonomisch schlechter gestellten Personen darf nicht aufgrund ihrer Konsumententscheidungen ein grundsätzliches Desinteresse an Nachhaltigkeit unterstellt werden.

Verständnis für das Verhalten der Anderen, und das schließt auch rechtspopulistisch eingestellte Teile der Bevölkerung ein, ist Grundvoraussetzung, um dialogfähig zu bleiben. Dagegen warnt Christian Möstl vor Nachsicht mit rechtspopulistischen Demagogen, die den gesellschaftlichen Diskurs rassistisch und nationalistisch wenden wollen.

Feindbilder in der politischen Auseinandersetzung

Die Auflösung von Feindbildern rückt ins Zentrum der anschließenden Diskussion. Ein Teilnehmer vermutet, dass in der Logik des Rechtspopulismus immer neue Feindbilder gesucht werden, wenn alte aufgelöst wurden. Die Meinung überwiegt, dass insgesamt eine Gesellschaft ohne Feindbilder utopisch ist. Feindbilder sind notwendig, um sich der eigenen Gruppenzugehörigkeit zu versichern. Dem widerspricht der Impulsgeber: Identitätsstiftung kann auch ohne Feindbilder geschehen, Identitätskonstruktionen, die sich an Feindbildern orientieren, reproduzieren Konflikte. Wie bei Stereotypen gilt es auch hier zu differenzieren. Populistische Feindbilder zeigen, in welchen Bereichen besser kommuniziert und informiert werden muss, denn sie decken bestehende Vorurteile auf. Auch in dieser Session wird die besondere Rolle *der* Medien hervorgehoben, die als Replikator bestimmter Feindbilder agieren.

In der Wahrnehmung einer Teilnehmerin verschärfen sich derzeit die Feindbilder. Christian Möstl teilt diese Einschätzung, gerade im Kontext der sozial-ökologischen

Transformation ist eine Polarisierung zu beobachten. Diese Tendenz kann am Beispiel Windkraft verdeutlicht werden. Oft eskalieren in lokalen Prozessen zur Aushandlung von möglichen Standorten für Windräder die Auseinandersetzungen, und im Diskurs nehmen aufgerufene Feindbilder deutlich zu. Generell birgt die nachhaltige Transformation extremes Konfliktpotenzial. Populistische Parteien wie die AfD nutzen Umwelt und Klimapolitik als neues Feindbild für ihre Zwecke.

Überwindung und Auflösung benötigen Zeit

Wie Selbst- und Fremdbilder können auch Feindbilder nicht ohne ihren Kontext betrachtet werden. Die Überwindung und Auflösung von Stereotypen und Feindbildern benötigt Zeit. Das eigene Bewusstsein dafür zu schärfen, wann Stereotype reproduziert werden und woher die eigenen Feindbilder stammen, ist genauso relevant wie ein Wandel auf gesellschaftlicher Ebene. Eine besondere Verantwortung fällt den Medienschaffenden zu: Sie verfügen über eine besonders große Reichweite. Deshalb richtet sich an sie die Aufforderung, ihrer Verantwortung bewusst zu werden und unsere diverse Gesellschaft sichtbar zu machen.

Resümee

Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke gehört dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an. Sie hat das Dialog-Café begleitet und kommentiert den Verlauf und die Ergebnisse der Diskussion:

Das Dialog-Café nahm das Konventsthema „Das Erleben der Anderen“ auf, um im Kontext des Phänomens des Othring, des GeAndert werden, die Schnittstelle zwischen Identität und Gesellschaft zu diskutieren. Dabei ging es in den drei Sessions um Selbstbilder, Fremdbilder sowie Feindbilder.

Die Diversität der Identitäten innerhalb der Gesellschaft war ein zentraler Punkt der drei Runden. Eine wiederkehrende Frage war, inwiefern politische Einheit auch eine kulturelle Einheit voraussetzt. Ab welchem Zeitpunkt sind unterschiedliche (etwa regionale oder geschichtlich-bedingte) Identitäten problematisch, ist der Ruf nach mehr Gemeinsamkeit überhaupt notwendig und sinnvoll?

Die Diskussion zeigte zudem, dass die Entwicklung des Selbstbilds von den Fremdbildern, die jedem im Alltag und durch die Medien vermittelt begegnen, kaum voneinander trennbar ist. Gerade wenn Gruppen, beispielsweise über den dominanten gesellschaftlichen Diskurs, negative Attribute zugeschrieben werden, kann dies eine Wirkung sowohl auf die empfundene als auch tatsächliche Erreichbarkeit bestimmter persönlicher Ziele entfalten. Eine erhöhte Repräsentanz von marginalisierten Gruppen in Führungspositionen, ob in der Wirtschaft oder beispielsweise auch unter Medienschaffenden, könnte eine Lösung sein.

Auch wenn ein gewisses Maß an Stereotypen wohl nicht auszumerzen ist, so sollten sie und ihre Herleitung kritisch hinterfragt werden. Denn: Aus stereotypisiertem Denken können sich schnell auch regelrechte Feindbilder entwickeln. Um dies zu verhindern, ist es wichtig, entsprechende Räume zum Austausch zu schaffen, um den zugeschriebenen Eigenschaften bestimmter Gruppen konkrete Primärerfahrungen entgegenzusetzen. Besondere Aufmerksamkeit sollte dem Versuch rechter Gruppe gegeben werden, die bestehenden gesellschaftlichen Konfliktlinien, oder im Falle der Nachhaltigkeitsdebatte, sich voraussichtlich verschärfende Auseinandersetzungen bezüglich der Zukunft unseres Landes, für ihre Zwecke auszunutzen.

Die besonders herausgestellte Rolle der Medien in der Verbreitung und das Aufrechterhalten bestimmter Stereotype und sogar Feindbilder war ein Thema, das sich durch die drei Sessions zog. Die Beschäftigung mit der Berichterstattung wurde einerseits als

Sisyphosarbeit beschrieben: Heute begegnen uns teilweise genau die gleichen Stereotype und Vorurteile wie vor dreißig Jahren in den Medien. Andererseits, und das gibt Anlass zur Hoffnung, gibt es viele Medienschaffende, die sich genau dieser Herausforderung annehmen.

In dem Dialog-Café wurde eindrucksvoll belegt, wie eng verwoben Selbst-, Fremd- und Feindbilder sind und welche analytische Leistung es abverlangt, all die Stereotype aufzudecken, die etwa mit Othering verbunden sind. Deutlich wurde auch, dass es nicht darum gehen kann, Kategorisierungen an sich zu unterbinden. Es ist eine lang bekannte evolutionstheoretische und sozialpsychologische Erkenntnis, dass das phänomenale Feld des Menschen die entscheidende Steuerungsinstante ist für Beurteilungen, Wertungen, Motive und Verhalten, was letztlich eine Person als Ganzes ausmacht. Sinneseindrücke werden im Zuge der Strukturierung im Gehirn vereinfacht, gruppiert. Das ist evolutionär auch vorteilhaft, wenn es schnelle Reaktionen auf neue Situationen ermöglicht, aber es entstehen häufig auch Verfälschungen sowie mit den Kategorien verbundene Abwertungen. Durch Kommunikation und ko-evolutionäre Prozesse entstehen letztlich vereinheitlichte Kategorien und Bilder, die einerseits gesellschaftliches Leben und die Kommunikation erleichtern, dabei aber eben auch Abwertungen, Diskriminierungen und alle Formen des Othering hervorbringen können.

Es kann stattdessen nur darum gehen, solche Kategoriensysteme aufzubrechen, die Diskriminierungsphänomene oder Selbsterhöhung zur Folge haben. Das hat in besonderem Maße auch mit der Bildung gesellschaftlicher Normen zu tun, die nach den identischen Regelmäßigkeiten wie Einfachheit, Klarheit, Symmetrie etc. entstehen, den Wahrnehmungsgesetzen folgen und die starke Bezugsrahmeneffekte beinhalten. Und dann gilt es zu verstehen, wie sich die Normen des Umgangs miteinander in Abhängigkeit mit dem gesellschaftlichen institutionellen Gefüge verändern. Diese sehr allgemeinen Überlegungen sind ebenso wichtig zum Verständnis des Othering wie die unabdingbare Sisyphusarbeit zur Aufdeckung all der Othering-Phänomene auf diversen Ebenen, wenn das Ziel verfolgt wird, solch diskriminierende Phänomene zu bekämpfen.



Dialog-Café 2: Wissenschaft erleben die Anderen

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Ricarda Ziegler, Wissenschaft im Dialog, Berlin

Prof. Dr. Julia Metag, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Philipp Schrögel, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Begleitung: Prof. Dr. Ulrike Röttger, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Moderation: Saskia Flegler, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Sara Lüttich und Saskia Flegler

*Wie steht es um die Rolle und Bedeutung von Wissenschaft für die Gesellschaft, unsere Kultur, aber auch für die Politik? Der Ruf nach wissenschaftsbasierten Empfehlungen mittels Fakten, Daten und Prognosen für politische Entscheidungen zu gesellschaftlichen Problemstellungen wird lauter. Gleichzeitig muss die Wissenschaft hohen Ansprüchen genügen und Wissenschaftler*innen müssen sich den skeptischen Nachfragen der „Anderen“ stellen – die wiederum Wissenschaft als andersartig wahrnehmen. Welche kreativen Wege und innovativen Formate der Wissenskommunikation gibt es, um auch Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die sonst außen vor bleiben? Wie kann eine Wissenskommunikation für alle gelingen?*

Wissenschaft im Spannungsverhältnis von Politik und Öffentlichkeit

Im politischen Diskurs und in der öffentlichen Diskussion spielen wissenschaftliche Erkenntnisse eine relevante Rolle. Vor allem im Zuge komplexer gesellschaftlicher Herausforderungen, wie aktuell im Kontext der Corona-Pandemie, muss die Bedeutung von Wissenschaft und explizit deren Kommunikation reflektiert und immer wieder neu lokalisiert werden.

Anhand verschiedener Modelle der Wissenschaftskommunikation verdeutlicht Ricarda Ziegler, Referentin der Geschäftsführung von Wissenschaft im Dialog (WiD), wie sich das Verständnis von Wissenschaftskommunikation in den letzten Jahrzehnten gewandelt hat. Obsolet ist beispielsweise das „Wissens-Defizitmodell“, in welchem Informationen aus der Wissenschaft in die Öffentlichkeit transferiert werden und Kommunikation somit einseitig von der Wissenschaft ausgeht. Adäquater lassen sich Diskurse zu gesellschaftlichen Problemen und politischen Debatten, wie momentan in der Corona-Pandemie, mit dem „Kommunikation im Kontext-Modell“ erklären. Dieses deklariert, dass Wissenschaft und Forschung zur Beantwortung der gesellschaftlichen und politischen Fragen einen Beitrag leisten können, jedoch nur unter Einbezug persönlicher Werte und verschiedener gesellschaftlicher Risikoabwägungen. Gesellschaftliche Herausfor-

derungen benötigen mehr als rein wissenschaftliche Lösungsansätze. Sobald Wissenschaft öffentlich wird, korreliert diese häufig mit einer gewissen Form der Politisierung. Wissenschaftskommunikation trägt also auch zu einer bestimmten Wahrnehmung der Corona-Pandemie im öffentlichen Diskurs bei. Dies führt zur Frage, inwieweit Wissenschaft – und Wissenschaftskommunikation – „politisch“ sein soll, darf und muss. Wie stark sollten Forschende im öffentlichen Diskurs in Erscheinung treten und zu welchem Zeitpunkt soll der Forschungsprozess öffentlich zugänglich gemacht werden?

Wie sich diese Fragen im allgemeinen Verständnis der Bevölkerung widerspiegeln, demonstriert die Impulsgeberin mit Umfrageergebnissen der von ihr verantworteten Wissenschaftsbarometer-Studie: Über 80 Prozent der befragten Bürger*innen sind der Meinung, politische Entscheidungen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie sollten im Wesentlichen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. Auch der Wert wissenschaftlicher Studien im Umgang mit Corona genießt eher hohes Ansehen. Die Einmischung von Wissenschaftler*innen in die Politik wird jedoch divergent eingeschätzt.

Vertrauenswürdigkeit und Vertrauen in Wissenschaft und Forschung

Phänomene wie Wissenschaftsskepsis rücken auch durch das Agenda Setting der Medien, wie etwa Berichte über die aktuellen Anti-Corona-Politik-Demonstrationen, in den Fokus. Somit wird der Anschein erweckt, dass das Vertrauen der Bevölkerung in Wissenschaft und Forschung schwindet. Entgegen dieser gefühlten Wahrnehmungen zeigen die Studienergebnisse seit Frühjahr 2020 einen signifikanten Zuwachs an Vertrauen seitens der Bürger*innen in Wissenschaft und Forschung an. Das, so resümiert Ricarda Ziegler, lässt sich in drei Dimensionen konstatieren: Expertise, Integrität und wohlwollende Interessensvertretung von Wissenschaft stellen ausschlaggebende Faktoren dar, die das Fundament einer soliden Vertrauensbasis bilden. Misstrauen gegenüber Forschenden ist dann operationalisierbar, wenn deren Motive angezweifelt werden. Auch Abhängigkeiten von Geldgebern verstärken eine gewisse Skepsis der Zweifelnden gegenüber Wissenschaft und Forschung.

Abschließend mahnt Ricarda Ziegler, die drei genannten Ebenen, in denen das Vertrauen der Bevölkerung verankert ist, stetig zu reflektieren und zu problematisieren, um Konflikte im Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit zivilisiert zu halten. Expertise bedeutet auch, Grenzen des Wissens zu illustrieren. Methoden und Prozesse von wissenschaftlichen Verfahren müssen öffentlich und somit sichtbar gemacht werden. Und letztendlich sollten auch Motive und Abhängigkeiten von Wissenschaft transparent gehalten werden. Nur so werden Spannungsverhältnisse abgebaut und ein Dialog mit allen gesellschaftlichen Akteuren kann gelingen.

Erwartungshaltungen an Wissenschaft(en) in der Öffentlichkeit

In der anschließenden Diskussion wird mehrfach darauf hingewiesen, dass der Terminus Wissenschaft je nach Akteur, aber auch in der Wissenschaft per se, heterogen benutzt und verstanden wird. Demensprechend, so führt eine Teilnehmerin an, bedarf es einer Artikulation dessen, was mit Wissenschaft de facto gemeint ist. In der Forschung wird Wissenschaft als ein System definiert, in dem Wissen geschaffen wird. Dieses Wissen besitzt seinen Wahrheitsanspruch jedoch nur so lange, bis dieser widerlegt werden kann. Die Falsifizierung von wissenschaftlichen Theorien ist daher elementarer Bestandteil des wissenschaftlichen Diskurses und der Wissensfindung. An dieser Stelle zeichnet sich eine deutliche Ambivalenz hinsichtlich des Verständnisses des Begriffs aus der Perspektive der Öffentlichkeit ab. Die Impulsgeberin verweist auf die Dominanz von naturwissenschaftlichen Feldern wie der Medizin, welche das Wissenschaftsverständnis der Bevölkerung vorrangig prägen. Die Verwendung im Singular, so ergänzt eine Teilnehmerin, führt vermeintlich dazu, Wissenschaft als eine homogene

Disziplin aufzufassen. Vielmehr sollte von Wissenschaften im Plural die Rede sein und der Fokus auf Interdisziplinarität gelenkt werden. Innerhalb der Wissenschaften ist es obligat und übliche Praxis, sich zu widersprechen und gegensätzliche Ergebnisse zu produzieren. Doch die Herausforderung eines öffentlichen Auftretens und einer Kommunikation von Wissenschaft, die interdisziplinär arbeitet und dementsprechend nur bedingt Einheitlichkeit verkörpern kann, bedarf einer gemeinsamen Sprache und Denkstruktur, um mit- und untereinander in Dialog treten zu können – gerade angesichts sehr unterschiedlicher Methoden und Denkmuster natur- und sozialwissenschaftlicher Disziplinen. Wie kann die Zusammenarbeit zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft sowie innerhalb der Wissenschaft(en) letztendlich funktionieren? Öffentliche Wissenschaft, dem wird prinzipiell zugestimmt, stellt hier einen zentralen Kommunikationskanal dar.

Chancen und Hürden in der Corona-Pandemie

Es herrscht Konsens, dass die Corona-Pandemie den öffentlichen Wissenschaftsdiskurs in ein neues Licht gerückt hat und dessen Rolle in der politischen Entscheidungsfindung deutlich umrissen werden muss. Die Ergebnisse der Wissenschaftsbarometer-Studie unterstreichen, dass die Vertrauenswerte in Wissenschaft und Forschung trotz ambivalenter Forschungsergebnisse und den mitunter nicht immer eindeutigen wissenschaftlichen Antworten gestiegen sind. Das wird in der Diskussion affirmativ als Chance wahrgenommen. Was die Wissenschaftskommunikation schon lange einfordert, nämlich die Wissenschaft nicht (nur) als Produktion von Sicherheit, sondern auch von Unsicherheit, Ungewissheit, unbeantworteten Fragen und partiell richtigen Antworten zu begreifen und zu vermitteln, ist in der Pandemie ansatzweise gelungen, so ein Teilnehmer. Studien belegen, dass sich genau diese Transparenz, die durch die Sichtbarkeit von wissenschaftlicher Unsicherheit entsteht, positiv auf das Vertrauen der Bevölkerung auswirken kann. Nichtsdestotrotz gibt es öffentliche Bereiche, in denen Unsicherheit tendenziell negativ konnotiert ist. Im massenmedialen Journalismus wird beispielsweise nach anderen Kriterien kommuniziert. Die Vermittlung von eindeutigem Wissen soll Kompetenz und Sicherheit generieren. Diese kontroversen Auffassungen von Wissen lassen sich nur dann in Einklang bringen, wenn die Wissenschaft auch als Gesprächspartnerin angenommen wird.

Im Umgang mit der Pandemie kann die Öffentlichkeit der Wissenschaft nicht ohne Weiteres folgen. Es sind politische Entscheidungsträger vonnöten, die eine Vermittlungsposition einnehmen und die Sphären Wissenschaft und Öffentlichkeit zusammenbringen. Als einen historischen Moment betitelt ein Diskutant in Zeiten der Pandemie die Handlungsmöglichkeiten von Politiker*innen, Entscheidungen zu Maßnahmen auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse in kurzer Zeit zu treffen, zu revidieren und neu aufzustellen. Damit ist die Chance eines politischen Managements gegeben, das nicht starr, irreversibel und auf Jahre angelegt ist, sondern das sich auf aktuelle und stetig neue Ergebnisse der Wissenschaft bezieht und sich daran ausrichtet.

Die Aufgaben von Wissenschaftskommunikation

In allen gesellschaftlichen Milieus und Schichten ist das Vertrauen in und die Orientierung an Wissenschaft gestiegen, bilanziert Ricarda Ziegler. Doch die Wissenschaft muss sich zentralen Fragen stellen: Welche Rolle spielt wissenschaftliches Wissen und wie gelingt eine adäquate Vermittlung in Öffentlichkeit und Politik? Zum einen, so die Impulsgeberin, muss das Bewusstsein gestärkt werden, dass es sich bei wissenschaftlichem Wissen lediglich um *eine* Art von Wissen handelt, genauso wie Forschende nur *eine* Art von Akteuren repräsentieren. Wissenschaftskommunikation hat die Aufgabe, den besonderen Wert wissenschaftlichen Wissens zu verdeutlichen. In diesem Sinne sind Transparenz im Hinblick auf das methodische Vorgehen und die jeweiligen Motive sowie kommunikative Offenheit fundamental, um miteinander in Dialog zu treten.



Wissenschaftskommunikation in veränderten Informationsumgebungen

Das klassische Bild von Wissenschaftler*innen im Elfenbeinturm verbildlicht die Wahrnehmung vom Anderssein allein schon durch die physische Abgrenzung, die mit dieser Beschreibung einhergeht. Wissenschaftler*innen wurden von der Gesellschaft als die Anderen wahrgenommen und vice versa. Julia Metag, Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Universität Münster, erklärt diese Vorstellung heutzutage für obsolet. Christian Drosten und Mai Thi Nguyen zählen zu den neuen Stars der Wissenschaftskommunikation und zeichnen sich durch mediale Nahbarkeit und Präsenz in der Öffentlichkeit aus. Zentrale Plattformen sind Soziale Medien wie YouTube oder Podcast-Streaming-Dienste. Auf der einen Seite werden diese Kanäle gefeiert – auf der anderen Seite verteufelt. Durch die digitalen Medien findet jedenfalls eine Pluralisierung der Wissenschaftskommunikation statt, die sich in der Vielfalt der Akteure, wie NGOs, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, selbst äußert. Problematisch wird diese Vielfalt, wenn die Bereitstellung von Informationen aufgrund eines Überangebots zu Orientierungslosigkeit führt. Fake News und Desinformationen sind dann nicht mehr unterscheidbar von wissenschaftlichem Wissen. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig auch die journalistische Einordnung von wissenschaftlichem Know-how ist. Viele der online verbreiteten und rezipierten Informationen, so argumentiert die Impulsgeberin, gehen auf die traditionellen journalistischen Massenmedien zurück. Budgeteinsparungen im Wissenschaftsjournalismus und der parallel stattfindende Ausbau von Wissenschaftskommunikation führen zur Frage, welche Rolle der Wissenschaftsjournalismus einnehmen sollte und wie dieser zukünftig finanziert werden kann. Julia Metag postuliert die These von der Notwendigkeit des Wissenschaftsjournalismus als einordnende Funktion. Gerade jüngere Generationen informieren sich laut des Wissenschaftsbarometers Deutschland zu 39 Prozent (sehr) häufig über das Internet und Social Media. Markant ist allerdings, dass wissenschaftliche Informationen oftmals nur die ohnehin einschlägig Interessierten erreichen, wie Studien belegen. Auch die Informationsquellen differieren je nachdem, wie stark das wissenschaftliche Interesse ist. Diskussionsbedarf besteht darin, ob und wie auch weniger stark interessierte Gruppen informiert werden müssen und können.

Soziale Medien: Fluch und Segen für die Wissenschaftskommunikation

Die Ergebnisse der Wissenschaftsbarometer-Studie vom Mai 2020 konstatieren einen hohen Vertrauensvorsprung der Befragten in die Wissenschaft. Dabei fungiert Vertrauen immer mehr als Ersatz für Wissen und Kontrolle, wenn unklar ist, wie Wissenschaft eigentlich funktioniert und durch einzelne Wissenschaftler*innen oder Interessens-träger*innen beeinflussbar ist. Diesen sogenannten „leap of faith“ hin zur Wissenschaft, so Julia Metag, schafft nicht jede*r, wie man gerade in der Corona-Pandemie anhand der zahlreichen Desinformationen und im Misstrauen der „Corona-Leugner“ sieht. Ist zu befürchten, dass sich ein Großteil der Bevölkerung in Informationsblasen befindet und nur noch über Themen informiert, die die eigene Meinung untermauern?



Die „Echo-Kammer-These“, also die Rezeption von Wissen, das der eigenen Ansicht entspricht, ist zwar populär in der Öffentlichkeit, lässt sich jedoch in dieser hohen Intensität nicht durch Studien belegen. Extreme Meinungen scheinen in den sozialen Medien allerdings mehr Gehör zu finden als moderate Ansichten. Folglich wirkt die Gesellschaft polarisierter als sie de facto ist: Personen mit extremen Meinungen kommentieren häufiger in sozialen Medien und greifen, aufgrund der negativen Konnotation von sogenannten Mainstream-Medien als „hostile Media“, stärker auf alternative Plattformen zurück. Neben der Verbreitung von Falschinformationen schaffen soziale Medien auch einen Nährboden für Verschwörungstheorien. Ein Lösungsansatz zur Eindämmung von Falschinformationen besteht in der präventiven Aufklärung und der Verbreitung korrekter wissenschaftlicher Fakten, so der abschließende Gedanke der Impulsgeberin.

Ressourcenknappheit als Hürde in der Wissenschaftskommunikation

Immer wieder wird in der folgenden Diskussion der Faktor Ressourcenknappheit als Hindernis einer gelingenden Wissenschaftskommunikation herausgestellt. Wissenschaftler*innen sind hier mit dem Dilemma der Gleichzeitigkeit des Publizierens *und* Kommunizierens konfrontiert. Dieses birgt Risiken: Zum einen droht Wissenschaftskommunikation leicht zu einer reinen Kommunikation in der Wissenschaft zu verkommen. Zum anderen ist diese Aufgabenbewältigung im Alleingang kaum zu schaffen. Vorgeschlagen wird das Konzept der klassischen Arbeitsteilung, etwa die Bereitstellung von Kommunikatoren, beispielsweise PR-Beauftragte. Doch wo ist die Grenze zwischen den jeweiligen Aufgabenbereichen zu ziehen?

In der Debatte um eine gelingende Wissenschaftskommunikation nehmen Wissenschaftler*innen eine Schlüsselfunktion wahr. Kontraproduktiv ist, einer Person alle Aufgaben im Prozess des Forschens bis zum Publizieren zu übertragen. Darum sollten, neben den Wissenschaftler*innen und dem Journalismus, auch weitere Akteure ins Blickfeld rücken. Studien belegen, so die Ergänzung der Impulsgeberin, dass institutionelle Kommunikatoren eine wichtige partizipative Rolle in der Wissenschaftskommunikation besitzen. Wie kann Kommunikation auf den Ebenen der Wissenschaftler*innen, des Journalismus und der Wissenschaftsinstitutionen praktisch gelingen?

Wissenschaftskommunikation fungiert innerhalb der Wissenschaft nicht „on top“, sondern sie nimmt einen relevanten und gleichwertigen Anteil im Wissenschaftsbetrieb ein. Um dies zu gewährleisten schlägt ein Teilnehmer vor, Doktorand*innen nach ihrer Promotion ein halbes Jahr länger finanziell zu fördern. In dieser zusätzlichen Zeit kann explizit die eigene Forschung kommuniziert werden. Eine Teilnehmerin warnt allerdings davor, dass sich bei einer finanziellen und zeitlichen Ressourcenerweiterung oder -umverteilung ein ganz anderer Wettbewerb etablieren wird und die Unterscheidung in lebenspraktische und wissenschaftliche Bereiche

verschwimmt, welche in der Wissenschaftskommunikation durchaus von Bedeutung ist. Statt mehr zu kommunizieren, so die Aufforderung, sollte der Fokus eher auf eine verständliche Vermittlung gelegt werden. Auch Stiftungen wie die Schader-Stiftung stellen auf institutioneller Ebene Knotenpunkte im Kommunikationsnetzwerk dar und unterstützen den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Neben der Finanzierungsfunktion schärfen Stiftungen die öffentliche Wahrnehmung von Wissenschaftskommunikation und befördern die Anknüpfungsfähigkeit in der Zivilgesellschaft.

Eine gute Wissenschaftskommunikation kann zwar das Erleben als Andere relativieren, jedoch ist die Wahrnehmung der Anderen auch generationenabhängig. Häufig sind es junge Nachwuchswissenschaftler*innen, die sich in der Kommunikation engagieren und versuchen, Wissenschaft erlebbar zu machen, zum Beispiel durch Veranstaltungsformate wie Science-Slams.

Wissenschaftsvermittlung und Intersektionalität

Wissenschaftskommunikation erreicht nur einen kleinen, eher bildungsbürgerlich geprägten Teil der Bevölkerung, konstatiert der Physiker Philipp Schrögel, Akademischer Mitarbeiter des Departments für Wissenschaftskommunikation am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und freiberuflicher Wissenschaftskommunikator. Typischerweise handelt es sich bei dieser Zuhörerschaft um männliche, weiße Personen mit Hochschulabschluss. Die Frage nach der Zugänglichkeit von Wissenschaft impliziert im Bourdieu'schen Sinne die Diskussion über die Verfügbarkeit von kulturellem Kapital. Viele Bevölkerungsgruppen werden aus unterschiedlichen Gründen nicht erreicht. Die Exklusion und Diskriminierung, die damit einhergeht, kann nur durch ein intersektionales Verständnis aufgearbeitet werden. Wie Philipp Schrögel betont, ist die Bezeichnung „Gruppe“ per se nicht zielführend, da diese oft mit Homogenität und Geschlossenheit gleichgesetzt wird. Formate wie Open Science und Citizen Science gelten in der Wissenschaftskommunikation häufig als Öffnungs-Paradigmen, die eine breitere Masse ansprechen sollen. Der Impulsgeber sieht darin einen Trugschluss. Für eine inklusivere Gestaltung von Wissenschaft reicht der Offenheits- beziehungsweise Öffnungsgedanke allein nicht aus. Vielmehr sollte von praktischer Zugänglichkeit die Rede sein oder, um dies innerhalb eines theoretischen Rahmens zu formulieren, ein positiv definierter Freiheits-/Offenheitsbegriff muss einen negativ angelegten substituieren. Kreative Formate können bei der Vermittlung von Wissenschaft Zugangswege darstellen. Science Street Art, Wissenschafts-Comics, Wissenschaftsspiele oder auch Science Slams verkörpern niedrigschwellige Kanäle, bei denen nicht die Masse an Informationen, sondern zunächst der Zugang im Vordergrund steht. Dennoch genügen diese Formate nicht allein, um Inklusion zu gewährleisten. Wie Umfragen belegen, machen Akademiker*innen und Bildungsbürger*innen immer noch überwiegend das Gros des Science Slam-Publikums aus. Kreative Formate der Wissenschaftskommunikation können trotzdem neue Zielgruppen erreichen. Diese Veranstaltungen dürfen nicht als Selbstläufer verstanden werden, sondern müssen zugänglich und einladend geplant werden. Soziodemographischen Merkmalen, wie Migrationshintergrund, Geschlecht und Alter, sollte deshalb ebenso Beachtung geschenkt werden wie der Veranstaltungsstruktur selbst.

Als Beispiele für Veranstaltungen mit marginalisierten Bevölkerungsgruppen präsentiert der Vortragende zwei Pilotprojekte des Projekts „Wissenschaft für alle“, die partiell erfolgreich waren. So fand ein Science Poetry Slam, in dem muslimische Jugendliche mit Migrationshintergrund unter anderem ihre Diskriminierungserfahrungen im Bildungssystem teilten, großen Anklang. Kulturelle Barrieren hingegen kristallisierten sich bei einem Science-Pub-Quiz mit dem Titel „Handwerk trifft Wissenschaft“ für Handwerker*innen und Berufsschüler*innen heraus. In Relation

zur Gesamtbesucherzahl nahmen nur wenige Berufsschüler*innen teil. Diskussionsbedarf sieht Philipp Schrögel in dem oft aus einem bildungsbürgerlichen Habitus heraus postulierten und zugleich abgrenzenden Widerspruch zwischen Wissenschaft und Unterhaltung. Dieser ist weder empirisch noch theoretisch haltbar. Wissensvermittlung sollte hier nicht das einzige Kriterium sein, nach dem kreative Formate beurteilt und bewertet werden.

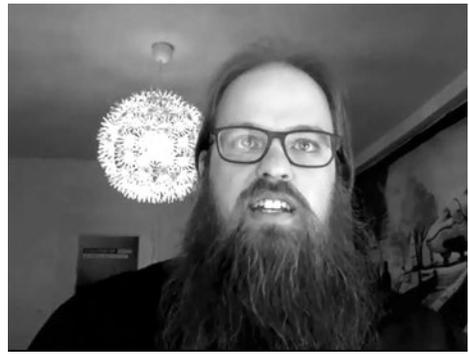
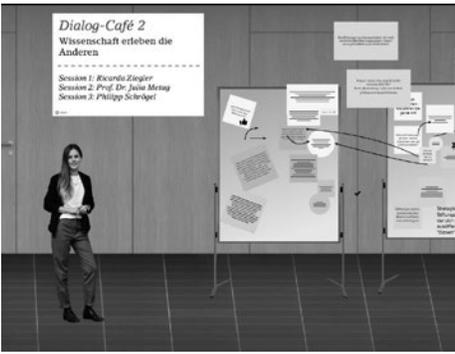
Räume als Exklusionsfaktoren

Im folgenden Gespräch wird darauf hingewiesen, dass Veranstaltungsformate immer auch an Orte gekoppelt sind. Wenn derartige Events trotz einer gut durchdachten Struktur oft nicht angenommen werden, ist das auch auf den Veranstaltungsort zurückzuführen. Räume fungieren in diesem Sinne als Barrieren und visualisieren potenzielle Hemmschwellen für die Partizipation möglichst vielfältiger Bevölkerungsgruppen. Es spielt somit eine Rolle, ob Museen, Clubs oder Universitäten als Austragungsorte gewählt werden. Ein Science Slam, der in einem Park stattfindet, erreicht vermutlich eher ein diverseres Publikum als ein Science Slam, der in einem Hochschulgebäude ausgerichtet wird und von vornherein mit akademischen Werten konnotiert ist. Orte tragen demnach zum inklusiven oder exklusiven Wert eines Formats bei. Andernfalls repräsentieren Events wie Science Slams lediglich einen in ein neues Gewand gehüllten, jedoch weiterhin nur für eine Zielgruppe angedachten Wissensvermittlungskanal, kommentiert ein Teilnehmer.

Bildung als Schlüssel in der Wissenschaftskommunikation

Wissen(schaft) ist komplex. Fatalerweise wird diese Komplexität in der Bevölkerung zu oft als Bedrohung denn als Chance begriffen. Um sich in der heutigen Informationsflut zurechtzufinden und Wissenschaft für alle zu öffnen, kommt Bildung eine Schlüsselrolle zu. Wissenschaft als Chance und Angebot zu verstehen, sollten schulische Ausbildungsinstitutionen frühestmöglich ebenso vermitteln wie auch das Potenzial von Wissenschaft zu kommunizieren. Dabei, so wird vorgetragen, muss nach der Devise „Nichts über uns ohne uns“ vorgegangen werden. Statt lediglich über Wissenschaft zu sprechen, muss diese auch selbst reden und sich präsentieren. Um der Gefahr von Kommunikationsblasen entgegenzuwirken, wird abermals auf die Aufgabe von Stiftungen als Verknüpfungspunkte verwiesen. Wissenschaft für alle kann nicht nur durch ein verbessertes Bildungsangebot erzeugt werden. Vor allem in Deutschland ist die Eintrittsschwelle zu Bildung und Wissenschaft sehr hoch. Erst der Erwerb von Scheinen, Zertifikaten oder anderen Nachweisen erlaubt es, an und in der Wissenschaft mitzuwirken. Der Gedanke, diese formellen Anforderungen völlig abzuschaffen, wird jedoch kritisch betrachtet. Wie aktuell an der Pandemie zu sehen ist, möchte sich ein Großteil der Gesellschaft in dieser Debatte ungeachtet des Wissensstandes einbringen. Hier, so der allgemeine Konsens, sollte immer ein gewisses Vorwissen vorhanden sein, um potenziellen, durch Unwissen entstandenen Schaden zu vermeiden.

Bildung birgt zwar ein großes Zugangspotenzial hin zu einer Wissenschaft für alle, allerdings zeigen sich auch Grenzen. Wie kann Wissenschaft eine bestimmte Klientel erreichen, die sich explizit gegen wissenschaftliche Erkenntnisse ausspricht, ob es um Corona, den Klimawandel oder Impfungen geht. Was ist mit Politiker*innen wie Trump oder Mitgliedern von Parteien wie der AfD, die teilweise über einen formal hohen Bildungsgrad verfügen? Ein Teilnehmer sieht die Problematik im Verständnis von Bildung und nicht nur in deren Vermittlung. Bildung sollte, neben Faktenwissen, auch praktische Solidarität und Empathie beinhalten. Des Weiteren zählt der Umgang mit Anti-Wissenschafts-Mentalitäten nicht zur primären Aufgabe der Wissenschaftskommunikation. Es handelt sich in erster Linie um politisch-ideologische Überzeugungen, die nicht durch Kommunikation kompensiert werden können.



Nachhaltigkeit interdisziplinärer Wissenschaftskommunikation

Damit Wissenschaft möglichst viele und heterogene Bevölkerungsgruppen langfristig erreicht und sich Formate überhaupt etablieren können, sollten Projekte grundsätzlich nachhaltig konzipiert sein: neben gleichbleibenden Veranstaltungsorten kann Langfristigkeit auch durch Kooperationen, etwa mit Schulen, geschaffen werden. Repair-Cafés oder offene Werkstätten, so einige Vorschläge, sind als auf Dauer angelegte Organisationsformen denkbar. Doch Formate wie Science Slams, wird eingewendet, sind zwar adäquat für die Vermittlung von natur- und ingenieurwissenschaftlichen Inhalten, eignen sich aber nur bedingt für die Sozial- und Gesellschaftswissenschaften, deren Aufgabe es ist, Alltagsphänomene auf einer Metaebene zu abstrahieren. Zudem herrscht ein Defizit an öffentlicher Sichtbarkeit von Sozial- und Gesellschaftswissenschaften in Relation zu den Naturwissenschaften. Auch die in Deutschland zwischen den Disziplinen bestehenden Rivalitäten erschweren eine gemeinsame Wissensvermittlung, so ein weiterer Kommentar. Lösungsansätze für eine gute Balance von interdisziplinärer Wissenschaftskommunikation liegen zum Beispiel darin, populärkulturelle, aus der Alltagspraxis stammende, sozialwissenschaftliche Aspekte zu thematisieren. Ein geeignetes Format sind Talkshows, in denen die Sozial- und Gesellschaftswissenschaften Präsenz zeigen und eine damit verbundene Absicht nicht direkt sichtbar ist. Auch die Schader-Stiftung, deren Zweck es ist, den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis zu stärken, gibt Impulse, um Wissenschaftskommunikation und Wissenschaft für alle gewährleisten zu können.

Resümee

Prof. Dr. Ulrike Röttger ist Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung. Sie hat das Dialog-Café begleitet und fasst ihre Eindrücke der Diskussionen zusammen:

*Am Beispiel der aktuellen Corona-Pandemie wird deutlich, dass diese Krise als besondere Herausforderung für Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation und zugleich aber auch als besondere Chance für eine Neujustierung des Verhältnisses von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft gesehen werden kann. In diesem Jahr waren Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation in der Öffentlichkeit so präsent wie nie zuvor und die Sensibilität für die Relevanz von Wissenschaft ist stark gestiegen. Die Pandemie hat zu einer neuen Form des intensiven Austauschs zwischen Wissenschaft und Politik mit zahlreichen iterativen Steuerungsprozessen geführt. Für Bürger*innen hat sich während der Pandemie die Chance ergeben, einen authentischen Blick in den „Maschinenraum der Wissenschaft“ zu werfen und die Spezifik von Wissenschaft, die insbesondere in der Produktion von Unsicherheit und Fragen liegt, unter Echtzeitbedingungen zu beobachten.*

*Es ist aus der Forschung bekannt, dass Unsicherheitsbereiche wissenschaftlichen Wissens, die transparent gemacht werden, Vertrauen steigern können. Und so zeigen erste empirische Befunde der Wissenschaftsbarometer-Studie, dass in Deutschland das Vertrauen der Bürger*innen in Wissenschaft zu Beginn der Pandemie gestiegen ist.*

*Eine hohe Präsenz von Wissenschaft in der Öffentlichkeit und eine ausgeprägte Publizitätsorientierung sind jedoch zum einen an Voraussetzungen gebunden und können zum anderen Rückwirkungen auf das Wissenschaftssystem haben, die in der zweiten Session des Dialog-Cafés ausführlich diskutiert wurden. Wissenstransfer und -kommunikation können von Wissenschaftler*innen letztlich nur adäquat geleistet werden, wenn diese Anforderung nicht „on top“ zum bestehenden Anforderungsniveau hinzukommt. Wenn aktive Wissenschaftskommunikation als ernst gemeinte Aufgabe von Wissenschaftler*innen erwartet wird, ist daher die Frage, welche der bestehenden Aufgaben wegfällt. Zudem müssen entsprechende Aktivitäten in Evaluations- und Berufungsverfahren als relevantes Kriterium berücksichtigt werden. Aktive Wissenschaftskommunikation hat für Wissenschaftler*innen nicht nur ihren Preis, weil sie zeitintensiv ist. Eine sehr starke Publizitäts- und Medienorientierung kann zudem dann problematische Rückwirkungen auf die Wissenschaft zeigen, wenn positive mediale Präsenz zum Erfolgskriterium wird und damit außerwissenschaftliche Kriterien zur Bewertung wissenschaftlicher Leistungen an Gewicht gewinnen. Denn die Handlungslogiken von Wissenschaft und Journalismus unterscheiden sich stark und stehen teils sogar konträr gegenüber – während Journalismus beispielsweise Eindeutigkeit präferiert, steht Wissenschaft für Mehrdeutigkeit und folgt einem anderen zeitlichen Rhythmus als der Journalismus. Journalismus und insbesondere Wissenschaftsjournalismus sind zugleich jedoch gerade unter den Bedingungen der sich wandelnden Kommunikationsumgebungen und angesichts eines starken Bedeutungsgewinns sozialer Medien unverzichtbar: Angesichts der Fülle an Informationen, der Vielzahl an Kommunikator*innen, Themen und Formate und der wachsenden Bedeutung von Missinformation im Netz gewinnt die einordnende Funktion des Journalismus für die Orientierung der Rezipient*innen an Bedeutung.*

*Das typische Publikum von Wissenskommunikationsangeboten ist weiß, männlich, fortgeschrittenen Alters und hat einen akademischen Hintergrund – und dies ändert sich nicht per se, wenn innovative und unterhaltsame Formate wie Science Slams oder ein Pub-Quiz angeboten werden. Ein Schwerpunkt der Diskussion in der dritten Session des Dialog-Cafés liegt auf der Frage, wie bestehende Exklusionseffekte vermieden werden können und Wissenschaft durch Wissenskommunikation für alle zugänglich wird. Doch auf diese Fragen gibt es keine einfachen Antworten und viel Geduld und ein langer Atem sind erforderlich, um Wissensangebote tatsächlich breit nutzbar zu machen. Als wesentliche Faktoren werden dabei eine größere Sensibilität für Exklusionsfaktoren, wie beispielsweise die Orte, an denen Wissenskommunikationsformate veranstaltet werden, die Bedeutung von Bildung und eine konsequente Rezipient*innenorientierung herausgestellt, die im Sinne eines positiven Freiheitsbegriffs einen differenzierten Blick auf die jeweiligen Zugangsvoraussetzungen der Zielgruppen wirft.*



Dialog-Café 3: Erleben der Aussteiger*innen

Impulsgeberin und Impulsgeber:

Prof. Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen

Tobi Rosswog, freier Dozent, Autor und Aktivist

Leslie Carmel Gauditz, Universität Bremen

Begleitung: Prof. Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen

Moderation: Dr. Michèle Bernhard, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Luca Müller und Dr. Michèle Bernhard

*In den Feldern Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildung und Kultur wird die Gestaltung der Gesellschaft immer wieder kontrovers diskutiert. Auf der Suche nach Alternativen gelten „Aussteiger*innen“ als Pionier*innen, die mehr oder weniger radikal, anarchistisch oder futuristisch alternative Formen des Zusammenlebens, des Wirtschaftens und der Bildung experimentell erproben. Dies kann vom Verzicht auf bestimmte Dinge, wie zum Beispiel Plastik, bis hin zum Versuch des Lebens ohne Geld reichen. Sind das Utopien, Zukunftsvisionen oder tragfähige Konzepte? Und welche Aspekte sind damit verknüpft? Gemeinsam wird diskutiert, was wir aus dem Erleben der Aussteiger*innen lernen können. Was lässt sich im persönlichen Leben umsetzen? Welches sind die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen?*

„Wenn der Mars die Antwort ist, was ist die Frage“

Unter dem Motto „Anders Leben, eine Utopie“ beginnt Stefan Selke seinen Impulsvortrag zur ersten Session des Dialog-Cafés. Selke, Professor für das Lehrgebiet Soziologie und Gesellschaftlicher Wandel sowie Inhaber der Forschungsprofessur für Transformative und Öffentliche Wissenschaft an der Hochschule Furtwangen, forscht selbst zum Thema soziale Utopien. In Literatur und Wissenschaft finden sich verschiedenste theoretische Ansätze für das Leben außerhalb der Mehrheitsgesellschaft, die jeweils unterschiedliche Fragen aufwerfen. Wie sehen Umsetzungen utopischer Konzepte aus? Auf welche Hindernisse stoßen Aussteiger*innen? Welche Lehren kann man aus solchen „Ausbruchsversuchen“ ziehen? Utopische Projekte existieren weltweit schon so lange, wie es Gesellschaftsformen gibt. Sie entstehen aus einer Art Zivilisationsmüdigkeit. Vor allem Projekte des 19. und 20. Jahrhunderts stellen Beispiele dar, die typische Merkmale von Utopien aufweisen. Bekannte Projekte sind Company Towns – Arbeitersiedlungen – aus der Zeit der Industrialisierung in England, Lebensreformbewegungen wie auf dem Monte Verità bei Ascona oder „Fordlandia“, ein von Henry Ford initiiertes Projekt mitten im Amazonasgebiet. Einige Projekte aus dieser Zeit wie Auroville, eine spirituelle Gemeinschaft in Südindien, existieren bis heute. Hier zeigt sich bereits die



Bandbreite der Projekte, die entweder als Sozioutopien in ihren Ausprägungen mehr auf das soziale Zusammenleben oder in Form von Technoutopien mehr auf technologische Innovationen abzielen.

Zur besseren Einordnung schlägt Stefan Selke verschiedene Kategorien vor: die Zivilisationsutopie, die Bildungsutopie, die Ökonomieutopie und die Ökologieutopie. Prototypisch unterscheiden sich diese Ansätze einer perfekten Utopie, und sie waren auch in ihren Umsetzungsversuchen mal mehr, mal weniger erfolgreich. Klassische utopische Modelle verbindet allerdings der Bezug zu einer räumlichen Dimension. Es muss zu Beginn Terrain erschlossen werden, welches fortan als Zentrum der Utopie dienen soll. Der Impulsgeber beschreibt diese Zentren als eine Art „Welt auf Probe“, losgelöst von bereits bekannten Gesellschaftsräumen. Zu beobachten ist dann eine „Magie der Ankunft“, das Gefühl einer Aufbruchsstimmung – und die Welt auf Probe wird zur Laborsituation. Laut Selke wird das Zusammenleben in Sozioutopien heutzutage aber immer stärker von Technoutopien abgelöst, die sich mit Fragen der Robotik oder mit dem Technikwandel beschäftigen.

Ein roter Faden verbindet die zentralen Elemente aller Utopien: eine Unterscheidung zwischen „Hardware“ und „Software“. Während „Hardware“ etwa den Bau von Städten, Einrichtungen oder ikonographischen Repräsentanzen bezeichnet, sind mit „Software“ die Ideen und Leitbilder wie Einheit und Harmonie gemeint. Auch hier eint alle diese Kategorien von Projekten ein Grundgedanke: Die Aussteiger*innen zeigen aus ihrer Sicht, wie ein besseres Leben aussehen kann – zum Wohle der restlichen Welt. Sie begreifen sich selbst also nicht als die *Anderen*, die etwas losgelöst von der Gesellschaft erschaffen. Vielmehr wollen sie in ihrem Selbstverständnis Pioniere sein und die Gesellschaft auf neue Wege führen.

Vom Scheitern der Utopien

Warum scheitern die meisten Projekte mit utopischen, ganzheitlichen Ideen im Verlauf ihrer Umsetzung? Stefan Selke eröffnet drei Perspektiven auf mögliche Gründe.

Wenn solche Projekte ins Leben gerufen werden, agieren oftmals Menschen mit hohem Geltungsdrang. „Es gibt zu viele, die vorneweg gehen wollen, im Rampenlicht stehen, aber zu wenige, die einfach nur mitmachen wollen.“ Weiterhin sollen gesellschaftliche Grenzen überwunden werden. Die neuen Regeln, die sich die Gemeinschaften für ihr Zusammenleben geben, verändern jedoch nur einzelne Aspekte des bereits Bekannten. Und trotz des Anspruchs, Althergebrachtes hinter sich zu lassen, sind die Vorhaben in vielen Fällen paternalistisch geprägt. Weiterer Faktor für das Scheitern solcher Projekte ist nicht zuletzt eine „ideologische Selbstüberforderung“ oder „das

Scheitern am Alltag“. Zwänge und strenge Verhaltensregeln können oft einen gegenteiligen Effekt bewirken: Sie werden dann insgeheim nicht mehr befolgt oder offen angezweifelt. Eine Utopie wird zur Dystopie und geht zu Ende.

Das Scheitern einer Utopie ist aber nicht mit einem Misserfolg gleichzusetzen, die Rückschlüsse auf die Gründe für ein Scheitern sind als Erkenntnisgewinn zu betrachten. Utopien und ihre Realisierung sind daher in bestimmten Aspekten lehrreich für das Zusammenleben in der Mehrheitsgesellschaft. „Quasi ein Werkzeugkasten der Weltverbesserer“, aus dem bestimmte Aspekte übernommen und andere verworfen werden können. Stefan Selke sieht darin auch den großen Erfolg des Utopiegedankens: niemals aufzugeben und einer „Poesie der Hoffnung“ folgend immer neue Möglichkeiten zu erforschen. Mit diesem Fazit entlässt der Impulsgeber die Teilnehmer*innen in die Diskussion.

Utopie und Raum

Welche Bezugspunkte zur praktischen Anwendung des Utopiebegriffs finden sich im Wissenschaftsalltag? Eine Teilnehmerin berichtet von Utopien in der Stadtplanung und dem Wunsch, neue ideale Lebensräume innerhalb von urbanen Gesellschaften zu schaffen. Ein Ansatz hierbei sind die so genannten Reallabore. Dabei bezieht die Wissenschaft die Gesellschaft mit allen relevanten Institutionen ein, um zukunftsfähige Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu erproben. Eine andere Teilnehmerin definiert ihre persönliche Auffassung von Utopie als das Andere, was trotzdem stets Teil der Mehrheitsgesellschaft ist, wodurch es immer wieder zu Spannungen zwischen der individuellen und der Gemeinschaftsebene kommt. Stefan Selke gibt zu bedenken, wie vermeintliche Utopien oftmals die Mehrheitsgesellschaft kopieren und deren Merkmale nur vergrößern, erhöhen und somit reproduzieren. Hierbei stellt sich die Frage: Wird nur der Raum verändert, in dem Gesellschaft stattfindet oder handelt es sich um einen echten Reset?

Thematisiert wird der Zusammenhang zwischen dem Raum der Utopie und Verdrängung. Um Raum für solche Projekte zu schaffen, müssen in der Regel bereits bestehende Lebensräume weichen. Für Fordlandia wurden Teile der Regenwälder gerodet, für andere Projekte neue Flächen im Meer mit Sand aufgeschüttet. Beeinträchtigt wird der Lebensraum von Flora und Fauna ebenso wie der anderer Menschen. Utopische Projekte verdrängen vielfach etwas bereits Bestehendes, da sie sich in ihrer Anfangsphase auf interne Vorgänge und Strukturen konzentrieren, so eine Erklärung für dieses Phänomen.

Abschließend greift eine Teilnehmerin den Gedanken eines Perspektivwechsels auf, nämlich die Mehrheitsgesellschaft als Utopie zu begreifen. Sie stellt die Frage, ob unsere Idee von der Mehrheit, die jedoch in dieser Konformität nicht existiert, nicht auch zur Utopie geworden ist? Besteht unsere Mehrheit nicht schon lange aus einem Flickenteppich von Minderheiten? Womöglich sind auch die „Anderen“ also viel stärker Teil eines kollektiven „Wir“ als weithin angenommen wird?

Passend dazu berichtet in der zweiten Session Tobi Rosswog von seinem Leben als ein „Anderer“ in der vermeintlichen Mehrheitsgesellschaft. Er ist freier Dozent, Speaker, Initiator, Coach, Autor und Aktivist. Zum Thema „Anders Wirtschaften“ berichtet der Impulsgeber von seinen persönlichen Erfahrungen mit einem Leben ohne Geld und dem Versuch, die eigene Utopie zu verwirklichen.

„Mach deine Theorie zur Praxis“

Unter diesem Motto ist Tobi Rosswog in verschiedensten Projekten aktivistisch tätig – aktuell zum Beispiel beteiligt er sich im Dannenröder Forst an einem Projekt, das auf

eine radikale Verkehrswende zielt. Utopie heißt nach seiner Definition, aus den Zwängen und Bürden der kapitalistischen Gesellschaft auszubrechen, Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen und praktisch *das* umzusetzen, was für ihn persönlich Utopie bedeutet. Dazu gehört für ihn zum Beispiel auch ein Leben ohne die Zwänge, die eine Austauschbeziehung von Geld und Arbeit mit sich bringt. Er stellt die Frage, aufgrund welcher Motivation wir eigentlich arbeiten und hat sich auch als Autor, der Maxime folgend „After Work – Radikale Ideen für eine Gesellschaft jenseits der Arbeit“, mit diesem Thema auseinandergesetzt. Arbeit als Mittel zum Gelderwerb erklärt er zunächst mit einer simplen Notwendigkeit. „Man verkauft seine Lebenszeit, um dafür Geld zu erhalten und das Eigentum anderer zu finanzieren.“ Weniger abstrakt ausgedrückt, arbeiten die Menschen für Unterkunft, Lebensmittel und andere Güter des Alltags. Eine Tauschlogik also, die eng mit dem kapitalistischen System unserer Gesellschaft gekoppelt ist. Geld vereinfacht diese Transaktion. Diese vermeintlich simple Logik hinterfragt er allerdings: Nicht jede Interaktion muss aus Geben und Nehmen bestehen, obwohl wir diesen Mechanismus schon von Kindesbeinen an lernen. Der Impulsgeber schlägt eine andere Struktur des Austauschs vor. „Reingeben, was wir können und rausnehmen, was wir brauchen.“ Unter diesem Motto hat Tobi Rosswog im Jahr 2013 den Versuch gewagt, ohne Geld zu leben. Er hat all sein Geld im Vertrauen verschenkt, dass „alles was ich brauche, auch da sein wird“. Doch seine Intention geht nicht dahin, bestehende Gesellschaftsstrukturen von heute auf morgen zu verändern. Sein Experiment sieht er als Form einer Utopie, die so nicht allgemeingültig umzusetzen ist. Vielmehr geht es um den Prozess und ein Umdenken. Nicht die Geldfreiheit an sich ist das Ziel, sondern ein kritisches Hinterfragen von Konsum und Bedürfnissen. Was brauche ich eigentlich wirklich? Was braucht eine Gesellschaft, wenn Bedürfnisse von Geld entkoppelt werden? „Wenn ich geldfreier werde, werde ich auch arbeitsunabhängiger, und dann habe ich mehr freie Zeit zu schauen: was ist wirklich mein Talent, mein Potenzial oder meine Berufung?“ Dieses Lebensmodell eröffnet die Möglichkeit, seine Arbeit nicht mehr verwerten zu müssen, sondern in konkrete Bedürfnisse investieren zu können.

Tobi Rosswog bestätigt, dass eine solche Vorstellung zunächst träumerisch im negativen Sinne wirkt. Handelt es sich dabei also um den aus dem Altgriechischen übernommenen *eu-topos*, den „guten Ort“, oder um den *ou-topos* den „nicht Ort“? Die Philosophie beantwortet diese Frage mit der Herleitung des Wortes Utopie als den guten Nicht-Ort, eine Vision, die durch Experimente wie dieses gelebt werden kann. Utopie beschreibt er abschließend als ein Sinnbild, etwas nicht Greifbares und beendet seinen Impuls mit einem Gedicht:

„Die Utopie steht am Horizont, ich bewege mich zwei Schritte auf sie zu und sie entfernt sich zwei Schritte. Ich gehe weitere zehn Schritte auf sie zu und sie entfernt sich wieder um zehn Schritte. So viele Schritte ich mich also auf sie zu bewege, sie entfernt sich immer um die gleiche Anzahl an Schritten. Wofür ist sie also da die Utopie? Dafür ist sie da, um zu gehen.“

Utopie als Freiraum

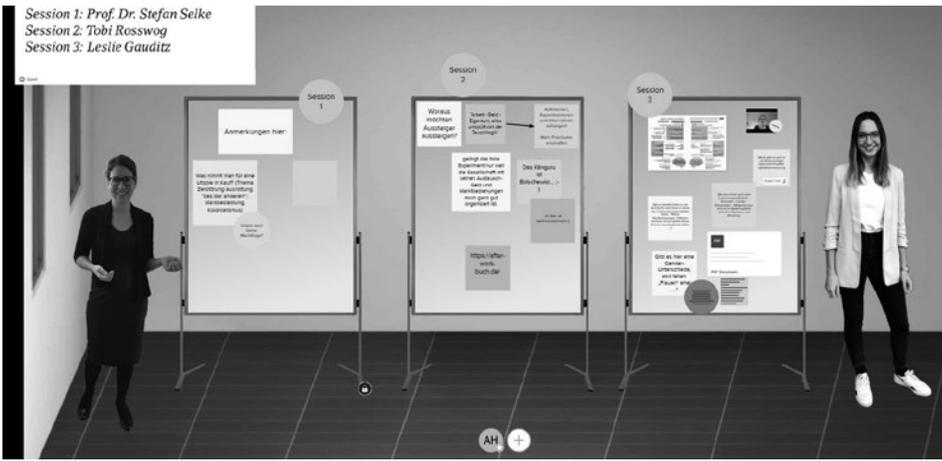
Utopie als Freiraum und als Motor steht im Widerspruch zu einem Gedanken wie „das kann nicht funktionieren“. So bestärkt eine Teilnehmerin den Impulsgeber vor allem in seinem Mut, den theoretischen Rahmen zu verlassen und die eigene Utopie in die Tat umzusetzen. Daran anknüpfend werden zwei praxisorientierte Fragen in den Raum gestellt: Wie waren die Erfahrungen im Alltag ohne Geld? Wie steht der Impulsgeber, geprägt durch die Erfahrungen seines Experiments, zum bedingungslosen *Grund-einkommen*? Leben ohne Geld lehrt, Vorhandenes sinnvoll zu nutzen. Dies bezieht sich nicht nur auf die eigenen Talente und nicht-monetäre Ressourcen, sondern zum Beispiel auch auf Güter wie Nahrungsmittel. „Kapitalismus konstruiert Mangel“ – der-



zeit werden genügend Lebensmittel für knapp 12 Milliarden Menschen produziert, trotzdem leidet eine Milliarde Menschen auf der Welt Hunger. Mit der Geldlosigkeit will Tobi Rosswog auf solche Missstände hinweisen und zeigen, dass die Logik, die mit Geld und Eigentum einhergeht, hinterfragbar ist. Nach kapitalistischer Logik ist der Mangel notwendig, Rosswog hat für sich selbst aber bewiesen, dass es außerhalb dieser Denkweise auch anders geht. In gesamtgesellschaftlichen Dimensionen fällt der Mehrheit ein Umdenken bis heute trotzdem schwer. „Es ist für die meisten wahrscheinlich einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus.“

Das Thema des bedingungslosen Grundeinkommens sieht der Impulsgeber als wichtigen Diskurs. Aber auch hier geht nach seiner Meinung die Fragestellung in eine falsche Richtung. Anstatt zu fragen, wie viel Geld Menschen zum Leben benötigen, sollte sich der Gedanke unabhängig von der Geldsumme zur Frage des Bedarfs bewegen – ein bedingungsloses Grundauskommen. Bedürfnisse von Menschen könnten so ohne den „Umweg“ des Geldes gestillt werden. Stefan Selke begrüßt diesen Gedanken und verweist auf den Philosophen Harry Frankfurt, der einen ökonomischen Egalitarismus kritisiert. Die Menschen sollen nicht alle gleich viel haben, sie sollen alle genug haben. Gleichzeitig hinterfragt er allerdings auch die Fähigkeit der Einzelnen, ihre Bedürfnisse und Grenzen zu definieren. Ein bedingungsloses Grundauskommen ist prinzipiell eine gute Lösung, doch wann weiß man, ob man „satt“ ist oder genug hat. Außerdem befragt Stefan Selke den Impulsgeber zu seiner Definition von Freiheit und führt an: „Freiheit beginnt da, wo man nicht mehr nützlich sein muss.“ Diese Freiheitsdefinition, so Rosswog, knüpft eng an das, was er einleitend Auskommen genannt hat. Freiheit beginnt demnach nicht nur da, wo man nicht mehr nützlich sein muss, sondern auch da, wo man nicht auf Kosten anderer leben muss.

Auf die Frage nach der kritischen Masse, die erreicht werden muss, um Utopien wie ein Leben ohne Geld umsetzen zu können, hat Rosswog keine bestimmten Zahlen im Kopf, sondern schlägt ein Gedankenexperiment vor: „Was wäre, wenn plötzlich alle mitmachen?“ Natürlich ist ein Leben, wie er es lebt, nicht für „Alle“ geeignet. Deshalb stellt diese Lebensform auch keine Zukunftsperspektive dar, sondern einen Transformationsschritt. Rosswog nennt dazu ein praktisches Beispiel: Weil er mithilfe von Containern und Food Sharing seine Versorgung mit Lebensmitteln sichert, muss er keine Zeit investieren, um durch Lohnarbeit Tauschmaterialien für Nahrung zu generieren. Die freigewordene Zeit nutzt er allerdings, um biologisch bewirtschaftete Permakultur-Gemeinschaftsgärten aufzubauen, die in Zukunft mehr und mehr zur Nahrungsversorgung beitragen können. Das Ausnutzen solcher „Nischen“ ist also eine Übergangsphase, bis utopietaugliche Konzepte in einem größeren gesellschaftlichen Maßstab umsetzbar sind.



„Probleme lassen sich nicht mit derselben Denkweise lösen, mit der sie entstanden sind.“ Mit diesem Albert Einstein zugeschriebenen Zitat fasst Rosswog die Essenz seines Impulsvortrags und der Diskussion zusammen: Das Andere leben, das Andere gesellschaftstauglich machen und im Endeffekt das Andere zum Normalen machen. Gesellschaftlicher Wandel ist ein Prozess, der im Kleinen beginnt und durch vermeintlich utopische Ideen getragen wird.

Ein solcher Wandel ist in vielen Aspekten bereits zu erkennen. Food Sharing wird immer populärer und der vegane Lebensstil gehört für immer mehr Menschen genauso zum Alltag wie andere nachhaltigere Lebensweisen. Ein weiteres Beispiel für andere Wirtschaftsformen liefert die Impulsgeberin der dritten Session des Dialog-Cafés.

Konsum anders denken

Leslie Carmel Gauditz, sie promoviert zurzeit am SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen, liefert unter dem Motto „Anders konsumieren“ Einblicke in das Konzept der so genannten Commons-Bewegung.

Sie beginnt ihren Impuls mit einem Teilaspekt des Commoning. Hierbei geht es im Grunde genommen darum, Konsum anders zu denken. Begriffe aus der ökonomischen Terminologie werden meistens mit großen Konzernen oder global agierenden Akteuren assoziiert. Die Impulsgeberin verweist allerdings darauf, dass das Wirtschaften und der Austausch immer eine soziale Beziehung darstellen und somit etwas Menschen-gemachtes sind. Deshalb sollen der Impuls und die anschließende Diskussion nicht die Ebene der großen Wirtschaftsakteure, sondern die Dimension des zwischenmenschlichen Austauschs betrachten. Wenn Kapitalismus als eine Spielart von Wirtschaftsbeziehung begriffen wird, gibt dieser als Ziel das Generieren von Ressourcen aus. Dadurch werden Menschen innerhalb eines solchen Systems in direkten Konkurrenz-zwang zueinander gebracht. Leslie Carmel Gauditz spricht von einem so genannten „Verwertungszwang“, dem Druck produktiv und so effizient wie möglich zu sein. Wirtschaften auf zwischenmenschlicher Ebene braucht einen solchen Zwang allerdings nicht. Diese andere Art des Wirtschaftens, abseits der „allgemeingültigen“ Auslegung, gab es schon immer. Projekte wie die „Commons“ rücken den Aspekt der Gemeinschaftlichkeit wieder stärker in den Vordergrund.

Doch was kann man unter Commons verstehen? Die Impulsgeberin nennt zentrale Aspekte des gemeinschaftlichen Wirtschaftens: es sind gemeinsam hergestellte, gepflegte und genutzte Dinge, häufig Produkte, aber auch sonstige Ressourcen. Im deutschsprachigen Raum sind Ausprägungen dieses Konzepts auch als Allmende oder Gemeingüter bekannt. Da Commons gemeinsam geschaffen und/oder in Gebrauch ge-

nommen werden, gehören diese niemandem, es bestehen also keine Eigentumsrechte für einzelne Personen. Meistens sind diejenigen, die Commons herstellen, identisch mit denen, die Nutzen daraus ziehen. Das Produzieren und Konsumieren greifen ineinander und werden zum so genannten „Prosumieren“. Güter werden zudem nicht mehr pauschal und gewinnorientiert, vielmehr bedürfnisorientiert produziert. Entgegen der gängigen Markt- und Tauschlogik steht nicht der Profit, sondern der Gebrauch im Vordergrund. Dieser theoretische Ansatz kommt bereits in vielfältigen Formen zur Realisierung. Kreative Commons wie gemeinsam entwickelte und angewendete Software oder „Gardening“-Projekte zur Erzeugung von Nahrungsmitteln sind nur zwei bekannte Beispiele.

Im Commoning gibt es darüber hinaus keine allgemeingültigen Regeln, jedoch Prinzipien, die Grundvoraussetzungen für die Teilnahme darstellen und sich aus der Commons-Forschung oder Best-Practice-Beispielen herleiten: teile was du kannst, nutze was du brauchst, beitragen statt tauschen, Besitz statt Eigentum. Unter diesen Schlagworten lassen sich viele der sozialen Prozesse abbilden, die mit der Commons-Bewegung einhergehen. Ein gewisser organisatorischer Rahmen leitet sich aus Kontrollmechanismen innerhalb der Gruppen her, und zwar im Wege der sozialen Kontrolle und durch Verantwortlichkeiten zwischen Einzelnen, jedoch ohne starres Regelsystem. So entstehen abgestufte soziale Sanktionen, welche zum Gelingen von Commons beitragen können. Zum Abschluss gibt die Impulsgeberin den Teilnehmer*innen noch einen Grundsatz mit auf den Weg. „Wer viel bekommt, kann auch viel geben.“

Wer viel hat, kann auch viel geben?

In der anschließenden Diskussion wird dieser Maxime der so genannte Matthäus-Effekt gegenübergestellt: „Wer viel hat, dem wird viel gegeben“. Doch wie kann dieses zutiefst ungerechte Prinzip überwunden werden? Die Impulsgeberin bezieht sich auf das Bedürfnisprinzip, wie es in ähnlicher Form auch Tobi Rosswog vorgeschlagen hat. Diese Verteilungsform zielt nicht auf eine abstrakte Gleichheit, nach der jeder Person gleich viel zukommt. Vielmehr geht es darum, dass jede Person so viel bekommt, wie sie braucht. Diese Auffassung knüpft direkt an die Grundprinzipien des Commoning an. Wie eine weitere Teilnehmerin einwirft, findet menschlicher Austausch abseits von kapitalistischer Tauschlogik oftmals auf einer rein zwischenmenschlichen Ebene statt. Diese kleinen Gesten müssen angesprochen, im Alltag sichtbar gemacht und durch viele unterstützt werden, um ein Umdenken erzeugen zu können. Darauf folgen ganz praktische Fragen zur Organisationsstruktur von Commons. Ein Teilnehmer, selbst Organisationsforscher, stellt dazu eine These auf: Commons können nur ohne eine Hierarchie funktionieren. Auch Leslie Gauditz betont, dass Macht und Konzepte wie Hierarchie im Widerspruch zum Modell der Commons stehen. Die Interaktion innerhalb der Commons setzt auf Konsensentscheidungen und soziales Aushandeln von Konflikten. Ein anderer Teilnehmer fragt nach gelebten Commonsgesellschaften, also praktizierten Lebensweisen nach dem Commonsprinzip. Diese sind bisher nicht großflächig realisiert, entgegnet die Impulsgeberin. In kleineren Gruppen und vor allem da, wo Menschen abhängig von und eng verbunden mit der sie umgebenden Umwelt und ihren Einflüssen leben, werden Commons aber weltweit schon erfolgreich praktiziert. Eine andere Teilnehmerin nennt Landwirtschaft nach dem Allmendepinzip als Beispiel einer konkreten Umsetzung.

Gauditz gibt, neben all diesen Faktoren, einen entscheidenden Aspekt dieses Ansatzes zu bedenken: Commons-Projekte haben das Ziel, Strukturen zu schaffen, in welchen ein Umdenken, ein hierarchiefreies soziales Zusammenleben und Interaktionen abseits der Tauschlogik möglich sind. Jede Ressource kann demnach ein Commons sein, es kommt nur darauf an, wie wir damit umgehen.

Eine Utopie, eine Vision oder ein Konzept?

In allen Sessions des Dialog-Cafés kam zur Sprache, unter welchen Voraussetzungen eine Umsetzung von Utopien gelingen kann. Während Utopien einerseits wie eine Vision am Horizont erscheinen, zeigen Beispiele aus der Praxis, dass utopische Projekte in verschiedenen Formen und Abstufungen durchaus existieren. Dabei haben alle Ansätze eine Gemeinsamkeit: Sie implizieren ein Umdenken oder ein Abweichen von Normen und Regeln der Mehrheitsgesellschaft. Wer versucht, solche Konzepte im eigenen Alltag zu realisieren, wird vermeintlich zu einem „Anderen“. Wie die verschiedenen Perspektiven der Impulsgeber*innen aber aufzeigen, sind geldloses Leben oder das Organisieren des eigenen Bedarfs durch Commons keineswegs als Abspaltung einzuordnen. Diese Ansätze bieten alternative Lösungswege für Problemstellungen kapitalistischer Denkweisen an und koexistieren neben konventionellen Gesellschaftsmodellen. Deshalb kann man sie in ihren verschiedenen Ausprägungen schon heute als Versuche sehen, Utopien in real anwendbare Konzepte zu transformieren. Vielleicht sind gelebte Utopien doch für einen größeren Teil unserer Mehrheitsgesellschaft Realität, als viele von uns denken.

Resümee

Prof. Dr. Stefan Selke, der das Dialog-Café begleitet hat, fasst seine Einschätzung des Gesprächsverlaufs unter dem Titel „Auf der Suche nach dem Werkzeugkasten für Weltverbesserer“ zusammen:

Die Gespräche im Dialog-Café 3 waren zugleich eine Archäologie der Zukunft als auch die leidenschaftliche Suche nach Korridoren der Gesellschaftsgestaltung. Blickt man von zukünftigen Utopien (zum Beispiel der Idee der multiplanetarischen Zivilisation) zurück auf unsere Gegenwart, dann lässt sich zunächst die Ausgangslage klären: Wenn Mars die Antwort ist, was war dann die Frage? Zu allen Zeiten gab es Pioniere, die sich durch die Sehnsucht nach einer besseren (oder zumindest anderen) Welt auszeichneten und deshalb von der Mehrheitsgesellschaft als „die Anderen“ wahrgenommen wurden. Während ein Großteil des utopischen Potenzials in zahlreiche literarische Utopien floss, gab es jedoch immer wieder Versuche, „reale Utopien“ als eine kleine Welt auf Probe oder gar als zivilisatorisches Menschheitsexperiment zu schaffen. In diesen offenen Gesellschaftslaboren ging es im Kern darum, zentrale Aspekte unserer kulturellen Matrix auf den Prüfstand zu stellen: Können Menschen ohne Geld leben? Wie viel ist genug? Wie lässt sich Konkurrenz durch Kooperation ersetzen? Können Menschen dauerhaft auf ihr Ego verzichten?

Auch Utopien finden in einer Art Alltag statt. Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass idealistische Erwartungen in Konflikt mit realen Anforderungen geraten. Kurz: Möglichkeitssinn stößt auf Wirklichkeitssinn. Die konkreten Beispiele, die im Dialog-Café intensiv beleuchtet wurden – die Möglichkeit eines bedingungslosen Grundauskommens (Tobi Rosswog) sowie die Möglichkeit der Allgemeingüter/Commons (Leslie Carmel Gauditz) – zeugten einerseits davon, dass es in der Gegenwartsgesellschaft faszinierende Ausnahmen von der allgemeinen Utopiemüdigkeit gibt, die sich dadurch auszeichnet, dass Standardwelten reproduziert werden, anstatt utopische Momente in soziale Transformationen zu verwandeln. Die aktuelle Corona-Pandemie verdeutlicht diese beiden Optionen in idealtypischer Weise. Die Impulsgeber konnten einerseits von persönlichen Erfolgserlebnissen aus der Praxis ihrer realen Utopien berichten. Andererseits blieb die Frage nach der Skalierbarkeit ihrer Visionen offen. Denn hier kommen „die Anderen“ erneut ins Spiel. Zahlreiche utopische Ideale lassen sich nur im Antagonismus mit der Mehrheitsgesellschaft realisieren. Gerade das schließt jedoch die Verallgemeinerungsfähigkeit aus. Im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis wird es gleichwohl auch in Zukunft darum gehen, utopisches Kapital in eine lebensdienliche Gesellschaftsordnung zu investieren.



Dialog-Café 4: Sicherheitspolitik im Erleben der Anderen

Impulsgeberin und Impulsgeber:

Audrius Paura, Botschaft der Republik Litauen, Berlin

Kiflemariam Gebrewold, Evangelische Landeskirche in Baden, Karlsruhe

Vera Rogova, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main

Begleitung: Prof. Anselm Hager Ph.D., Humboldt-Universität zu Berlin

Moderation: Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Katharina Apfelbaum und Dr. Kirsten Mensch

Kann es in den internationalen Beziehungen Sicherheit für nur eine Seite geben? Kann sich eine Nation sicher fühlen, wenn eine andere sich als von ihr bedroht ansieht? Führt die Bedrohungswahrnehmung der einen nicht automatisch zu einer abnehmenden Sicherheit der anderen? Und selbst, wenn wir die Bedrohungspotenziale und Sicherheitsbedarfe innerhalb einer Staatengruppe wie der EU oder der NATO anschauen: Zeigen sich dort nicht unterschiedliche Wahrnehmungen, die Kooperationen zumindest erschweren? Das Dialog-Café will verdeutlichen und diskutieren, wie Bedrohung und Sicherheit mit den Augen der Anderen gesehen werden.

Litauen als Teil der westlichen Wertegemeinschaft

Das Jahr 2020 ist ein wichtiges Jahr für die geschichtsbewussten Bürgerinnen und Bürger Litauens. Feiertage werden gerne begangen, insbesondere wenn es um die eigene Freiheit und Unabhängigkeit geht: Als erstes Land erlangte Litauen vor 30 Jahren die Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Litauen nimmt sich selbst als Teil der westlichen Wertegemeinschaft wahr. Es ist seit über 15 Jahren Teil der EU und der NATO und gut in diese Verbünde integriert. Vor einigen Wochen standen Parlamentswahlen an und letztes Jahr fand die Präsidentschaftswahl statt, deren jeweiligen Ausgänge erneut die Stabilität der Demokratie bewiesen haben.

In Anbetracht dieser Umstände ist der Impulsgeber der ersten Session des Dialog-Cafés Audrius Paura, Referent der litauischen Botschaft in Berlin, stolz auf das, was sein Land in den vergangenen drei Jahrzehnten erreicht hat. Allerdings hält er diese Errungenschaften und die westliche Wertegemeinschaft für gefährdet. Litauen fühlt sich durch seine unmittelbaren Anrainerstaaten im Osten bedroht: Belarus und Russland. Dies prägt die litauische Sicht auf sicherheitspolitische Fragen.

Wie auch Deutschland spricht sich Litauen für eine regelbasierte Weltordnung aus. In dieser Frage sieht der Impulsgeber eine gemeinsame Linie in der sicherheitspolitischen Anschauung. Äußerst wichtig erscheint ihm die rotierende Stationierung von Soldatinnen und Soldaten der NATO. Seit 2017 ist ein multinationales Bataillon in Litauen präsent, das unter deutscher Führung steht. Dies hat nicht nur symbolischen Wert, sondern ist in Audrius Pauras Augen die Antwort auf die unberechenbar erscheinenden Nachbarn im Osten. Durch sie sieht er nicht nur das Baltikum, sondern die gesamte europäische Wertegemeinschaft bedroht.

Wandel durch Annäherung: Wunschdenken?

Wandel durch Annäherung, ein vielversprechendes Konzept zur Verbesserung des Verhältnisses zu Russland hat sich laut Impulsgeber nicht bewährt. Russland ist ihm zufolge nicht an einer Partnerschaft auf Augenhöhe interessiert. Stattdessen stellen die Länder der EU und Demokratien generell eine Gefahr für das russische autoritäre Herrschaftssystem dar. Aufgrund innenpolitischer Herausforderungen betreibt Russland, so die Einschätzung, eine konfrontative Außenpolitik, die zum Ziel hat, die NATO zu spalten und in westlichen Gesellschaften eine gewisse Zersetzung zu bewirken. Insbesondere großangelegte Projekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurden und werden hierfür instrumentalisiert.

Ein Großteil der weiter westlich liegenden Länder sieht oder sah zumindest die Gefahrenlage weniger dramatisch, sondern forderte in den vergangenen Jahren, Russland mehr einzubinden und im Dialog zu bleiben, um ein europäisches Haus entstehen zu lassen. Aber war das nicht Wunschdenken? Hat das nicht zu einer militärischen Abrüstung geführt, die nun zu bedauern ist? Müsste der Westen nicht, so der Impulsgeber, Russland aus einer Position auch der militärischen Stärke begegnen, damit zweckmäßiger und fruchtbarer Dialog entsteht? Entscheidend für ihn ist darüber hinaus die Aufklärung der eigenen Bevölkerung über militärische und strategische Überlegungen, um einen entsprechenden Rückhalt zu bewirken.

Vera Rogova, Impulsgeberin der dritten Session des Dialog-Cafés, zweifelt an dieser Stelle, dass mit Druck gegenüber Russland gute Ergebnisse zu erzielen sind. Sie erachtet es als notwendig zu trennen zwischen Analyse und der daraus folgenden Strategie. In den vergangenen Jahren konnte sie eher einen dialog-abbauenden Effekt durch die zahlreichen Sanktionen und anhaltende Kritik des Westens an Russland feststellen.

Deutsche Beteiligung am multinationalen Bataillon in Litauen

Zu Beginn der anschließenden Diskussion steht die Frage im Raum, ob in der deutschen Bevölkerung die Existenz des NATO-Bataillons, dem in Litauen eine hohe Relevanz zukommt, bekannt ist – und dass dieser Kampfverband unter Führung der deutschen Bundeswehr steht. Laut einer Umfrage des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, so einer der anwesenden Politikwissenschaftler, wissen nur circa 15 Prozent der Menschen in Deutschland von dem Einsatz. Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Sicherheit in Deutschland und jener in Litauen? Während die deutsche politische Führung Unterstützung für Litauen zusichert, scheint diese in der deutschen Bevölkerung zu fehlen. Daher fragt er, ob der litauische Diplomat volles Vertrauen hat, dass Deutschland Litauen im Ernstfall verteidigen würde.

Ja, lautet die Antwort. Gegenüber der Glaubwürdigkeit der deutschen Regierung, Litauen Beistand zu leisten, hegt er keine Bedenken, eher gegenüber den Mitteln, die zur Verfügung stehen. Die Mängel in der Ausstattung der Bundeswehr zeigen sich auch in Litauen. Für Sicherheit, Stabilität und Frieden in der Region brauchen die baltischen Länder „boots on the ground“ samt geeignetem Material und überzeugenden Kapazitäten.



Ein Teilnehmer zeigt sich erschüttert über die mehrheitliche Unwissenheit der Deutschen in Bezug auf den Einsatz in Litauen. Er sieht zudem eine zentrale Frage, bei der die Menschen in Deutschland in ihrer Einschätzung polarisierend auseinanderdriften: Wie stehst du zu Russland? Zum einen macht er pauschale „Querdenker“ aus, die Putin gut finden, zum anderen Menschen, die Russland kritisch gegenüberstehen.

Audrius Paura nimmt ebenfalls unterschiedliche Stimmen in der deutschen Gesellschaft wahr. Mit der russischen Annexion der Krim und Cyberattacken, die auch Deutschland trafen, wurden jedoch viele Menschen aufmerksamer und kritischer. Daher besteht für ihn die Hoffnung, dass die deutsche Bevölkerung, wenn es nötig ist, Entscheidungen für Verteidigungsmaßnahmen mitträgt. Das hält er auch in deutschem Interesse für angebracht. Denn die baltischen Staaten spielen für Russland an sich keine herausgehobene strategische Rolle, abgesehen von einem möglichen Zugang zur Ostsee mit eisfreien Häfen. Entscheidender sieht der Impulsgeber das Ziel Russlands, Destabilisierungsversuche gegenüber der NATO im Baltikum zu starten. Insofern ist ein glaubwürdiger Abschreckungseffekt vonnöten.

Ein Teilnehmer berichtet vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in Polen über den dortigen sicherheitspolitischen Konsens in Bevölkerung und Politik. Findet sich eine ähnliche Homogenität auch in Litauen? Und wünscht sich Litauen ein stärkeres gemeinsames Auftreten mit Polen? Ja, so der Impulsgeber, auch in Litauen besteht über Parteigrenzen und Bevölkerungsgruppen hinweg ein Konsens über die Außen- und Sicherheitspolitik, trotz wechselnder Regierungen. Zudem sieht er bereits enge Beziehungen zwischen Polen und Litauen sowie viele Projekte der Zusammenarbeit.

Fehlwahrnehmungen in der deutschen Bevölkerung?

Ein Teilnehmer des Dialog-Cafés pflichtet den Anmerkungen des litauischen Botschaftsmitarbeiters bei und hofft, dass dessen Worte über den hiesigen Gesprächskreis hinaus gehört werden. Nach seiner Meinung sind nicht nur die zuvor genannten „Querdenker“ positiv gegenüber Russland eingestellt, sondern auch große Teile der SPD und der Linken hegen starke politische Sympathien für Russland. Die deutsche Bevölkerung müsste sich, falls es zu einem Verteidigungsfall käme, eine ähnliche Frage wie früher stellen: „Sterben wir für Danzig?“ – in diesem Fall: „für Litauen?“ Die Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit weiß nicht, wie stark in Ost- und Mitteleuropa Russland als Bedrohung gefürchtet wird. Das sollte klarer in politischen Diskussionen herauskommen.



Ein weiterer Teilnehmer beobachtet einen Widerspruch in der deutschen Politik: Wie lässt sich die Verpflichtung der NATO-Mitgliedschaft verbinden mit der durch Nord Stream 2 vorgesehenen engeren Bindung an Russland und dem zugrundeliegenden Versuch, im Sinne von „Wandel durch Handel“ eine Brücke zu bauen? Russland als zuverlässigen Lieferanten zu sehen, hält Audrius Paura für einen Mythos. Das Geld, das Russland erwirtschaftet, wird ins Militär investiert. Darüber hinaus gibt man Russland mit langfristigen Versorgungsverträgen einen Hebel in die Hand.

Offenbart die inhomogene öffentliche Meinung in Deutschland Fehlwahrnehmungen hinsichtlich der Beziehung zwischen dem Westen und Russland? Die Frage ist, was in Deutschland falsch wahrgenommen wird und ob man Fehlwahrnehmungen, sei es in Deutschland oder in Russland, nicht auch nutzen könnte, um Konflikte zu lösen. Die öffentliche Meinung in Deutschland, so Audrius Paura, wird von einer Wahrnehmung geprägt, die in der Aussage „Wir sind von Freunden umzingelt“ aufscheint. Diese Ansicht führte, was er als Fehler wertet, zu einer Abrüstung bei der Bundeswehr und so zu deren jetziger schlechten Ausstattung. Die Regierung sollte offen mit der Bevölkerung reden, die strategische Kommunikation sollte ausgebaut werden. Dies liegt stark im eigenen Interesse, aber auch in dem Litauens und anderer mittel- und osteuropäischer Staaten.

Sicherheitspolitik aus dem Süden betrachtet: Arroganz der Macht

Das Erleben der Anderen fragt im Bereich der Sicherheitspolitik nicht nur, wie die „Anderen“ innerhalb Europas auf Fragen der Sicherheit schauen, sondern auch nach der „anderen“ Welt. In der zweiten Session des Dialog-Cafés versuchen die Teilnehmenden, sich in die Sichtweisen des globalen Südens hineinzusetzen. Kiflemaria Gebrewold, Leiter des Projekts „Rüstungskonversion und Rüstungsexport“ der Evangelischen Landeskirche in Baden, zeigt in seinem Impulsbeitrag den Unterschied zwischen staatlicher Sicherheit und *human security* – also menschlicher Sicherheit – auf. Seit 9/11 assoziiert der Westen Sicherheit ausschließlich mit staatlicher Sicherheit gepaart mit Migrationsabwehr. Diese Ansicht hat die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik sowie die der Europäischen Union durchdrungen.

Kritisch fragt der Impulsgeber, warum Deutschland einer der Hauptexporteure von Rüstungsgütern ist, sowohl Groß- wie auch Kleinwaffen betreffend. Die deutsche Rüstungsindustrie etwa liefert an Iran und Saudi-Arabien – unter der Prämisse, die Waffen nicht im Jemen-Krieg einzusetzen, was nicht eingehalten wurde. Auf der einen Seite wird Entwicklungshilfe geleistet, auf der anderen Seite werden in etwa gleichem Umfang Waffenexporte geduldet.

Eine Teilnehmerin, die sich als Jemenitin mit der Situation im Jemen auskennt, legt in der anschließenden Diskussion dar, dass es grundsätzlich in Fragen der internationalen Beziehungen einen realistischen Ansatz gibt, der nationale Sicherheit und die Zu-

sammenarbeit mit anderen Ländern betont, und einen konstruktivistischen mit Fokus auf das „Gute“ sowie Fragen der humanitären Hilfe. Deutschland sollte die historisch gewachsenen guten Beziehungen zu Nord- und Süd-Jemen nutzen, um im Bürgerkrieg einen Impuls in die richtige Richtung zu geben, statt in zu engen „realistischen“ Perspektiven zu verharren, weil man Staaten wie Saudi-Arabien nicht vor den Kopf stoßen will. Doch in der Folge könnte Jemen zu einem Boden für internationalen Terrorismus werden. Kiflemariam Gebrewold erläutert die Tragik dieses Falls: Als Saudi-Arabien Anlagen zur Waffenproduktion importierte, hätte die deutsche Regierung vertraglich festsetzen und mit Kontrollmöglichkeiten unterfüttern müssen, diese Waffen nicht an Dritte zu liefern – das erfolgte aber nicht. Stattdessen gab Saudi-Arabien lediglich eine Erklärung mit dem gewünschten Wortlaut ab. Somit waren Post-Shipment-Kontrollen des Verbleibs dieser Waffen nicht möglich.

Zu der Gegensätzlichkeit zwischen Rüstungsexporten und Entwicklungshilfe gesellt sich, so Kiflemariam Gebrewold in seinem Impuls, ein weiterer Aspekt: der 2015 gegründete und später verstärkte Arbeitsbereich für Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnachsorge und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt. Ziel es ist, zivile Konfliktbearbeitung in den Vordergrund zu stellen.

Aus dem Blickwinkel des globalen Südens wirken diese Handlungen widersprüchlich und kontraproduktiv: Erst werden Waffen geliefert, anschließend kommt es zu Krisen, dann wird Hilfe geschickt. Deutschland steht dabei gleichzeitig an der Spitze der Waffenexporte und der humanitären Hilfe. Dies wird als eine Arroganz der Macht wahrgenommen.

Asymmetrische Handlungsbeziehungen und Ertüchtigung

Der Impulsgeber fragt sich, ob Inkonsistenzen zwischen Außen-, Handels- und Sicherheitspolitik eine gewollte Strategie darstellen. Zudem äußert er Zweifel, ob Länder jemals durch Entwicklungshilfe entwickelt wurden – dafür sieht er keine Evidenz. Dagegen wäre das Ermöglichen von Wertschöpfung statt des reinen Abgreifens von Rohstoffen für den afrikanischen Kontinent entscheidend. Die Rohstoffe abzukaufen, deren Weiterverarbeitung jedoch im globalen Norden zu belassen, sieht er als asymmetrische Handelsbeziehung. Dies stellt eine Ursache für Migration sowie den sozialen und politischen Unfrieden auf dem Kontinent dar. Auch der Wunsch, Afrika möge sich in den Welthandel im Rahmen der WTO integrieren, führt zu einem Verharren der Benachteiligten in ihrer Rolle und zum Gedeihen der Profite anderer.

Zeigt dies nicht letztlich auf, dass der Kapitalismus das Grundproblem darstellt? Gibt es eine Verquickung zwischen Sicherheit und ökonomischen Interessen, die stärker ist, als wir uns dies vorstellen? Der Impulsgeber bestätigt einen Zusammenhang. Es geht vor allem darum, kostengünstig Rohstoffe zu beziehen, die vor allem im globalen Süden vorkommen, um sie dann selbst zu verarbeiten und die Produkte in alle Welt zu exportieren – eine sich reproduzierende Tradition, die im Kolonialismus verwurzelt ist.

Kiflemariam Gebrewold verweist in diesem Zusammenhang auf das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“, das als Bedrohung unter anderem eine Gefährdung der Transport- und Handelslinien und der Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung benennt. Dadurch erzeugt man, so der Impulsgeber, ein „galaktisches Gefährdungsszenario“, das sich bei genauerem Hinsehen anders zeigen würde. Ökonomische Interessen spielen somit durchaus eine sicherheitspolitische Rolle.

Deutschland leistet auch Hilfe zur „Ertüchtigung“ in Afrika. Warum? Weil es, so Kiflemariam Gebrewold, letztlich um die eigene Sicherheit und erst danach um Fragen der

Entwicklung in Afrika geht. Ertüchtigung wurde früher ehrlicherweise als Militärhilfe bezeichnet: militärische Ausbildung, begleitet von Waffenlieferungen. Damit afrikanischen Staaten zu helfen, ist ein Trugschluss. Solange die menschliche Sicherheit nicht gewährleistet ist, also vor allem soziale, kulturelle, politische Rechte und Sicherheiten in den Kommunen nicht gegeben sind, wird die Ertüchtigung zur Militarisierung. Vielmehr sollte die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik das, was sie selbst im Rahmen der friedlichen Wiedervereinigung erfahren hat, im Prozess und Konzept ihrer Außen- und Sicherheitspolitik als „Exportschlager“ einbauen.

Ein kritischer Einwand bezieht sich auf die großen abstrakten Begriffe, die in der Debatte verwendet werden, wie „Afrika“, „globaler Süden“ oder „Kapitalismus“. Wichtig ist bei der Debatte, Vielfalt und Unterschiede wahrzunehmen. Denn Afrika sollte nicht in die Opferrolle von scheinbar vollkommen abhängigen Staaten gedrängt werden. Dies entspricht nicht der Realität: Manche Regionen in Afrika sind heute deutlich dynamischer und industriell besser aufgestellt als Westeuropa. Mehr auf Details zu schauen, rät auch eine weitere Teilnehmerin: etwa der Blick auf lokale Eliten, die oftmals in Ungerechtigkeitsysteme eingewoben sind und von ihnen profitieren. Ähnliches gilt für Interessengruppen vor Ort.

Chinas Einfluss und Rolle in Afrika

Den außergewöhnlichen Einfluss von China, vor allem auf Süd- und Süd-West-Afrika, betont ein weiterer Teilnehmer. China geht strategisch vor und kauft, baut oder beutet aus, um die Entwicklung in eine gewünschte Richtung zu lenken. Dies bereitet ihm Sorge. Dem impulsgebenden Afrika-Experten ist dieser Einfluss bekannt. Jedoch, so bricht er eine Lanze für die chinesischen Aktivitäten in Afrika, verschleiern die Chinesen nicht, warum sie da sind. Sie verstehen sich nicht als Entwicklungshelfer, sondern brauchen einerseits Rohstoffe, finanzieren andererseits aus eigenem geschäftlichen Interesse wichtige Infrastrukturprojekte. Sie bauen Fabriken und Manufakturen – und schaffen so Arbeitsplätze für junge Menschen. Dies hilft den Volkswirtschaften in Afrika. Im Vergleich dazu waren die 60-jährigen Beziehungen mit dem Westen nicht so fruchtbar. Trotzdem, lenkt er ein, braucht Afrika eine Strategie gegenüber China, weil es sonst auf einen Ausverkauf des Kontinents hinauslaufen könnte.

Was nun? Zivile Konfliktbearbeitung auf dem afrikanischen Kontinent

Im Hinblick auf die Abteilung für Krisenprävention im Auswärtigen Amt folgt der Hinweis, dass Krisen vorhersehbar sind, wie Studien zeigen. Kritische Situationen drohen, wenn Wahltermine anstehen, aber sogar durch Dürren entstehende Hungersnöte können prognostiziert werden. Kiflemariam Gebrewold bestätigt, dass man mit einem Frühwarnsystem Krisen steuern kann. Jedoch muss der Wille vorhanden sein, frühe Warnungen ernst zu nehmen und entsprechend zeitig zu agieren. Vor allem zivile Konfliktprävention ist vielversprechend, aber leider nicht ausreichend etabliert, weil sie einen langen Prozess erfordert. Diesen langen Atem haben weder die deutsche und die europäische Bürokratie noch die der UNO oder der Afrikanischen Union. Militärische Einsätze hingegen bringen oftmals nichts, wenn ein politisches Problem zugrunde liegt.

Globaler Blickwinkel des Anthropozäns

Wenn man von einer größeren, planetaren Perspektive auf die Fragen der Sicherheit blickt, so ein Teilnehmer, verblassen Begriffe wie staatliche Sicherheit und „human security“. Geologisch gesehen leben wir in einem Zeitalter, in dem der Mensch einer der wichtigsten Einflussfaktoren des Erdsystems ist. Das geologische Zeitalter wird zwar vor allem durch menschliches Handeln geprägt, aber Prozesse liegen in zeitlichen Dimensionen, die wir nicht mehr kontrollieren können – ein Antagonismus. Dies



eröffnet eine neue Perspektive und relativiert die Blickwinkel. Man sollte Distanz zu den eigenen Fixierungen gewinnen. Der Impulsgeber bestätigt, dass ein gewisses „Herauszoomen“ durchaus wichtig ist. Daraus könnte eine partnerschaftliche Sicherheitspolitik entstehen.

Wie sehen die Gegner der NATO die NATO – Russlands Perspektive

Vera Rogova, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt, fragt in der dritten Session des Dialog-Cafés, was „die Anderen“ im internationalen System überhaupt bedeutet. Eigentlich sollten alle Staaten, etwa im Rahmen der UNO, gleichberechtigt zusammenkommen. Wer definiert, wer die Anderen sind? Es gibt wirkmächtige Modelle in der internationalen Politik wie die „Achse des Bösen“ oder die sogenannten „Schurkenstaaten“, die ein bestimmtes Bild implizieren. Auch Russland und China sind in der verbreiteten Wahrnehmung oftmals die „Anderen“, die als Störer der regelbasierten globalen Ordnung angesehen werden. Wie nehmen diese „Anderen“ den Westen und die internationale Ordnung wahr? Wobei der Westen im internationalen Vergleich bezogen auf die Anzahl der Staaten und die Bevölkerungsgröße unterlegen ist, somit die Perspektive der „Anderen“ die eigentlich dominante ist.

Die Impulsgeberin möchte anhand von drei Punkten die Wahrnehmung und Perspektive Russlands gegenüber dem Westen verdeutlichen. Erstens besteht in Russland der Eindruck, an der Schaffung der internationalen Regeln nicht beteiligt zu sein. Der Westen steht als unbestrittener Hegemon da: Neoliberale kapitalistische Ansichten und die Herrschaftsform Demokratie werden als selbstverständlich dargestellt. Andere Staaten werden daran gemessen, wie nah sie diesen Standards des Westens kommen. Es gibt für Russland zwei denkbare Reaktionen: die Ordnung in Frage zu stellen und Regeln bewusst zu brechen oder eigene regionale Organisationen als Alternative aufzubauen. Hier scheint ein multipolares Konzept auf, das von Russland durchaus angestrebt wird.

Zweitens ist die Glaubwürdigkeit des Westens ein zentraler Punkt, da dieser oftmals doppelte Standards anlegt. Das Narrativ in Russland besagt, dass die Regeln des Westens nur bei anderen gelten und der Westen selbst sich fallweise gegen die Einhaltung der Regeln entscheidet. Im Kosovo und in Libyen wurde das Völkerrecht beispielsweise bei einer Intervention der NATO unter normativen Vorwänden gebrochen. Die Vorgänge rund um die Wahlen in den USA stellen in Frage, inwieweit der Westen in der Position ist, die Güte der Demokratie in anderen Staaten zu kritisieren. Auch die Entwicklungen in Polen und Ungarn führen zu ähnlichen Fragen, zeigen zudem einen abnehmenden Zusammenhalt westlicher Staaten auf.

Der dritte Punkt der Impulsgeberin bezieht sich auf die schon zuvor angesprochenen Wahrnehmungen beziehungsweise Fehlwahrnehmungen, die von Staat zu Staat

unterschiedlich sein können und trotzdem die reale Politik prägen. Das Beispiel der Ukraine zeigt eine geopolitische Interpretation der Geschehnisse seitens Russlands, der zufolge die EU versucht hat, die Ukraine aus dem russischen Einflussbereich zu lösen. Von EU-Seite wurde jedoch normativ argumentiert, man wolle die Demokratie in der Ukraine unterstützen. Die Situation eskalierte, da sich die beiden Seiten gegenseitig nicht zugehört hatten. Wie man an der Kooperation der EU und Russland in Bezug auf Armenien sieht, wurden daraus aber immerhin Lehren gezogen.

Perspektive wechseln: Das Beispiel der Krim

Die politische Strategie des Westens sollte folglich beinhalten, sich mehr in die andere Seite hineinzusetzen. Dialogkanäle, Wissenschaft und der zivilgesellschaftliche Austausch sind wichtig, um Verständnis zu entwickeln. Jedoch, so die Impulsgeberin, sollte die EU nicht vergessen, dass autoritäre Staaten unter Umständen nicht an Kooperation interessiert sind. Daher müssen ebenso klare Grenzen gezogen werden. Auch ein „Russlandverstehender“ muss wehrhaft bleiben.

Ein Teilnehmer kritisiert, dass man sich als „Russlandverstehender“ gleichsam rechtfertigen muss. Warum scheint es anrühlich zu sein, wenn man versucht, die andere Seite zu verstehen? Die politische Polarisierung erschwert es, verschiedene Standpunkte einzunehmen und eine gute Debatte zu führen. Bezüglich der Krim gab es beispielsweise verschiedene Frames, die man nicht wahrnimmt, wenn man nicht versucht, über seinen eigenen Horizont hinaus zu schauen. Die EU wertete die Übernahme als aggressiven Akt von russischer Seite, während in Russland das Narrativ vorherrscht, die Krim, obschon einst ein Geschenk von Russland an die Ukraine, gehört doch letztlich zu Russland. In Russland, so führt er fort, gibt es kaum jemanden, der öffentlich in Frage stellt, dass die Krim als Teil Russlands zu gelten hat. Die Impulsgeberin bestätigt diese Einschätzung, die sie auch auf die Relevanz des Nationalstolzes in Russland zurückführt. Gleichwohl, merkt sie an, wurde durch die Annexion das Völkerrecht gebrochen, da die Krim offiziell zur Ukraine gehört und Russland dies im Staatenverbund auch anerkannt hat. Auch die Durchführung des Referendums auf der Krim entsprach nicht den internationalen Regeln.

Grundsätzlich ist es wichtig, bestärkt eine Teilnehmerin, Perspektiven zu wechseln sowie sich in andere Regionen, Länder mit anderen Kulturen und verschiedenen Interessen hineinzusetzen. Insbesondere für kleinere Länder ist Multilateralität, etwa eine Stärkung der UN, relevant, da sie den besten Schutz vor Großmachtspolitik, von welcher Seite aus auch immer, darstellt.

Es gibt verschiedene Wahrnehmungen und Sichtweisen, die von den Medien in der EU und Russland vermittelt werden, so ein Resümee. Woher wissen wir denn, dass unsere Wahrnehmungen richtig sind? Sind wir wirklich in der Lage, die in unserem Land vorherrschende Ansicht in der Politik, die über die Medien vermittelt wird, zu beurteilen? Die Impulsgeberin bestätigt: Die Menschen befinden sich oftmals in Informationsblasen. Jedoch verortet sie die Wahrheit zwischen deutschen und russischen Medien nicht etwa in der Mitte, sondern stärker bei den deutschen Medien. Die hiesige Medienlandschaft ist bemüht, objektiv zu berichten, während die russischen Medien klar dem Staat unterstellt sind. Interessen der Eliten bestimmen die Agenda auch der Medien, bewusst werden Falschinformationen verbreitet.

Ein Teilnehmer berichtet von seiner Erfahrung als ehemaliger Oberbürgermeister einer Stadt, die mit einer Stadt auf der Krim verschwistert war. Er hat dort eine gespaltene Situation erlebt zwischen russischer Mehrheitsbevölkerung und denen, die sich als ukrainisch verstanden. Informationen, vor Ort und durch eigene Kontakte erzeugt, sind durchaus wichtig, weil sie ein detailliertes Bild liefern.

Doppelte Standards des Westens ernüchtern Russland

In Russland ist die Ansicht präsent, dass die EU unangemessen erscheinende Vorhaltungen macht und die Maßstäbe für eine Zusammenarbeit zu hoch ansetzt. Russland lässt sich folglich nur unter speziellen Bedingungen darauf ein. Oft entscheidet sich Russland lieber für eine Zusammenarbeit mit China, denn dort wird nicht anhand von Kriterien bewertet, die man selbst nicht einhält. Russland ist ernüchtert über das Verhalten des Westens. Von Bestrebungen, sich der EU anzunähern, nimmt es derzeit Abstand. Die Impulsgeberin befürchtet, dass in Folge die Einwirkkanäle für den Westen noch kleiner werden. Daher empfiehlt Vera Rogova, daraus zu lernen und nicht mehr übertrieben normativ mit Russland umzugehen, sondern eher über Interessen zu sprechen, um dadurch die Beziehung stabiler halten zu können und Konfrontationen zu vermeiden.

Zudem, so wird ergänzt, erodiert auch das scheinbar hegemoniale System von neoliberalen Kapitalismus und Demokratie im Westen. Es gibt hierzulande eine wachsende Anzahl von Menschen, die Postwachstum und Postkapitalismus unterstützen und den Neoliberalismus in Frage stellen und überwinden wollen. Das hegemoniale System erscheint daher auch aus westlicher Sicht nicht mehr hegemonial und hat den Großteil seiner Kraft eingebüßt.

Wie gegenüber Russland verhalten?

Am Ende des Dialog-Cafés bietet es sich an, Rückschau auf die erste Session zu halten: der litauische Impulsgeber hatte eine Position der Stärke gegenüber Russland gefordert. Ist eine Strategie der Stärke Russland gegenüber angemessen oder doch eher der Versuch einer Annäherung? Eine schwierige Frage und in Folge eine differenzierte Antwort der Impulsgeberin: Zum einen bewirkt der Druck auf Russland eine Ausweichbewegung, nämlich eine Orientierung in Richtung Asien. Auf der anderen Seite wirken die Sanktionen auch, weil sie das Regime unter Druck setzen. Bei der Diskussion um Russland und den Westen sollte allerdings beachtet werden, dass in Russland viele Akteure handeln. Die Interessen im korrupten Regime sind durchaus unterschiedlich zu denen der Bevölkerung. In Umfragen ist zu erkennen, dass viele Menschen nach Europa auswandern möchten oder Europa als guten Partner empfinden. Diese Einstellungen übersetzen sich jedoch nicht in die offizielle Politik. Daher sollte die EU verstärkt mit der Zivilgesellschaft kooperieren, auch darüber nachdenken, Visaerleichterungen für russische Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und die Dialogkanäle offenhalten, um zu hoffen, dass wir irgendwann ein Russland ohne Putin sehen werden.

Resümee

Prof. Anselm Hager Ph.D. ist Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung. Er forscht zum Thema Entwicklungspolitik, hat das Dialog-Café begleitet und gibt einen Einblick in seine Sicht der Diskussion:

Das Dialog-Café „Sicherheitspolitik im Erleben der Anderen“ hat es vermocht, Sicherheitspolitik durch drei spannende Prismen neu zu reflektieren, indem sich die Perspektive der Teilnehmenden fortwährend weiter von Europa entfernte. Der erste Dialog befasste sich mit der Perspektive Litauens – ein Land, welches sich von Russland ab- und der EU zugewendet hat. Dabei wurde deutlich: Die litauische Regierung und Bevölkerung identifizieren sich mit der EU. Dennoch äußert Litauen Besorgnis darüber, wie wenig die westeuropäischen Partner und Bevölkerungen sich mit der Sicherheitslage im Baltikum auskennen und befassen. Denn Sicherheitspolitik ist letztlich auch ein Produkt der öffentlichen Meinung. Ohne Wissen über die lokale Lage – und sei es im nahen Baltikum – ist es schwer, informierte Entscheidungen zu treffen. Ein weiterer Dialog befasste sich mit der Perspektive Russlands. Durch diesen Perspektivenwechsel – ein weiterer Schritt

weg von Europa – wurde deutlich, dass derzeit keine Einigkeit darüber herrscht, welche Präferenzen die russische Regierung motiviert. Es ist somit deutlich schwieriger, eine kohärente Sicherheitsstrategie zu entwickeln. Ein dritter Dialog stellte den Versuch, Sicherheitspolitik mit fremder Brille wahrzunehmen, vor eine geographisch noch entlegene Herausforderung, indem nicht aus Europa, sondern aus dem „globalen Süden“ gedacht wurde. Konkret lautete die Frage, wie Entwicklungszusammenarbeit – als sicherheitspolitisches oder humanitäres Instrument – neu gedacht werden kann.

Dabei wurde deutlich, dass der Blick desto unschärfer wurde, je weiter sich das Gespräch von Europa entfernte. War der Diskurs zum Baltikum noch von deutlich konkreten Begriffen geprägt, steigerte sich im dritten Dialog das Abstraktionsniveau der Begrifflichkeiten merklich. Das zeigt: Perspektivwechsel ist wichtig und bleibt doch ein herausforderndes Unterfangen.



Dialog-Café 5: Nähe erleben

Impulsgeberin und Impulsgeber:

*Prof. Dr. Hans-Peter Erb, Helmut-Schmidt-Universität/
Universität der Bundeswehr Hamburg*

Dr. Janosch Schobin, Universität Kassel

Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein, Büro Stein, Stadt- und Regionalplanung, Frankfurt am Main

Begleitung:

Philipp Schulz, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berlin

Moderation: Dr. Tobias Robischon, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Jens Hübertz und Dr. Tobias Robischon

Wann und warum erleben Menschen Andere als vertraut, als zugehörig und als Teil eines Gemeinsamen? Das Erleben sozialer und persönlicher Nähe zu anderen Menschen ist voraussetzungsvoll, obgleich es oft als selbstverständliche Normalität erscheint. Es werden vielerorts erhebliche Mühen darauf verwandt, Bedingungen zu schaffen, von denen man sich eine Chance auf ein individuelles Erleben von Nähe und Gemeinschaft erhofft. Nähe zu Anderen wird gewünscht, doch ihr Zustandekommen bleibt ein erklärungsbedürftiger Glücksfall. Im Mittelpunkt dieses Dialog-Cafés steht die Frage, wie Nähe zwischen Menschen geschaffen werden kann.

Andere erleben – ein menschlicher Automatismus?

Die Möglichkeit, die Emotionen seines Gegenübers nachzuerleben und sich sozusagen „emotional anstecken“ zu lassen, ist eine Grundeigenschaft der menschlichen Psyche. Sich in andere Menschen hineinzusetzen, erfolgt jedoch nicht mühelos oder automatisch. Inwieweit lässt es sich erlernen, andere Menschen zu verstehen? Im Impulsvortrag der ersten Session geht Hans-Peter Erb diesen Fragen aus einer sozialpsychologischen Sicht nach.

Empathie ist die Fähigkeit, Emotionen von Menschen unabhängig von den eigenen Gefühlen einordnen zu können. Diese Fähigkeit geht über das unmittelbare Mitfühlen im Sinne des emotionalen „Angestecktseins“ hinaus und ist von Mensch zu Mensch unterschiedlich ausgeprägt. Sowohl durch das direkte als auch das empathische Mitfühlen kann eine unmittelbare Nähe zwischen Menschen hergestellt werden. Beides bedeutet jedoch nicht, das Handeln und die Motive seines Gegenübers auch zu verstehen.

Das Missverständnis als Regelfall

Hinderlich für das Verstehen anderer ist, so Hans-Peter Erb, vor allem das Phänomen der Projektion. Bei einer Projektion übertragen Menschen ihre eigenen Handlungsmotive auf andere Personen. Als Beispiel nennt er die Interpretation eines beobachteten Gesprächs zwischen einem Kollegen und der Chefin. Ohne den Inhalt des Gesprächs zu kennen, tendieren Menschen mit einer hohen persönlichen Karrieremotivation dazu, dem Kollegen zu unterstellen, er wolle in diesem Gespräch für sich Aufstiegsmöglichkeiten ausloten. Dagegen würde eine Person, die sehr kollegial und anschlussmotiviert ist, eher unterstellen, dass sich der Kollege mit der Chefin anfreunden möchte. Menschen projizieren ihre eigenen Motive in andere hinein, um sich so deren Verhalten zu erklären.

Ein weiteres Hindernis, das Handeln anderer Menschen zu verstehen, ist der sogenannte „fundamentale Attributionsfehler“. Während Menschen meist die Bedingungen kennen, die ihr eigenes Verhalten prägen, gilt dies für die Bedingungen, die das Verhalten anderer prägen, in der Regel nicht. So schreibt man beispielsweise anderen Autofahrern, die einen Fehler im Straßenverkehr begehen, vorschnell die Eigenschaft zu, ein schlechter Fahrer zu sein. Denselben Fehler würde man jedoch bei sich selbst entschuldigen, da man ja weiß, dass man gerade im entscheidenden Moment vom Beifahrer abgelenkt wurde.

Wie der Impulsgeber betont, sind alle sozialen Realitäten Ergebnis einer individuellen Konstruktionsgeschichte. Die Art und Weise, wie wir unser Umfeld und die Geschehnisse in ihm wahrnehmen, kann somit individuell sehr unterschiedlich sein. Die Bewertung einer Handlung ist demnach immer abhängig von der eigenen Normauffassung.

Normerwartungen und die Auseinandersetzung mit den Anderen

Bezogen auf das Konventsthema „Das Erleben der Anderen“ entwickelt sich eine lebhaft diskutierte Diskussion darüber, wie in einer pluralistischen Gesellschaft mit abweichenden und nicht normkonformen Verhaltensweisen umgegangen werden kann. Lässt sich in einer pluralistischen Gesellschaft abweichendes Verhalten überhaupt als solches definieren, sofern es sich im Rahmen des geltenden Rechts bewegt? Der Impulsgeber gibt zu bedenken, dass Devianz auch produktive Eigenschaften haben kann, da sie eine Auseinandersetzung mit der Norm und eine Entwicklung von Normen anstoßen kann. Spiegelbildlich kann streng normkonformes Verhalten in bestimmten Situationen auch destruktiv sein. Grundlegend ist die Erkenntnis, dass von Person zu Person und von Gruppe zu Gruppe durchaus Unterschiede bestehen, was als normgemäß betrachtet wird. Eine pluralistische Gesellschaft verlangt von allen, sich in andere hineinversetzen zu können und den eigenen Standpunkt als ebenso konstruiert anzusehen wie den anderen, so Hans-Peter Erb. Das funktioniert letztlich nur über eine Auseinandersetzung mit dem Anderen, auch wenn diese herausfordernd und schmerzhaft sein kann.

Die Voraussetzungen für eine solche Auseinandersetzung sind sowohl individueller als auch sozialer Natur. Auf einer individuellen Ebene stehen Mechanismen wie der „fundamentale Attributionsfehler“ einem Verständnis ebenso im Wege wie bewusste und unbewusste Stereotype und Vorurteile. Vor allem Aufklärungsarbeit über die unbewussten Aspekte des eigenen Verhaltens kann helfen, individuelle Kommunikationsräume zu öffnen. Verfahren der Selbstreflexion ermöglichen, auch andere Positionen in ihrem Geworden-Sein besser nachvollziehen zu können oder zumindest den eigenen Standpunkt nicht als unverrückbare „natürliche“ Norm wahrzunehmen. Der Kulturbetrieb kann hierzu einen starken Beitrag leisten. Gut gemachte Theaterstücke oder Filme laden Rezipient*innen dazu ein, sich nicht nur in eine Figur hineinzuversetzen, sondern die Motive und Handlungen aller und auch gegensätzlicher Figuren nachvollziehen und miterleben zu können. In diesem Zusammenhang wurden auch die



kulturellen Einschränkungen auf Grund der Corona-Pandemie mit Sorge diskutiert. Neben dem Erliegen des kulturellen Lebens haben die sozialen Einschränkungen auch prinzipiell negative Auswirkungen auf das Erleben des „Anderen“. Durch die Corona-Maßnahmen wurde der Kreis der sozialen Interaktionen auf wenige, dafür engere Kontakte eingegrenzt. Da die nahestehenden Kontaktpersonen dem Einzelnen in Verhalten und Normauffassung oft sehr ähnlich sind, findet eine Auseinandersetzung mit dem „Anderen“ kaum noch statt.

Welche Rolle spielt in diesem Kontext digitale Kommunikation? Eine eher ambivalente: Auch wenn das Andere im digitalen Raum jederzeit verfügbar und beobachtbar ist, beschränkt sich der Großteil der digitalen Kommunikation auf die mittlerweile berühmten Filter-Blasen. Diese vermitteln den Nutzer*innen den Eindruck, ihre eigene soziale Realität und Normauffassung sei sehr viel verbreiteter, als dies tatsächlich der Fall ist. Debatten zwischen Angehörigen verschiedener Blasen finden häufig vor dem Hintergrund eines polarisierten Unverständnisses statt. Ein vorurteilsfreier Austausch von Positionen erscheint immer weniger möglich. Hinzu kommt, dass digitale Interaktion individuelle Kommunikationsstile zwar nicht grundlegend verändert, diese jedoch intensivieren kann. Im digitalen Raum handeln extrovertierte und streitbare Menschen demnach potenziell verstärkt nach diesen Mustern. So kann digitale Kommunikation paradoxerweise trotz ihrer Möglichkeiten das Erleben von Nähe und das Verständnis des Anderen behindern.

Digitale Freundschaften: Nähe herstellen auf althergebrachte Art?

In der zweiten Session des Dialog-Cafés werden die Überlegungen zu den Folgen digitaler Kommunikation weitergeführt. Bedarf es der direkten Kommunikation mit anderen Menschen, um den Eindruck von Nähe zu haben? Zeigen digitale Medien nicht, dass persönliche und soziale Nähe auch zwischen Menschen entstehen kann, die einander fremd und weit voneinander entfernt sind? Der Soziologe Janosch Schobin untersucht, wie sich das Konzept der Freundschaft durch digitale Kommunikation wandelt und wie sich Freundschaften unter neuen Bedingungen konstituieren.

Handelt es sich bei den digitalen Neuerungen um qualitativ neue Phänomene, oder werden hier lediglich alte Mechanismen der Herstellung emotionaler Nähe und Freundschaft auf neue Weise ausgeführt? Aktuelle Umfragen lassen erkennen, dass gut die Hälfte der Befragten zwischen 13 und 44 Jahren digitale Kommunikation als eine starke Bereicherung ihres persönlichen Freundschaftslebens empfinden. Diese Befragten haben den Eindruck, ihre Freunde im Digitalen besser kennenlernen zu können und sie leichter unterstützen zu können. Außerdem nehmen sie sich selbst in ihren Ausdrucksmöglichkeiten als kreativer wahr und erleben die Kommunikation insgesamt als weniger anstrengend.



Janosch Schobin zieht historische Parallelen zwischen dem digitalen Zelebrieren von Freundschaften und dem gefühlbetonten Freundschaftsbrief der Neuen Empfindsamkeit des 18. Jahrhunderts. Die „Innovation der Produktion von Nähe“ entwickelte eine neue Sprache der Gefühle, welche öffentlich vor einem gebildeten Publikum die Nähe zwischen zwei Freunden zum Ausdruck bringen sollte. Diese Praxis beeinflusste schließlich die Sprache freundschaftlicher Beziehungen auch im Privaten. Die Sprache der Gefühle versteht sich hier als eine selbstreflexive Praxis – durch die Offenbarung und Reflexion der eigenen Gefühle wird nicht nur Nähe zum Gegenüber hergestellt, sondern der Verfasser gewinnt auch eine neue Nähe zu sich selbst.

Die öffentliche Zurschaustellung von Freundschaft im digitalen Raum verläuft Schobin zufolge nach einem ähnlichen Muster. Die bildlichen und textlichen Darstellungen von Freundschaft dienen der Unterhaltung eines Publikums und sollen Anerkennung für sich und das Freundschaftsnetzwerk generieren. Auch hier handelt es sich um eine reflexive Praxis, in der das Erfahren der Anderen und deren Reaktionen den eigenen Handlungshorizont erweitern oder verengen kann. Dabei hat das Erstellen und Bearbeiten von Bildern als Mittel der Kommunikation stark an Bedeutung gewonnen. Memes und Fotos erlauben zwar nicht die Tiefe eines innigen Gesprächs, können allerdings sehr unmittelbar Ausdruck komplexer Gefühle sein, wenn Rezipient*innen und Ersteller*innen einen geteilten kulturellen Hintergrund haben. Der Impulsgeber stellt die Frage in den Raum, ob diese schnelllebige Form der digitalen Kommunikation nicht letztlich nur eine zeitgemäße Ausprägung der Praxis des vertrauten Gesprächs ist, welche sich im 18. Jahrhundert herausbildete.

Was ist der Ursprung des Vertrauens in Freundschaften?

Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion steht die Frage, wo das Vertrauen, das grundlegend für freundschaftliche Kommunikation ist, seinen Ursprung hat. Wie können also Freundschaften überhaupt entstehen, vor dem Hintergrund des zunächst vorhandenen gegenseitigen Nicht-Vertrauens? Der Impulsgeber betont hier vor allem die Bedeutung der Selbstoffenbarung des Einzelnen. Die zunächst vorsichtige Preisgabe von Empfindungen und Gefühlen schafft eine Verletzlichkeit einer anderen Person gegenüber. Je nachdem wie diese darauf reagiert, wird entweder von einer weiteren Selbstoffenbarung abgesehen oder aber diese wird intensiviert. Vor allem das wechselseitige Teilen intimer Gefühle oder persönlicher Geheimnisse schafft so schrittweise eine gegenseitige Verbundenheit.

Die initiale Selbstoffenbarung ist dabei, neben individuellen Voraussetzungen und situativen Bedingungen, auch stark abhängig vom gesellschaftlichen Klima. Deutschland ist eine Hoch-Vertrauens-Gesellschaft mit einem im internationalen Vergleich starken Vertrauen in die sozialen und politischen Institutionen und einer relativ niedrigen Kriminalitätsrate. In solchen Gesellschaften gehen die Menschen tendenziell davon aus, dass man einer fremden Person trauen kann oder dass diese

einem zumindest nicht schaden möchte. Gesellschaften mit schwachen Institutionen, hoher Kriminalität oder Korruption erschweren so auch auf individueller Ebene das Knüpfen von Vertrauensbeziehungen, da Menschen aus solchen Gesellschaften sich aus Selbstschutz eher im gegenseitigen Misstrauen begegnen. Hier findet also eine Rückkopplung zwischen Vertrauen in die Gesellschaft und interpersonellen Vertrauensbeziehungen statt. Dieses Phänomen lässt sich auch im Kontext von Polarisierungsdebatten und Netzwerkanalysen feststellen. Grundlegend ist hier die Frage, was als Gegenpol zu Freundschaft gilt. Ist das Gegenteil von Freundschaft Neutralität oder ist es Feindschaft? In Gruppen, in denen Neutralität als Gegenpol zu Freundschaft prägend ist, finden sich flächige Netzwerke mit starken, über die Gesamtgruppe verteilten Bindungen. Wenn jedoch Feindschaft den Gegenpol bildet, clustern sich die Untergruppen in einem Netzwerk enger zusammen und es gibt nur wenige Bindungen zwischen den einzelnen Clustern. Diese Clusterung hat einen selbstverstärkenden Effekt und erschwert das Knüpfen von Beziehungen über das eigene Cluster hinaus.

Im Laufe der Diskussion wird deutlich, dass nicht jede wechselseitige Preisgabe von Gefühlen oder Geheimnissen ein Vertrauensverhältnis konstituiert, aus dem sich Freundschaften bilden. Die mit der Anonymität digitaler Räume verbundene höhere Bereitschaft, frei zu sprechen, schafft nicht die Voraussetzungen für eine enge Bindung. Hier bleibt die Selbstoffenbarung unvollständig. Sie umfasst zwar die persönlichen Ansichten, aber nicht die Identität. Auf diese Weise können sich zwar Interessensgruppen herausbilden, aber für die Konstitution einer echten, nahen Freundschaft bedarf es eines Vertrauens, welches letztlich nur dadurch bestehen kann, dass es gebrochen werden kann. Bei anonymer Kommunikation ist dies nicht der Fall, die anonyme Selbstoffenbarung bleibt sozial konsequenzlos. Allerdings ist nicht alle digitale Kommunikation anonym, selbst wenn sich die Beteiligten im „echten“ Leben nicht kennen. Entscheidend ist die Sanktionierbarkeit von Handlungen. Ein wie auch immer gearteter Vertrauensmissbrauch, etwa in einer pseudonymisierten Gaming-Community, kann durchaus mit kollektiver Kritik oder mit Ausschluss geahndet werden und hat somit Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen und Freundschaften einer Person.

Über die Herstellung von Nähe durch Selbstoffenbarung hinaus entstehen Freundschaften auch durch das Erkennen oder das Erleben von Ähnlichkeit. Die Ähnlichkeit von Freunden wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Zunächst spielen räumliche und situative Kontextfaktoren eine Rolle: Menschen mit ähnlichen Interessen und Einstellungen suchen mit hoher Wahrscheinlichkeit ähnliche Orte und Situationen auf – seien es nun virtuelle oder reale Orte – und lernen sich so kennen. Darüber hinaus selektieren Menschen ihre Kontakte oft weiter nach Ähnlichkeit und suchen so die Nähe zu Personen, denen sie geteilte Eigenschaften und Interessen unterstellen. Wenn eine Bindung zu einer Person aufgebaut ist, kann die Ähnlichkeit durch gegenseitige Beeinflussung potenziell noch weiter verstärkt werden.

Grundsätzlich können auf der Basis der Identifikation gemeinsamer Interessen auch in virtuellen Räumen starke Bindungen entstehen, die von den Beteiligten als Freundschaften bezeichnet werden. Ein klassisches Beispiel für diese Form der Bindung ist die Brieffreundschaft. Im Digitalen kann eine solche Bindung noch durch den Aspekt des gemeinsamen Erlebens verstärkt werden. Das kooperative Erreichen eines Ziels oder das sich gegenseitige Messen und Konkurrieren im Online-Gaming fügt der Freundschaft auf Distanz ebenso neue Aspekte hinzu wie das Erleben eines gemeinsamen digitalen Raums in sozialen Netzwerken. Entsprechend lässt sich ein Wandel von Freundschaft und Bindungen durch den digitalen Raum feststellen. Während vor zehn Jahren im Digitalen in erster Linie bereits bestehende Freundschaften fort-

gesetzt oder verstärkt wurden, geben immer mehr Menschen an, im digitalen Raum Freunde gefunden zu haben oder Freunde finden zu wollen.

Dies wirft in der Runde erneut die Frage nach dem Gehalt des Freundschaftsbegriffs auf. Handelt es sich bei digitalen Freundschaften um Freundschaften im klassischen Sinn, die nur auf eine andere Weise geführt werden? Oder hat sich stattdessen der Begriffsinhalt von Freundschaft gewandelt? Braucht es räumliche Nähe für Freundschaft? Einige der Beteiligten empfinden das gemeinsame Erleben im physischen Raum als die entscheidende Grundlage einer engen, dauerhaften Bindung. Letztlich wird sich allerdings zeigen müssen, was die Menschen selbst als wertvolle Bindung wahrnehmen und wie sich der Begriff der Freundschaft durch das Digitale wandelt.

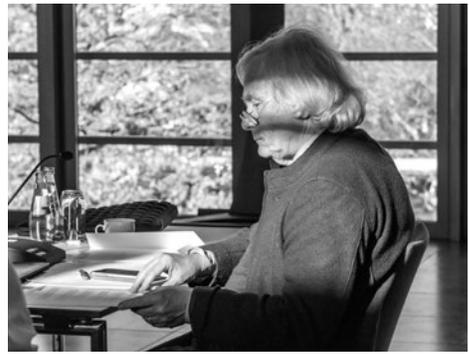
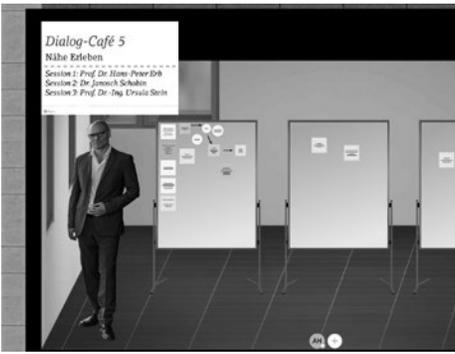
Öffentlicher Raum und Nähe in größeren Gemeinschaften

Die herausragende Bedeutung physischer Räume wird deutlich, wenn man von der Ebene individueller Freundschaften auf die Ebene kollektiver Gemeinschaften wechselt. Auch hier ist das Erleben von Nähe voraussetzungsvoll und bedarf sowohl individueller wie gemeinschaftlicher Anstrengungen. Wie öffentlicher Raum gestaltet werden kann, um diese Prozesse anzustoßen, erörtert die Raumplanerin Ursula Stein in ihrem Impuls zur dritten Session des Dialog-Cafés.

Grundsätzlich bieten physische Räume den Anlass oder überhaupt erst die Möglichkeit, Andere zu erleben, so die Honorarprofessorin für Kommunikation in der Planung an der Universität Kassel. Während Räume wie Fußballstadien oder Kirchen Orte sind, an denen Gemeinschaft und gemeinsames Interesse bewusst erlebt und symbolisch aufgeladen wird, muss diese Gemeinschaft an anderen Orten erst entdeckt werden. Das gilt etwa für öffentliche Plätze im Dorf oder im Stadtviertel. Sie sind nicht eindeutig mit einer schon bekannten Gemeinsamkeit verknüpft. Vielmehr bieten diese Orte den Anlass dazu, Gemeinsamkeiten zu entdecken und Gemeinschaft erst zu konstituieren.

Die Gemeinsamkeiten zwischen den Nutzer*innen öffentlicher Orte müssen erst in der Diversität der unterschiedlichen Interessen entdeckt werden. Die Diskussion über die Nutzung öffentlicher Räume ist somit gleichzeitig Anlass zur Selbstreflexion und des Erkennens eigener Bedürfnisse als auch Möglichkeit der Begegnung mit anderen Interessen und Bedürfnissen. Wie und ob dieser Prozess zur Entstehung von Gemeinschaft führen kann, ist dabei vor allem eine Frage der politischen Kultur der Partizipation. In Prozessen der gemeinsamen Gestaltung öffentlicher Orte kann eine kollektive Selbstwirksamkeit entstehen, die immer auch mit der Anerkennung der Bedürfnisse Anderer einhergehen muss. Wenn ein solcher Prozess gelingt, kann der öffentliche Raum Gemeinschaftlichkeit befördern. Solche Prozesse sind nach Ansicht von Ursula Stein sehr viel wirksamer als eine oktroyierte symbolische Aufladung öffentlicher Räume. Gemeinschaft entsteht danach nicht durch Marketing-Symbolik, wie etwa den Versuchen einzelner Kommunen, Innenstädte mit Wahrzeichen oder Attraktionen aufzuwerten. Auch kollektive Ereignisse wie Stadt- oder Quartiersfeste erzeugen am ehesten Gefühle von Gemeinschaft, wenn sie von den Menschen vor Ort mitgestaltet werden und nicht lediglich einen Konsum- und Event-Charakter haben.

Gerade weil das räumliche Erleben und Gestalten von Gemeinschaft nie frei von Konflikten ist, verlangt es danach, andere Gruppen und Menschen in deren Komplexität wahrzunehmen. Das steht im Gegensatz zum digitalen Raum, in dem nur ein Bild dessen wahrnehmbar ist, wie sich die Anderen präsentieren möchten. Für Gemeinschaften ist der physische Raum deshalb von besonderer Bedeutung.



Nähe durch Reibung? Partizipation im öffentlichen Raum

Zwar werden Partizipationsprojekte in der Stadtplanung häufig eingesetzt, so ein Kritikpunkt der anschließenden Diskussion, deren Ergebnisse aber letztlich von Entscheidungsträgern nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. Außerdem erreichen diese Projekte randständige gesellschaftliche Gruppen nicht oder beziehen sie zu wenig ein. Wenn das oft langfristige und konfliktreiche Engagement von Anwohner*innen und Nutzer*innen letztlich nicht berücksichtigt wird, sind Frust und Enttäuschung die Folge. Doch selbst aus gescheiterten Partizipationsprojekten, wird angemerkt, kann Gemeinschaft entstehen: Auch kurzzeitige Erlebnisse gemeinsamen Tuns lassen Menschen einander näherkommen.

Generell muss Stadtplanung Menschen die Möglichkeit geben, den Raum gestalten zu können. Ein bis ins letzte Detail durchgeplantes Stadtviertel kann die Entstehung von gemeinsamen Projekten und gemeinschaftlicher Tradition auch behindern.

Eine Diskussionsteilnehmerin gibt zu bedenken, dass auch bei einer erfolgreichen Umsetzung von Bürgerbeteiligung konkurrierende Nutzungsansprüche und Konflikte nicht aus dem öffentlichen Raum verschwinden. Da sich Nutzergruppen über die Zeit verändern und neu zusammensetzen, haben Aushandlungsprozesse im öffentlichen Raum keinen statischen Endpunkt, ergänzen andere Teilnehmer. Wenn etwa ein zufriedenstellender Kompromiss zwischen den jugendlichen Nutzern eines öffentlichen Platzes und dessen Anwohnern gefunden wird, können schon im nächsten Jahr andere Menschen den Platz nutzen, die keinerlei Bezug zu diesem Kompromiss und den Anwohnern haben. Nur wenn auf allen Seiten ein Gefühl gemeinschaftlicher Verantwortung gegeben ist, kann solch ein wiederkehrendes Aushandeln des Zusammenlebens Zustimmung finden.

Gemeinschaftsgefühl braucht Zeit, um sich zu bilden und zu wachsen. In einer schnelllebigen Zeit, in der häufige berufsbedingte Wohnortwechsel keine Ausnahmeerscheinung sind, ist dies ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Traditionen wie ein jährliches Nachbarschaftsfest lassen sich nicht kurzerhand etablieren und künstlich mit Bedeutung aufladen. Neubaugebiete bilden meist erst nach einer Bewohnergeneration einen eigenen Charakter heraus. Familien haben hier eine wichtige Rolle, da diese in der Regel längerfristiger an einem Ort verwurzelt und Kinder oft der Anlass sind, über Milieugrenzen hinweg Nachbarn und andere Eltern kennenzulernen. So hat die gelungene Integration von Familien oft sehr positive Auswirkungen für das Gemeinschaftsgefühl in einem Wohngebiet.

Angesichts der spürbaren Gereiztheit und Polarisierung in der Gesellschaft sollte den Bedingungen des Erlebens menschlicher Nähe besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Prozesse der Polarisierung erschweren nicht nur das Zusammenleben von Gemeinschaften, sondern auf lange Sicht auch das Knüpfen individueller Beziehungen.

Resümee

Philipp Schulz, Doktorand an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und kooptiertes Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung, hat das Dialog-Café begleitet und zieht dieses Resümee:

Es klingt fast schon utopisch, über erlebte Nähe zu sprechen, während persönliche Beziehungen im physischen Raum pandemiebedingt auf ein Minimum zurückgefahren werden und ein Großer Konvent in weit überwiegendem Maße ohne das Gespräch vor Ort stattfinden muss. Andererseits ist eine solche Diskussion über Nähe gerade unter diesen Vorzeichen besonders notwendig und spannend. Schließlich ist Nähe ein elementarer Baustein unserer Gesellschaft, der trotz aller Diskussionen um „Lockdowns“ und „Social Distancing“ nicht aus dem Auge verloren werden darf.

Diskutiert wurde soziale Nähe auf drei Ebenen: Auf einer individuellen Mikro-Ebene mit Blick auf die Voraussetzungen für zwischenmenschliche Kommunikation, auf einer Meso-Ebene bezogen auf freundschaftliche Beziehungen und auf einer Makro-Ebene mit Fokus auf gesamtgesellschaftliche Muster. Gezeigt hat sich dabei, dass gegenseitiges Verständnis wichtig ist, um Nähe erlebbar zu machen und der höflichen Distanziertheit zu entrinnen. Da soziale Realitäten immer konstruiert und situativ eingebettet sind, bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Perspektive, die dem sogenannten fundamentalen Attributionsfehler folgend nur allzu oft unreflektiert auf das Verhalten anderer Personen übertragen wird. Verständnis zeigen und gegenseitiges Verstehen gehen hierbei Hand in Hand.

Dass sich Freundschaften vielfach auch ohne räumliche Nähe pflegen lassen, schien in der Diskussion weitgehender Konsens zu sein. Als ursprüngliche Form wurden hier Brieffreundschaften genannt, heute dominieren hingegen eher Kurznachrichtendienste und Soziale Netzwerke. Stärker hinterfragt wurde jedoch, ob diese Formen der Kommunikation auch neue Freundschaft hervorbringen und damit Nähe produzieren können. Denn der initiale Anstoß zum Aufbau von freundschaftlichen Beziehungen wird durch physische Nähe wohl zumindest erleichtert.

Während bei der Freundschaft die soziale Nähe als ausschlaggebend angenommen wurde, wurden Nachbarschaften meist durch das Merkmal der räumlichen Nähe beschrieben. Soziale Beziehungen lassen sich zwar über digitale Medien fortführen, sie brauchen in vielen Fällen aber auch einen verortbaren Raum, der anregend wirkt und Anlass für spontane Begegnungen bietet. Gerade Nachbarschaften lassen sich dann zwar durch digitale Formate anreichern, bei einer völligen Abkopplung von der physischen Umgebung droht aber ein Verlust der nahräumlichen Funktionen. Zurückkommend auf die erlebte oder erlebbare Nähe in Zeiten der Pandemie kann davon ausgegangen werden, dass das Digitale den Nahraum organisieren kann – belebt werden muss dieser aber in der physischen Welt. Hier entsteht ein Hybridraum für verschiedenste Formen sozialer Interaktion, der noch nicht abschließend ausgehandelt worden ist und zukünftig an Bedeutung gewinnen kann.

6

Biogramme der Teilnehmenden

Tina Adomako ist freiberufliche Journalistin mit den Schwerpunkten Kultur, Entwicklungspolitik und Umwelt sowie Inhaberin einer Text- und PR-Agentur in Düsseldorf mit Fokus auf entwicklungspolitischen Themen. Sie studierte English Literature, French and African Studies an der University of Ghana sowie Germanistik und Romanistik an der Universität Freiburg. Anschließend war sie als Redakteurin bei Medienunternehmen, darunter als internationale Pressereferentin, tätig. Seit 2016 arbeitet sie zudem als Fachpromotorin für interkulturelle Öffnung im Promotor*innenprogramm des Eine Welt Netz NRW e.V.

Greta Andreas ist Gründerin und Inhaberin der Agentur GoldenGap. Nach Studium und kaufmännischer Ausbildung leitete sie ein Seminar-Unternehmen. Sie coacht und managt seit über 20 Jahren Autor*innen und bekannte Persönlichkeiten aus der Speaker-, TV- und Medienbranche. Greta Andreas war Mitgründerin, Dozentin und Mitglied der Prüfungskommission des STI Zertifikatslehrgangs „Professional Speaker GSA“ an der Steinbeis Hochschule Berlin. Sie ist Kuratorin internationaler TEDx-Formate sowie Gastdozentin an verschiedenen Hochschulen.

Katharina Apfelbaum, geboren 1997, war 2019 Praktikantin der Schader-Stiftung. Zurzeit absolviert sie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main den Masterstudiengang Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung. Von 2015 bis 2020 studierte sie Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. 2017 verbrachte sie ein Semester an der University of Lincoln, England. Zudem arbeitet Katharina Apfelbaum am Institut für Arbeitsfähigkeit in Mainz. Sie war bis Oktober 2020 beim Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden tätig.

Dr. Ingo Augustin, geboren 1962, ist Physiker und arbeitet gegenwärtig im Stab der wissenschaftlichen Geschäftsführung der Anlage zur Forschung mit Antiprotonen und Ionen (FAIR) in Darmstadt. Dort betreut er die internationale politische Zusammenarbeit. Augustin studierte und promovierte an der Technischen Universität Karlsruhe. Danach forschte er an den Universitäten Siegen und Mainz als Teilchenphysiker. Nach einem siebenjährigen Forschungsaufenthalt bei der Europäischen Organisation für Kernforschung CERN trat er 2004 dem FAIR Project bei.

Dr. Peter Bartelheimer, geboren 1954, forschte bis 2019 am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V. der Georg-August-Universität. Er studierte Soziologie, war Referent der Grünen im Hessischen Landtag und promovierte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt. Bartelheimer leitete zahlreiche Evaluations- und Forschungsprojekte und koordinierte den Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung. Er lebt in Bremen, gehört dem Aktionsbündnis Teilhabeforschung und anderen wissenschaftlichen Netzwerken an und bleibt dem SOFI als Research Fellow verbunden.

Andrea Bartl, geboren 1970, ist seit 2018 kaufmännische Geschäftsführerin der Stiftung Lesen. Sie studierte Betriebswirtschaft an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht in Oestrich-Winkel, an der École Supérieure de Commerce de La Rochelle in Frankreich und an der University of California in Berkeley, USA. Von 2007 bis 2017 war Andrea Bartl Geschäftsführerin der START-Stiftung gGmbH, eines Stipendienprogramms für engagierte Jugendliche mit Migrationshintergrund der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Andrea Bartl ist seit 2019 Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung.

Dr. Klaus Bartl ist seit 2002 Geschäftsführer und Sprecher des diakonischen Unternehmens Mission Leben. Er verantwortet die Bereiche Unternehmensentwicklung und soziale Innovation. Zudem ist er Geschäftsführer der Akademie für Pflege- und Sozialberufe. Der promovierte Theologe war zuvor Gemeindepfarrer, Referent des Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie Manager einer Unternehmensberatung. 2013 war er Begründer des Innovationslabors LaDU – Labor für Diakonisches Unternehmertum sowie dessen Weiterentwicklung INTRA Lab – Labor für soziales Unternehmertum.

Dr. Michèle Bernhard, geboren 1984, ist seit 2019 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“. Sie studierte Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt und promovierte zur Eigenlogik der Städte unter dem Aspekt der Partizipation. Daneben war sie als Volontärin der Schader-Stiftung tätig. Von 2013 bis 2019 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg. Schwerpunkt war die Umsetzung der „Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung“.

Prof. Dr. Wolfgang Bonß, geboren 1952, ist seit 2012 einer von zwei Sprechern des Forschungszentrums RISK an der Universität der Bundeswehr München. Dort war er von 1995 bis 2019 Professor für Allgemeine Soziologie. Von 1999 bis 2009 war er stellvertretender Sprecher des DFG-Sonderforschungsbereichs 536 „Reflexive Modernisierung“. Bonß studierte Soziologie, Politologie, Germanistik und Geschichte in München. Er habilitierte sich an der Universität Bremen. Seine Schwerpunkte sind Risiko und Unsicherheit, Modernisierungsforschung, Arbeit und Arbeitslosigkeit sowie soziologische Theorie.

Prof. Dr. Georg Cremer, geboren 1952, war von 2000 bis 2017 Generalsekretär und Vorstand Sozialpolitik des Deutschen Caritasverbandes. Seit 1999 ist er außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg. Von 1998 bis 2015 war Cremer zudem Lehrbeauftragter an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich. Er studierte Volkswirtschaftslehre sowie Pädagogik in Freiburg, promovierte 1983 und habilitierte sich 1992. Von 1986 bis 1989 war Cremer in der Entwicklungszusammenarbeit in Indonesien und von 1990 bis 1999 bei Caritas international tätig.

León Díaz-Bone, geboren 1994, versteht sich als internationaler Urban Policy and Design Strategist. Als Büroleiter des Generalsekretärs des globalen Netzwerks ICLEI – Local Governments for Sustainability arbeitet er mit Kommunen und Regionen zu Fragen einer nachhaltigen Zukunft. In vorherigen Tätigkeiten beriet er unter anderem einen Londoner Stadtteil im Bereich Gesundheit im urbanen Raum und die Stadt Barcelona zu integrierter Stadtplanung. Er studierte Liberal Arts and Sciences am University College Maastricht und ist Absolvent des Cities Masterprogramms der London School of Economics.

Prof. Dr. Thomas Döbler, geboren 1958, ist seit 2007 Professor für Medienmanagement im Lehrgebiet Medienwirtschaft an der Hochschule Macromedia in Stuttgart. Er studierte Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Psychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und promovierte im Fach Ökonomie an der Universität Hohenheim, wo er anschließend als Wissenschaftlicher Assistent tätig war. 1998 übernahm er dort die Studienleitung der Forschungsstelle für Medienwirtschaft und Kommunikationsforschung. 2005 wurde er Leiter der IT- und Medienforschung der MFG Stiftung Baden-Württemberg.

Sarah Dörr, geboren 1984, ist Diplom-Geographin und seit 2014 Wissenschaftliche Referentin am Institut für Städtebau und Wohnungswesen (ISW) in München. Sie studierte von 2004 bis 2010 Geographie an der Universität Bonn. Von 2013 bis 2015 absolvierte sie berufsbegleitend ein Public Relations-Studium an der Freien Journalistenschule Berlin. Ab 2010 war sie für die CIMA Beratung + Management GmbH in Lübeck und München tätig.

Wiebke Drews, geboren 1989, ist seit 2019 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr München. Sie studierte Integrated Social Sciences an der Jacobs University Bremen. 2013 erwarb sie den Doppelabschluss Master of Arts Politics and Security, University College London, und Social Sciences, Universität Tartu, Estland. Im November 2020 verteidigte sie ihre Doktorarbeit am European University Institute, Florenz. Von 2015 bis 2017 gehörte sie dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.

Astrid Eibelshäuser, geboren 1959, seit 2011 hauptamtliche Stadträtin in der Universitätsstadt Gießen und Dezernentin für Bildung, Integration, Soziale Stadterneuerung und Hochbau. Astrid Eibelshäuser studierte Germanistik und Politikwissenschaft für das Lehramt an Gymnasien an der Justus-Liebig-Universität Gießen und arbeitete von 1994 bis 2011 an einem Beruflichen Schulzentrum, zuletzt als stellvertretende Schulleiterin.

Dr. Christof Eichert, geboren 1953, ist seit 2017 Mitglied des Vorstands der Schader-Stiftung. Der promovierte Jurist war von 1985 bis 2003 in Baden-Württemberg Bürgermeister und Oberbürgermeister. Anschließend war er in der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung und der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung tätig. Von 2007 bis 2010 war Eichert Abteilungsleiter im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und bis 2016 Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung. Seit 2017 ist er Senior Expert der Strategie-manufaktur Karlsruhe.

Tom Eilers, geboren 1970, ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht sowie Arbeitsrecht und Partner der Kanzlei Baumann & Baumann PartmbB. Seit 2006 ist er Sportmanager und seit 2011 Präsidiumsmitglied des Fußballvereins SV Darmstadt 98. Er studierte Rechtswissenschaften in Frankfurt und Mainz und erwarb den Abschluss Master of Laws in Mainz. Von 1989 bis 2001 war er als Profifußballspieler aktiv. Seit 2019 ist er Vorsitzender des Ausschusses für die 3. Liga des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Zudem ist er Mitglied des Lehrstabes für die Fußballlehrerausbildung des DFB.

Prof. Dr. Hans-Peter Erb, geboren 1958, ist seit 2007 Professor für Sozialpsychologie an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Er studierte Psychologie in Mannheim und promovierte 1996 an der Universität Heidelberg. Nach Stationen an der Universität Würzburg, der University of Maryland, USA, und am Universitätsklinikum Halle-Wittenberg habilitierte er sich 2004 an der Universität Jena und war dann als Vertretungsprofessor tätig. Seine Forschungsthemen sind Persuasion, Urteilsbildung im Allgemeinen und Sozialer Einfluss durch Minderheiten und Mehrheiten.

Dr. Terenzio Facchinetti, geboren 1953, hatte vor seinem Ruhestand leitende Funktionen für globale Unternehmen im Bereich der medizinischen Diagnostik inne. Er promovierte in Mailand in Pharmazie und war anschließend in der internationalen pharmakologischen Forschung tätig. 2017 war er Mitgründer von „Pulse of Europe Darmstadt“. Er engagiert sich in der Flüchtlingshilfe und ist Vorsitzender des Fördervereins Aktivspielplatz Herrngarten. Als Experte unterstützte er das Erwachsenenbildungsprojekt „bildung.netz.politik“. Seit 2020 ist er Mitglied von „Scientists for Future“ in Darmstadt.

Dr. Karin Fehres, geboren 1959, ist seit 2020 Referentin für Sport im Sportdezernat der Stadt Frankfurt am Main. Zuvor war sie Vorstand Sportentwicklung im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB). Nach ihrem Studium in Sport und Latein an den Universitäten Mainz und Berlin promovierte sie an der Freien Universität Berlin und hatte anschließend hauptberufliche wie ehrenamtliche Leitungsfunktionen inne, unter anderem in der kommunalen Sportverwaltung, im Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverband (adh), im Deutschen Turnerbund und in Sportjugendorganisationen.

Prof. Dr. techn. Dr.-Ing. eh. Dieter W. Fellner, geboren 1958, ist seit 2006 Professor für Graphisch-Interaktive Systeme an der Technischen Universität Darmstadt und Leiter des Fraunhofer-Instituts für Graphische Datenverarbeitung IGD. Zudem ist er Geschäftsführer der Fraunhofer Austria Research GmbH und hat eine Professur an der Technischen Universität (TU) Graz inne. Fellner studierte Mathematik an der TU Graz und habilitierte sich 1988. Seit 2016 ist er Vorsitzender des Fraunhofer-Verbunds für Informations- und Kommunikationstechnologie und Mitglied des Präsidiums der Fraunhofer-Gesellschaft.

Prof. Dr. Sandra Fietkau, geboren 1980, ist Professorin für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit mit Schwerpunkt Inklusion an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg. Sie studierte Sozialarbeit/-pädagogik an der Fachhochschule Lausitz in Cottbus sowie General Management an der Steinbeis Hochschule Berlin und promovierte 2016 an der Universität Tübingen zu Unterstützungskreisen für Menschen mit Behinderung im internationalen Vergleich. Fietkau ist zudem als Supervisorin und Coach tätig. Ihre Schwerpunkte sind Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungserfahrung.

Peter Fischer, geboren 1973, ist als Redner, Coach und Moderator tätig. Seit 2002 begleitet er als systemischer Berater große Unternehmen und Institutionen in Organisations- und Personalentwicklungsprojekten. Zudem unterrichtet er agile Methoden, mit denen er auch konkret arbeitet. Weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit ist seit 2006 die Ausbildung von Führungskräften. 2013 gründete er das Start-up tingtool, eine Online-Diskussions-Plattform, als deren Gesellschafter und Geschäftsführer er fungiert.

Saskia Flegler, geboren 1990, ist seit 2018 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung und verantwortet unter anderem die „Darmstädter Tage der Transformation“. Sie studierte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg Political and Social Studies. Anschließend absolvierte sie den Masterstudiengang Governance und Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt. Bis August 2017 war sie zunächst als Praktikantin, anschließend unter anderem im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ für die Schader-Stiftung tätig.

Prof. Dr. Susanne Frank, geboren 1967, ist seit 2007 Professorin am Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie der Technischen Universität Dortmund. Sie studierte Soziologie und Wissenschaftliche Politik in Freiburg, wo sie auch promovierte, und war dort und an der Bauhaus-Universität Weimar Wissenschaftliche Mitarbeiterin. Ab 2002 war sie Juniorprofessorin für Stadt- und Regionalsoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie ist unter anderem Wissenschaftliche Beirätin am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) und des Georg-Simmel-Zentrums für Metropolenforschung.

Prof. Ulrike Franke, geboren 1974, ist Diplom-Ingenieurin und Inhaberin eines Architekturbüros. Zudem hat sie eine Vertretungsprofessur für das Lehrgebiet Stadt, Landschaft und Entwerfen an der Hochschule Darmstadt inne. Ulrike Franke studierte Architektur an der Bauhaus-Universität Weimar, wo sie auch als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur Entwerfen und Gebäudelehre arbeitete, und an der Robert Gordon University Aberdeen. In ihrer Arbeit als Architektin liegt ihre Aufmerksamkeit auf nachhaltigen, gemeinschaftsorientierten Gebäude- und Quartierskonzepten.

Tabea Freutel-Funke, geboren 1983, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Kooperativen DFG-Graduiertenkolleg „Doing Transitions“ der Goethe-Universität Frankfurt am Main und der Eberhard Karls Universität Tübingen. Sie studierte Kulturwissenschaften in Frankfurt (Oder). Anschließend absolvierte sie das Masterstudium Urban Studies (4Cities) in Brüssel, Wien, Kopenhagen und Madrid. Von 2012 bis 2014 war sie Projektleiterin bei der Robert Bosch Stiftung. In ihrer Promotion befasst sie sich mit dem Übergang zu selbstständiger Mobilität von Kindern in Berlin und New York City.

Verena Frühauf, geboren 1985, ist Diplom-Soziologin und seit 2012 Mitarbeiterin der Schader-Stiftung. Ab 2013 war sie als Assistentin des Stifters, seit 2020 ist sie im Bereich Vermögen/Finanzen/Liegenschaften tätig. Verena Frühauf studierte an der Technischen Universität Darmstadt Soziologie mit dem Schwerpunkt Bildung und Macht.

Dr. Harald Gapski, geboren 1966, ist Leiter der Abteilung Forschung des Grimme-Instituts, arbeitet in Projekten des Grimme-Forschungskollegs an der Universität zu Köln und ist Beiratsmitglied des Center for Advanced Internet Studies (CAIS) in Bochum. Er studierte Kommunikationswissenschaft und Philosophie in Essen und Wien sowie Media Studies in New York und promovierte zum Thema „Medienkompetenz“. Von 1997 bis 2010 war er Leiter der Projektentwicklung am Europäischen Zentrum für Medienkompetenz und von 2010 bis 2015 Leiter des Bereichs Medienbildung/Medienkompetenz am Grimme-Institut.

Leslie Carmel Gauditz, geboren 1986, promoviert derzeit am SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen zum Thema „Solidaritätsbeziehungen zwischen EU-Bürger_innen und Geflüchteten in aktivistischen Kontexten“. Zudem war sie dort von 2015 bis 2019 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Sie studierte Soziologie sowie Medien- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Hamburg und an der Universidad de Buenos Aires. Wie bereits von 2014 bis 2016 hat sie seit 2020 Lehraufträge am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg inne.

Kiflemariam Gebrewold, geboren 1952, leitet seit 2016 das Projekt „Rüstungskonversion und Rüstungsexport“ im Konziliaren Prozess „Kirche des gerechten Friedens“, das in Kooperation der Evangelischen Landeskirche in Baden und des Hilfswerks Brot für die Welt durchgeführt wird. Zuvor war er etwa 20 Jahre in der praktischen Entwicklungshilfe im Ausland tätig. Er war Senior Adviser beim Dachverband „Christian Relief and Development Associations“ in Addis Abeba und Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Friedensforschungsinstituts Bonn International Center for Conversion (BICC).

Dr. Jens Geisse, geboren 1983, ist seit 2019 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Qualifikationen in der Tutoriellen Lehre am Fachbereich Informatik der Technischen Universität Darmstadt zuständig. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Philosophie des Digitalen und der Informatik sowie in der interdisziplinären Zusammenarbeit in Forschung und Lehre. Jens Geisse studierte Soziologie und Informatik in Freiburg, Marburg und Darmstadt. 2019 promovierte er zum Dr. phil. im Bereich Technikphilosophie.

Alexander Gemeinhardt, geboren 1973, ist seit 2013 Geschäftsführender Vorstand und Direktor der Schader-Stiftung. Er studierte Sozialwesen und Soziale Verhaltenswissenschaften. Von 2000 bis 2003 war er Geschäftsführer des Evangelischen Bundes, anschließend Geschäftsführer und Referent für Publizistik des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim. Gemeinhardt vertritt die Schader-Stiftung in diversen Beiräten. Er gehört der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung an.

Marilena Geugjes, geboren 1991, ist promovierte Politikwissenschaftlerin. Sie studierte Politik- und Wirtschaftswissenschaft, Anglistik und Germanistik in Heidelberg und Brüssel. Von 2016 bis 2019 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg und ist nun als Postdoktorandin an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung tätig. Sie arbeitete langjährig als freie Journalistin, zuletzt bei der Süddeutschen Zeitung, und ist Gemeinderätin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Heidelberg.

Andreas Grau, geboren 1978, ist Projektmanager im Programm „Zukunft der Zivilgesellschaft“ der Bertelsmann Stiftung und verantwortet das Projekt „Engagierte Stadt“. Nach dem Studium der Sozialwissenschaften an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Verona war er von 2005 bis 2008 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität Dresden tätig. Von 2008 bis 2016 arbeitete er als Projektleiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld und ist seit 2016 für die Bertelsmann Stiftung tätig.

Prof. Dr. Yvonne Haffner, geboren 1965, lehrt seit 2011 am Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt, leitet dort das Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik, ist Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule und gehört der fachlichen Leitung des Gender- und Frauenforschungszentrums der hessischen Hochschulen an. Sie studierte Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Psychologie an den Universitäten Frankfurt und Darmstadt. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Frauen- und Geschlechterforschung, Bildung, Arbeit und Geschlecht sowie Gender- und Diversity-Management.

Prof. Anselm Hager Ph.D., geboren 1988, ist seit 2019 Juniorprofessor für Internationale Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er studierte an der London School of Economics und promovierte an der Columbia University, New York. Ab 2017 war er Juniorprofessor für Political Economy an der Universität Konstanz. Zudem ist er Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Er evaluiert Entwicklungsprojekte im subsaharischen Afrika. Hager ist Mitglied im Fachbeirat Integrationspotenziale der Schader-Stiftung und seit 2019 im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.

Dr. Claudius Härpfer, geboren 1981, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Technik- und Organisationssoziologie (STO) der RWTH Aachen. Er studierte Soziologie, Philosophie und Politologie an den Universitäten Würzburg, Frankfurt am Main und Zürich. Härpfer ist Schatzmeister der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung und im Vorstand der Sektion Soziologiegeschichte der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Seine Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Netzwerkforschung, Soziologische Theorie, Geschichte der Soziologie und Wissenschaftssoziologie.

Prof. Dr. Matthias R. Hastall, geboren 1975, ist seit 2012 Professor an der Technischen Universität Dortmund und vertritt das Fachgebiet Qualitative Forschungsmethoden und strategische Kommunikation für Gesundheit, Inklusion und Teilhabe. Er studierte Kommunikationswissenschaft, Psychologie und Rechtswissenschaft an der Technischen Universität Dresden und der Dublin City University. Als Visiting Scholar forschte er ein Jahr an der University of California, Davis. 2010 promovierte er an der Universität Erfurt. Unter anderem ist er Mitherausgeber der „Studies in Communication and Media“.

Prof. Dr. Michael Haus, geboren 1970, ist seit 2012 Professor für Moderne Politische Theorie an der Universität Heidelberg. Er studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie in Frankfurt am Main und Heidelberg. Nach seiner Habilitation in Darmstadt wurde er 2009 Professor an der Universität Kassel. Michael Haus ist Mitglied der Redaktion der „Politischen Vierteljahresschrift“ und seit Januar 2020 einer von zwei Geschäftsführenden Direktor*innen der Heidelberg School of Education, in der Universität und Pädagogische Hochschule im Bereich der Lehrerbildung kooperieren.

Prof. Dr. Roger Häußling, geboren 1969, ist seit 2009 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Technik- und Organisationssoziologie am Institut für Soziologie der RWTH Aachen. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen sowie Philosophie und Soziologie. Von 2007 bis 2009 war er Vertretungsprofessor für Soziologie an der Universität Koblenz-Landau sowie an der RWTH und hatte einen Lehrauftrag für Designtheorie an der Hochschule Pforzheim inne. Er ist Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung (DGNet) und seit 2020 Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.

Prof. Dr. Gunther Hellmann, geboren 1960, ist seit 1999 Professor für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt. Er studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie in Freiburg, München und Washington, D.C., promovierte an der Freien Universität Berlin und war Wissenschaftlicher Assistent an der Technischen Universität Darmstadt. Seine Schwerpunkte liegen in den Bereichen Außenpolitikanalyse, Theorien internationaler Beziehungen, transatlantische und europäische Sicherheit sowie europäische Integration. Zudem wirkt er im Forschungsverbund „Normative Ordnungen“ mit.

Prof. Dr. Julia Helmke, geboren 1969, ist seit 2017 Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Sie studierte Evangelische Theologie in Neuendettelsau, Rostock, Berlin, Montpellier, Heidelberg und San Jose sowie Kulturjournalismus an der Hochschule für Fernsehen und Film München und ist ordinierte Pfarrerin. Ab 2005 war sie Leiterin des Bereichs „Kirche im Dialog“ in der Landeskirche Hannover. Von 2015 bis 2017 leitete Helmke das Referat für gesellschaftspolitische Grundsatfragen im Bundespräsidialamt. Sie lehrt als Honorarprofessorin für Christliche Publizistik in Erlangen.

Anja Herdel, geboren 1967, ist seit 2006 Geschäftsführerin der Wissenschaftsstadt Darmstadt Marketing GmbH. Sie studierte Germanistik, Anglistik und Baugeschichte an der Technischen Universität Darmstadt und war anschließend beim Verkehrsverein Darmstadt beschäftigt, wo sie von 1996 bis 1999 Abteilungsleiterin im Bereich Fremdenverkehr war. Nach der Umfirmierung zur Stadt- und Touristikmarketing Gesellschaft war sie von 2000 bis 2003 als Abteilungsleiterin im Touristikmarketing und von 2003 bis 2006 als stellvertretende Geschäftsführerin tätig.

Prof. Dr. Friederike Herrmann, geboren 1960, ist seit 2012 Professorin für Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Sie studierte Geschichte, Literaturwissenschaft und Volkskunde an der Universität Hamburg und war Wissenschaftliche Assistentin an der Universität Tübingen. Als freie Journalistin arbeitete sie für Hörfunksender und überregionale Printmedien. Von 2006 bis 2012 war sie Professorin für Medienwissenschaft an der Hochschule Darmstadt. Ihre Schwerpunkte sind unter anderem Journalismusforschung sowie Medien und Gesellschaft.

Luisa Hoffmann, geboren 1987, ist seit 2014 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt. Sie arbeitet im Rahmen des DFG Projekts „Global Micro in the Making: The Marketization of Weather Index Insurance for Agriculture“ an ihrer Dissertation zu Mikroversicherungen für Kleinbauern in Kenia. Ihren Bachelor of Arts and Culture erwarb sie an der Maastricht University und absolvierte den Masterstudiengang Political Theory an der Goethe-Universität. Aktuell ist sie Teilnehmerin am Verbundprojekt „Mentoring Hessen“ der hessischen Hochschulen.

Dr. Anna Hofmann, geboren 1978, leitet den Förderbereich Wissenschaft und Forschung der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius. Sie verantwortet interdisziplinäre Nachwuchsprogramme mit dem Fokus auf Grenzen, Migration und Transformation. Anna Hofmann studierte Wirtschaftswissenschaften und Internationale Beziehungen in Krakau und Freiburg und promovierte im Fach Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Von 2003 bis 2008 war sie als Projektleiterin der Stiftung Genshagen tätig, die sich dem europäischen Dialog in den Bereichen Politik, Kunst und Kultur widmet.

Dr. Ulrike Höppner, geboren 1977, ist Politikwissenschaftlerin und hat nach ihrer Promotion 2011 insbesondere zu Fragen von Internet und Gesellschaft geforscht, unter anderem im „Global Privacy Governance Network“ am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sie lehrt an verschiedenen Universitäten Politikwissenschaft und gibt Fortbildungen im Bereich Blended Learning.

Jens Hübertz, geboren 1991, studiert an der Goethe-Universität Frankfurt am Main den Masterstudiengang Soziologie mit den Schwerpunkten Männlichkeit, Neoliberalismus und feministische Theorie. Momentan verfasst er seine Masterarbeit zu Männlichkeits- und Geschlechtskonzeptionen der Partei Alternative für Deutschland. Während der letzten zwei Jahre war er als Studentische Hilfskraft des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung tätig. 2016 war er Praktikant der Schader-Stiftung.

Bernd Hüttner, geboren 1966, ist Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er studierte Verwaltungswissenschaft in Konstanz und Politikwissenschaft an der Universität Bremen und absolvierte ein Zertifikatsstudium Erwachsenenbildung. Berufsbegleitend studierte er Gestaltende Kunst an der Hochschule Bremen/Hochschule für Künste Bremen. Seine Interessensgebiete sind kritische historische Bildung, Geschichte und Geschichtsschreibung der neuen sozialen Bewegungen und der neuen Linken, avantgardistische Kunst und künstlerische Netzwerke 1890-1939.

Prof. Dr. Johannes Kabisch, geboren 1980, ist seit 2017 Professor für Computergestützte Synthetische Biologie an der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Biologie an der Universität Greifswald, wo er 2013 promovierte. Johannes Kabisch leitete eine Nachwuchsgruppe zum Thema Biokraftstoffe. Er ist aktives Mitglied der Global Biofoundries Alliance, welche sich mit Automatisierung in der Biotechnologie befasst. Neben seinen akademischen Tätigkeiten ist er Geschäftsführer der Firma DNA Essence und als Berater tätig.

Bijan Kaffenberger, geboren 1989, ist direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Darmstadt II im Hessischen Landtag. Er studierte International Economics and Economic Policy an der Goethe-Universität Frankfurt und arbeitete dort anschließend am Lehrstuhl für Bankbetriebslehre. Im Thüringer Wirtschaftsministerium war er ab 2016 als Referent für Breitbandausbau und Digitalisierung beschäftigt, bis er 2019 in den Landtag gewählt wurde. Er ist digitalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag sowie Vorsitzender des Forums für Kunst und Kultur der Sozialdemokratie in Hessen.

Isabella Kessel ist Senior Projektmanagerin im Bereich Wissenschaft der Robert Bosch Stiftung. Ihr Schwerpunkt liegt auf Projekten aus dem Science Engagement, der Wissenschaftskommunikation und dem Wissenschaftsjournalismus: Falling Walls Engage, das Science Engagement Projekte zum Nachahmen präsentiert, das SILBERSALZ Science and Filmfestival, das die breite Öffentlichkeit mit Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation in Verbindung bringt, und Script, das afrikanischen Wissenschaftsjournalismus stärkt, sind einige Beispiele dafür.

Gudrun Kirchhoff, geboren 1956, ist Diplom-Soziologin und seit 2015 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin. Sie studierte Soziologie mit dem Schwerpunkt Stadtsoziologie an der Freien Universität Berlin. Von 2006 bis 2015 war Gudrun Kirchhoff als Wissenschaftliche Referentin für die Schader-Stiftung tätig. Sie verantwortete dort unter anderem die Forschungs-Praxis-Projekte „Zuwanderer in der Stadt“ und „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“.

Prof. Dr. Tanja Klenk, geboren 1974, ist seit 2017 Professorin für Verwaltungswissenschaft an der Helmut Schmidt Universität Hamburg. Sie studierte Soziologie, Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie. Nach Stationen als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten in Bremen und Potsdam lehrte sie als Professorin an den Hochschulen in Speyer und Kassel. 2017 habilitierte sie sich an der Universität Potsdam. Klenk ist unter anderem Mitglied im Vorstand der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaften und im Berliner Think-Tank Progressives Zentrum.

Nicolai Koch, geboren 2000, studiert Medizin an der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster. Neben dem Studium engagiert er sich im Projekt „Mit Sicherheit Verliebt“ der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. für die Sexualaufklärung Jugendlicher. Bis 2017 war Nicolai Koch Stadtschulsprecher in Darmstadt und im jugendforum* der Wissenschaftsstadt Darmstadt aktiv. Seit 2020 ist er Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes.

Michael Kolmer studierte Geographie, Politikwissenschaft und Landschaftsgestaltung an der Technischen Universität Darmstadt. Nach Tätigkeiten dort und für das Land Baden-Württemberg im Bereich Technologiefolgenabschätzung war er seit 2000 stellvertretender Leiter des Amts für Wirtschaftsförderung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Seit 2005 leitet er das Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung. Kolmer vertritt die Stadt in zahlreichen Gremien zu Themen wie Start-ups, Stadtentwicklung und Digitalisierung. Daneben hat er bereits verschiedene Lehraufträge übernommen.

Dr. Rudolf Kriszeleit, geboren 1955, ist Rechtsanwalt und war von 2009 bis 2014 Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa. Er studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Frankfurt, war bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht Frankfurt und im Hessischen Ministerium der Finanzen tätig. Von 1995 bis 2001 war er Leiter der Finanzabteilung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, anschließend Vorstandsmitglied der Investitionsbank Hessen. Er ist seit 2013 Mitglied des Stiftungsrats der Schader-Stiftung, seit 2016 dessen Vorsitzender.

Daniel Kubiak, geboren 1982, ist seit 2020 Postdoc am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU). Von 2003 bis 2011 studierte er dort Sozialwissenschaften mit Gastaufenthalt in Polen und den USA. Danach war er ab 2012 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HU Berlin tätig. 2019 promovierte Kubiak mit einer Arbeit zum Thema „Identitätsbildung und Othering von jungen Ostdeutschen“. Seine Schwerpunkte sind unter anderem die Sozialstruktur Deutschlands, Stadtforschung und Identitätsbildung.

Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke, geboren 1956, ist seit 1998 Professorin für Ökonomie und Sozialpolitik an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Sie studierte Volkswirtschaftslehre in Göttingen und war Wissenschaftliche Mitarbeiterin, dann Wissenschaftliche Assistentin an der Technischen Universität Darmstadt. Es folgten Vertretungs- und Gastprofessuren in Frankfurt und München. Schwerpunkte ihrer Forschung sind unter anderem Armut und Armutsmessung, Bildung und Arbeitsmarkt sowie ethische Grundfragen der Ökonomie. Seit 2018 ist sie Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

Astrid Kuhn, geboren 1983, ist seit Juni 2020 Vorstandsvorsitzende und seit 2015 hauptamtliche Geschäftsführerin der Stiftung Wissenschaft und Demokratie, deren stellvertretende Vorstandsvorsitzende sie seit 2015 war. Zuvor war sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Stifters Eberhard Schuett-Wetschky tätig. Ihre Promotionsschrift schloss Astrid Kuhn zum Thema „Bundesverfassungsgericht und Parlamentarismus“ ab.

Annette Kulenkampff, geboren 1957, ist seit 2018 Geschäftsführerin des Deutschen Instituts für Stadtbaukunst in Frankfurt am Main. Sie studierte Kunstgeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Nach Stationen als Geschäftsführerin des Hatje Cantz Verlages und als Vorstandsvorsitzende des Württembergischen Kunstvereins Stuttgart war sie von 2014 bis 2018 Geschäftsführerin der documenta und des Museums Fridericianum in Kassel. Kulenkampff ist unter anderem Mitglied im Kuratorium der Akademie Schloss Solitude.

Jana Kutschmann, geboren 1991, ist Lehrbeauftragte für das Modul Umweltmanagement an der Hochschule Darmstadt. Sie koordiniert die Erstellung des Nachhaltigkeitsberichts der Hochschule und ist zentrale Ansprechpartnerin der Initiative: Nachhaltige Entwicklung (i:ne), die Nachhaltigkeits-Aktivitäten der Hochschule Darmstadt bündelt. Jana Kutschmann ist zudem Mitgründerin von „sustainable thinking“, einer Nachhaltigkeitsberatung. Sie studierte Umwelt- und Betriebswirtschaft in Birkenfeld und den Masterstudiengang Risk Assessment and Sustainability Management an der Hochschule Darmstadt.

Dr. Thilo Lang leitet die Abteilung Regionale Geographie Europas sowie den Forschungsbereich Multiple Geographien regionaler und lokaler Entwicklungen am Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL), wo er seit 2009 tätig ist. Nach dem Studium der Raum- und Umweltplanung in Kaiserslautern und der Stadtplanung in Hamburg war er bis 2005 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung. Er war dann DAAD Research Fellow an der Durham University, England, und ab 2006 Projektkoordinator der ZukunftsAgentur Brandenburg.

Johanna Lanio, geboren 1993, ist seit Oktober 2020 Wissenschaftliche Hilfskraft am Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main. Zudem absolviert sie derzeit den Masterstudiengang Governance und Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt. Ihren Bachelor in Politikwissenschaft und Öffentlichem Recht hatte sie 2017 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz abgeschlossen. 2019 war sie Praktikantin der Schader-Stiftung.

Dr. Thorsten Latzel, geboren 1970, ist seit 2013 Direktor der Evangelischen Akademie Frankfurt. Er studierte Evangelische Theologie an der Universität Marburg und promovierte 2002 an der Universität Heidelberg. Von 2000 bis 2005 war Latzel als Vikar, dann als Pfarrer im Kirchenkreis Hanau-Land tätig, anschließend war er Oberkirchenrat unter anderem für kirchliche Zukunftsfragen im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland in Hannover, seit 2007 leitete er zudem das Projektbüro im Reformprozess „Kirche im Aufbruch“.

Dr. Jutta Lauth Bacas ist Sozialanthropologin mit dem Schwerpunkt Migration, Flucht und Asyl in Südosteuropa. Auf die Promotion in Zürich folgten Lehrtätigkeiten an schweizerischen und deutschen Hochschulen. Von 2004 bis 2011 war sie an der Wissenschaftsakademie Athen in Forschungsprojekten zu Fluchtmigration nach Griechenland tätig. Seit 2012 ist sie freiberuflich als Publizistin und Dozentin aktiv, unter anderem als Dozentin am Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt und seit 2015 als Research Affiliate am Institute of Mediterranean Studies der Universität Malta.

Karen Lehmann, geboren 1990, ist seit 2018 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“. Sie studierte den Bachelorstudiengang European Studies an der Universität Maastricht und absolvierte dann das Masterstudium der Politikwissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Anschließend war sie bei der Europäischen Akademie für Steuern, Wirtschaft und Recht in Berlin tätig.

Dr. Roland Lentz ist Inhaber der LLentz Research+Management für Innovations- und Nachhaltigkeitsmanagement. Seit 2019 engagiert er sich zudem im Projekt „art@HUB“ für den Austausch zwischen Künstler*innen und Unternehmen. Er studierte Biologie an der Universität Mainz und promovierte dort. Nach sieben Jahren als Umweltmanager in leitender Stellung bei Procter & Gamble war er von 1994 bis 1998 Professor für betriebliches Umweltmanagement an der Fachhochschule Wedel. Er leitete zuletzt mehr als 20 Jahre den Geschäftsbereich Innovation und Nachhaltigkeit der Industrie- und Handelskammer Darmstadt.

Dr. Thomas Leppert, geboren 1972, ist Gründer von Heldenrat – Beratung für Soziale Bewegungen e.V. und seit 2016 geschäftsführender Gesellschafter der Heldenrat GmbH, einem Beratungsunternehmen mit Schwerpunkt auf nachhaltigem Wirtschaften und sektorübergreifendem Kompetenztransfer. Er studierte Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und promovierte im Fach Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hamburg. Zwischen 2014 und 2019 war er stellvertretender Bereichsleiter des Themenbereichs Gesellschaft bei der Robert Bosch Stiftung.

Prof. Dr. Peter Oliver Loew, geboren 1967, ist seit Oktober 2019 Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt. Er studierte Osteuropäische Geschichte und Slavistik in Nürnberg, Freiburg und Berlin und promovierte zur lokalen Geschichtskultur in Danzig zwischen 1793 und 1997. Loew lehrt seit 2009, seit 2020 als Honorarprofessor, an der Technischen Universität Darmstadt und an der Technischen Universität Dresden, wo er sich 2014 habilitierte. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte sind unter anderem die Geschichte Polens, Deutschlands und der deutsch-polnischen Beziehungen in der Neuzeit.

Dr. Roland Löffler, geboren 1970, ist seit 2017 Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Er studierte Evangelische Theologie in Tübingen, Berlin, Cambridge und Marburg, wo er auch als Wissenschaftlicher Mitarbeiter forschte, lehrte und promovierte. Nach einer Zeit als freiberuflicher Journalist, dem Vikariat in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und einer Gastprofessur an der Universität Montreal war Löffler von 2007 bis 2016 für die Herbert Quandt-Stiftung tätig. Zuletzt arbeitete er als Geschäftsführer der Stiftung Westfalen-Initiative in Münster.

Peter Lonitz, geboren 1959, ist in der Schader-Stiftung im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig. Er studierte Soziologie, Psychologie und Städtebau an der Technischen Universität Darmstadt. Peter Lonitz ist Mitglied im Presseclub Darmstadt. Zudem ist er zuständig für den Kontakt zu Partner*innen und Fachbesucher*innen sowie die Organisation des Schader-Preises.

Sara Lüttich, geboren 1995, befindet sich derzeit im Masterstudiengang Gesellschaft und Kulturen der Moderne an der Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU). Zudem arbeitet sie im Stipendienprogramm PROMOS des DAAD sowie im Bereich Studium und Praktikum im Ausland des Akademischen Auslandsamts der JLU. 2019 absolvierte sie ein Semester an der North-West-University in Südafrika. Von 2014 bis 2018 studierte Sara Lüttich Archäologische Wissenschaften, Geographie und Kulturgutsicherung an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Sie war 2019 Praktikantin der Schader-Stiftung.

Dr. Alexandra Lux, geboren 1975, ist seit 2000 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für sozial-ökologische Forschung und leitet seit 2015 den Forschungsschwerpunkt Transdisziplinäre Methoden und Konzepte. Zudem ist sie seit 2018 Leiterin des Teilvorhabens „Begleitende Reflexion und Prozessunterstützung“ im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“, das die Hochschule Darmstadt zusammen mit der Schader-Stiftung und weiteren Partnern durchführt. Alexandra Lux studierte Wirtschaftswissenschaften an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und promovierte dort.

Lidiya Maidanova, geboren 1995, ist seit August 2020 im Themenbereich Wissenschaft der Robert Bosch Stiftung GmbH als Hospitantin tätig. Von 2017 bis 2020 studierte sie Politikwissenschaft im Master an der Freien Universität Berlin. Zwischen November 2019 und Mai 2020 absolvierte sie Praktika bei IALANA Deutschland e.V. – Vereinigung für Friedensrecht sowie anschließend bei CRISP e.V. – Conflict Transformation and Civic Education.

Dr. Elham Manea, geboren 1966, ist Privatdozentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich (UZH). Sie studierte Politikwissenschaft an der Universität in Kuwait, war Assistentin an der Universität in Sanaa, Jemen, und erwarb ihren Master an der American University in Washington. 2001 promovierte sie an der UZH und habilitierte sich dort 2011 mit der Arbeit „The Arab State and Women’s Rights“. Ihre Schwerpunkte sind Rechtspluralismus und Islamisches Gesetz, Gender und Politik im arabischen Raum und Politischer Islam. Sie engagiert sich zudem für Frauen- und Menschenrechte.

Matthias Mayer, geboren 1962, ist seit 2008 Leiter des Bereichs Wissenschaft der Körber-Stiftung Hamburg, für die er seit 1996 tätig ist. Dort verantwortet er unter anderem den Körber-Preis für die Europäische Wissenschaft, zuvor war er Projektleiter des Deutschen Studienpreises. Er studierte Philosophie, Germanistik, Politik und Pädagogik in Konstanz und an der Freien Universität Berlin. Mayer ist Mitglied im MINT-Forschungsrat Hamburg. Er war kulturpolitisch aktiv, so als Vorsitzender des Kulturausschusses Altona. Seine Schwerpunkte sind Wissenschaftspolitik und Nachwuchsförderung.

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun, geboren 1950, war seit 1995 Integrationsbeauftragter des SWR Südwestrundfunks und gründete die Fachredaktion für Migrationsfragen „SWR International“. Seit 1992 ist er Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Er studierte Politikwissenschaft und Anglistik in Tübingen und promovierte dort. 2002 gründete er das Wissenschaftsforum Migration und Integration Baden-Württemberg. Er gehört unter anderem dem Rat für Migration an. 1995 erhielt er den Schader-Preis für langjährige Transferleistungen im Themenfeld Migration.

Dr. Kirsten Mensch, geboren 1967, ist seit 2000 Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung. Sie studierte Politikwissenschaft, Philosophie sowie Rechtswissenschaften. 1993 folgte ein Studienaufenthalt an der Universität Groningen in den Niederlanden. Von 1994 bis 1998 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt, wo sie 1999 promovierte. Ihre Schwerpunkte sind unter anderem Sicherheitspolitik, Menschenrechte und Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zudem betreut sie Veranstaltungen mit agilen Formaten.

Prof. Dr. Julia Metag, geboren 1984, ist seit 2019 Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Universität Münster. Sie studierte Medienwissenschaft, Amerikanistische Literaturwissenschaft und Geographie an der Universität Jena sowie in Limerick, Irland. Nach ihrer Promotion 2013 an der Universität Münster war sie Wissenschaftliche Oberassistentin an der Universität Zürich und ab 2016 Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Universität Fribourg, Schweiz. Ihre Forschungsschwerpunkte sind unter anderem Wissenschafts- und Politische Kommunikation sowie Medienforschung.

Christian Möstl, geboren 1990, ist seit 2020 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Norbert Elias Center für Transformationsdesign & -forschung der Europa-Universität Flensburg (EUF) im Forschungsprojekt „Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit: National-autoritärer Populismus und neue soziale Disparitäten als gesellschaftliche Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen Transformation“. Nach seinem Bachelorstudium der Soziologie und der Politikwissenschaft an der Universität Leipzig absolvierte er von 2017 bis 2020 an der EUF den Masterstudiengang Transformationsstudien.

Dr. Anna-Lisa Müller, geboren 1981, vertritt im Wintersemester 2020/2021 die Professur für Humangeographie an der Universität Heidelberg. Institutionell angebunden ist sie an das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, wo sie seit 2019 Wissenschaftliche Mitarbeiterin ist. Sie studierte Soziologie, Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte 2013 an der Universität Bielefeld. 2019 habilitierte sie sich an der Universität Bremen. Ihre Schwerpunkte sind Sozialgeographie mit Fokus auf Stadtgeographie und Migrationsforschung.

Luca Müller, geboren 1995, befindet sich derzeit im Masterstudiengang Governance und Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt. Zuvor absolvierte er den Bachelorstudiengang Social Sciences an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Von Dezember 2019 bis Ende Februar 2020 war er Praktikant der Schader-Stiftung.

Hanna-Lena Neuser, geboren 1980, ist seit 2015 Studienleiterin für die Themenfelder Europa und Jugend an der Evangelischen Akademie Frankfurt und seit Januar 2020 stellvertretende Akademiedirektorin. Sie studierte Politikwissenschaft und Öffentliches Recht in Frankfurt und Trier, war dann an der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung in Vallendar tätig und absolvierte berufsbegleitend einen Masterstudiengang Erwachsenenbildung. Neuser war Studienmanagerin an der Bayerischen Akademie für Werbung und Marketing und ab 2012 Studienleiterin des Jungen Forums der Akademie Tutzing.

Andrea Nispel, geboren 1960, ist seit 1998 als freiberufliche Beraterin, Coach, Moderatorin sowie als Sozialwissenschaftlerin tätig. Sie studierte Pädagogik, Soziologie, Psychologie, Philosophie und Germanistik. Zudem absolvierte sie Ausbildungen zur Systemischen Beraterin und Systemischen Coach. Ihre Schwerpunkte sind die gesellschaftspolitischen Themenfelder Diversität und Inklusion sowie Bildung und Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Andrea Nispel war Gründungsmitglied und gehört seit 1994 dem Vorstand des Vereins beramí – berufliche Integration e.V. in Frankfurt am Main an.

Anke Pättsch, geboren 1970, ist Mitglied der Geschäftsleitung im Bundesverband Deutscher Stiftungen und Leiterin des Bereichs Internationales und Diversität sowie Koordinatorin mehrerer Arbeits- und Expertisekreise. Sie ist Germanistin und seit 2004 im Bundesverband Deutscher Stiftungen tätig. Dort war sie von 2007 bis 2016 Leiterin des Bereichs Medien und Kommunikation sowie von 2006 bis 2012 Pressesprecherin. Zuvor arbeitete sie als Projektleiterin für Internetportale der Messe Düsseldorf, als Lektorin in Verlagen und Universitäten sowie als Journalistin und im Bereich Marketing.

Laura Pauli, geboren 1991, ist seit 2019 Persönliche Referentin des Vorstands der Schader-Stiftung sowie bereits seit 2018 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“. Nach ihrem Bachelor in Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt absolvierte sie den Masterstudiengang Governance and Public Policy an der Technischen Universität Darmstadt. 2015 war sie Stadtteil-Botschafterin der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt und 2018 Praktikantin der Schader-Stiftung. Sie ist Stiftungsmanagerin (DSA).

Audrius Paura, geboren 1982, ist seit 2011 Referent an der Botschaft der Republik Litauen in Berlin. Er studierte Geschichte an der Universität Vilnius und Politik- und Geschichtswissenschaften als DAAD-Stipendiat an der Universität Konstanz. Zudem absolvierte er ein Erasmus-Studium an der Leibniz Universität Hannover und der Karls-Universität Prag. 2009 war er im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums des Deutschen Bundestages für junge Hochschulabsolventen tätig.

Dr. Eberhard Martin Pausch, geboren 1961, ist seit 2016 Studienleiter der Evangelischen Akademie Frankfurt und für den Themenbereich Religion und Politik zuständig. Er studierte Evangelische Theologie in Frankfurt am Main und Marburg und promovierte dort 1993 als Stipendiat des Evangelischen Studienwerks Villigst. Eberhard Martin Pausch war Gemeindepfarrer der Evangelischen Kreuzgemeinde in Frankfurt, Oberkirchenrat im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland in Hannover und Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau für die Reformationsdekade.

Prof. Dr. Roswitha Pioch, geboren 1963, ist seit 2009 Professorin für Politische Zusammenhänge der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Kiel. Sie studierte Politikwissenschaft und Soziologie in Marburg und promovierte 1999 in Leipzig. Pioch war Wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten Leipzig und Göttingen sowie am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, und Vertretungsprofessorin in Duisburg-Essen und Kassel. Sie ist Lehrbeauftragte an mehreren Universitäten und Sprecherin des Arbeitskreises Migrationspolitik der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft.

Marc Pirogan, geboren 1993, absolviert den Masterstudiengang Soziologie technikwissenschaftlicher Richtung an der Technischen Universität Berlin, wo er 2019 auch als Dozent/Tutor für das Fachgebiet Ethik und Technikphilosophie tätig war. Ab 2017 war Pirogan Studentische Hilfskraft am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft. Zuvor studierte er im Bachelor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Soziologie mit einem Fokus auf Arbeits- und Wirtschaftssoziologie. Marc Pirogan ist ehemaliger Praktikant der Schader-Stiftung.

Dr. Matthias Quent, geboren 1986, ist seit 2016 Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) der Amadeu Antonio Stiftung in Jena und Mitglied des Rats des bundesweiten Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ). Zudem ist er als Berater, Gutachter und Sachbuchautor tätig. Er studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Neuere Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der University of Leicester, England. Seine Schwerpunkte sind unter anderem Politische Soziologie und Rechtsextremismusforschung.

Prof. Dr. Lars Rademacher, geboren 1972, ist seit 2014 Professor für Public Relations am Fachbereich Media der Hochschule Darmstadt, zudem seit 2018 Adjunct Lecturer & Researcher am Cork Institute of Technology, Irland. Nach dem Studium der Literatur- und Medienwissenschaften, Katholischen Theologie, Philosophie und Wirtschaftswissenschaften war er unter anderem als Pressesprecher und Leiter der Kommunikation tätig. Ab 2008 war er Professor für Medienmanagement an der Hochschule Macromedia in München. Er ist seit 2018 Vorsitzender des Deutschen Rats für Public Relations.

Sven Rasch, geboren 1975, ist seit 2013 Geschäftsführer von Netzwerk ROPE e.V., das im Auftrag der Wissenschaftsstadt Darmstadt Bildungs- und Freizeiteinrichtungen für Jugendliche betreibt und in Projekten der Beschäftigungsförderung aktiv ist. Sven Rasch studierte Erziehungswissenschaft, Vergleichende Religionswissenschaft und Islamwissenschaft/Osmanistik in Heidelberg. Bei ROPE arbeitet er im Feld der Menschenrechtsbildung zum Thema Vorurteile und Vielfalt.

Prof. Dr. Dr. h.c. Ortwin Renn, geboren 1951, ist seit 2016 Wissenschaftlicher Direktor am Institut für Transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam. Zudem hat er den Lehrstuhl Technik- und Umweltsoziologie an der Universität Stuttgart inne und ist in der Leitung des Forschungsinstituts DIALOGIK tätig. Renn studierte Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Sozialpsychologie und promovierte an der Universität zu Köln. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Umsetzung der Energiewende, globale Bedrohungen durch systemische Risiken sowie Digitalisierung und nachhaltige Entwicklung.

Prof. Dr. Lars Rinsdorf, geboren 1971, ist Professor für Journalistik sowie Studiendekan an der Hochschule der Medien Stuttgart. Er studierte Journalistik und Raumplanung an der Universität Dortmund. Von 2008 bis 2012 war er Professor für Verlagsmanagement im Studiengang Medienwirtschaft der Hochschule der Medien Stuttgart. Seit 2018 ist Rinsdorf Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK). Seine Forschungsschwerpunkte sind Rezeptionsforschung, Redaktionsmanagement, Forschung und Entwicklung in Medienunternehmen sowie Medienmarken.

Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, geboren 1951, leitet seit 2002 als Gründungsdirektorin das ZAK Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Sie ist Koordinatorin des deutschen Netzwerks der Anna Lindh Stiftung, Mitglied im Fachausschuss Kultur der deutschen UNESCO-Kommission und seit 2013 Vorsitzende des Wissenschaftlichen Initiativkreises Kultur und Außenpolitik am Institut für Auslandsbeziehungen. Seit 2017 ist sie Mitglied und seit März 2020 Sprecherin des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

Dr. Tobias Robischon, geboren 1963, ist Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung in Darmstadt. Er studierte Politikwissenschaft an der Universität Marburg sowie an der Freien Universität Berlin und promovierte am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Demokratie, Politische Ökonomie und Digitalisierung sowie Stadt- und Regionalentwicklung im Kontext gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels.

Vera Rogova, geboren 1989, ist seit 2015 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Sie studierte Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung sowie Volkswirtschaftslehre in Frankfurt, Darmstadt und Boston. Ihre Forschungsthemen sind wirtschaftliche Reformpolitiken in autoritären Staaten, die russische Außenpolitik und russisch-westliche Beziehungen. Von 2018 bis 2020 war sie Sprecherin der Jungen DGO und gehörte dem Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO) an.

Tobi Rosswog, geboren 1990, ist seit 2009 als freier Dozent, Autor, Coach und Aktivist tätig. Nach dem Motto „Utopien leben statt nur darüber zu sprechen“ engagiert er sich für eine sozial-ökologische Transformation hin zu einer Gesellschaft jenseits von Arbeit, Eigentum und Geld. 2018 erschien sein Buch „After Work – Radikale Ideen für eine Gesellschaft jenseits der Arbeit“. Er ist Mitinitiator des Netzwerks living utopia, des Bildungskollektivs imago und des utopischen Freiraums K20 Projekthaus.

Prof. Dr. Ulrike Röttger, geboren 1966, ist seit 2003 Professorin für Public Relations-Forschung an der Universität Münster. Sie studierte Journalistik und Raumplanung, war Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fachhochschule Hannover und am Institut für Journalistik der Universität Hamburg sowie Assistentin und Oberassistentin am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich. Von 2008 bis 2010 war sie Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Seit 2019 gehört sie dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.

Dr. Evelyn Runge, geboren 1978, ist seit April 2020 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Principal Investigator am Institut für Medienkultur und Theater an der Universität zu Köln. Sie studierte Politikwissenschaft, Journalistik, Neuere deutsche Literatur und Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Zeitgleich absolvierte sie eine Ausbildung zur Redakteurin an der Deutschen Journalistenschule in München. Von 2015 bis 2019 war sie Forschungsstipendiatin der Martin Buber Society of Fellows in the Humanities and Social Sciences an der Hebrew University of Jerusalem.

Alois M. Schader, geboren 1928, ist Diplom-Ingenieur und Stifter. Nach dem Studium an der Darmstädter Staatsbauschule und der Technischen Hochschule Darmstadt war er freiberuflich als beratender Bauingenieur tätig. 1988 gründete er die Schader-Stiftung in Darmstadt und gehört bis heute deren Vorstand an. Schader wurde 2013 mit der Leibniz-Medaille der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet und erhielt 2015 die Johann-Heinrich-Merck-Ehrung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. 2019 wurde ihm die Ehrensensorenwürde der Technischen Universität Darmstadt verliehen.

Wiebke Schindel, geboren 1965, leitet das Referat für Integrationsförderung und Modellprojekte der Integrationsabteilung im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Sie studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Volkswirtschaft an der Technischen Universität Darmstadt. Seit 1992 ist sie für die Hessische Landesregierung tätig und dort aktuell für das Landesprogramm „WIR“ zuständig.

Prof. Dr. Liane Schirra-Weirich, geboren 1960, ist seit 2010 Prorektorin für Forschung und Weiterbildung und seit 1999 Professorin für das Lehrgebiet Soziologie an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen (KatHO NRW). Nach ihrem Studium war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Lehrbeauftragte an der RWTH Aachen. Ihre Schwerpunkte sind unter anderem Versorgungsforschung sowie Alter(n) in einer demographisch sich wandelnden Gesellschaft. Sie ist stellvertretende Sprecherin des Instituts für Teilhabeforschung an der KatHO NRW und seit 2016 Vorstandsmitglied des Graduierteninstituts NRW.

Kjell Schmidt, geboren 1981, ist seit 2016 Geschäftsführer der Regionalpark Rhein-Main gGmbH. Er war zuvor beim Landesbetrieb HessenForst und dort zuletzt als Referent des Projekts „Land mit Zukunft“ der Herbert Quandt-Stiftung sowie der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ tätig. Schmidt studierte Forstwirtschaft an den Hochschulen Rottenburg und Inverness sowie berufsbegleitend Business Administration an der Hochschule Mainz. Zudem war er von 2011 bis 2014 stellvertretender Geschäftsführer des Naturparks Taunus.

Dr. Janosch Schobin, geboren 1981, hat seit 2017 an der Universität Kassel die Projektleitung der BMBF-Nachwuchsgruppe „DeCarbFriends“ inne. Er studierte dort Soziologie und Mathematik und promovierte 2011 zum Thema „Friendship and Care“. Von 2009 bis 2015 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung. Nach Forschungsaufenthalten in Chile und den USA leitete er an der Universität Kassel die Nachwuchsgruppe „Gamifizierung als soziologisches Problem“. Zu seinen Schwerpunkten zählen Soziologie der Freundschaft, Soziale Netzwerktheorie und Soziale Isolation.

Dr. Christopher Scholtz, geboren 1972, ist seit 2016 Leiter des Instituts für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision (IPOS) der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Zudem leitet er dort die Fachstelle Organisationsentwicklung. Er studierte Evangelische Theologie, Philosophie und Pädagogik in Mainz, Pisa, Frankfurt und Göttingen. Scholtz ist Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, war Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität Frankfurt und von 2014 bis 2016 Studienleiter für Religion und Politik an der Evangelischen Akademie Frankfurt.

Dr. Anne Schreiter, geboren 1984, ist Geschäftsführerin der German Scholars Organization e.V. (GSO). Sie studierte Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation an der Universität der Künste in Berlin sowie Chinesische Sprache und Kultur in Nanjing und Shanghai. Vor ihrer Tätigkeit bei der GSO hat Anne Schreiter Programme für Führungskräfte entwickelt und Karriereworkshops für Doktoranden und Postdocs geleitet. Sie wurde in St. Gallen im Fach Organisationssoziologie promoviert und hat ein Jahr als Postdoc an der University of California in Berkeley geforscht.

Susanne Schröder-Bergen, geboren 1994, ist seit Anfang 2020 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Sie beschäftigt sich in ihrer Promotion mit Partizipation und sozialer Ungleichheit im freien Kartenprojekt OpenStreetMap. Davor studierte sie an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Münster Geographie mit Schwerpunkten in der Sozialgeographie und der Geoinformatik. Schröder-Bergen war 2019 Praktikantin der Schader-Stiftung.

Philipp Schrögel, geboren 1982, ist seit 2016 Akademischer Mitarbeiter am Department für Wissenschaftskommunikation des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), wo er das Projekt „Wissenschaft für alle“ leitet und im Projekt „Science In Presentations“ forscht. Zudem arbeitet er freiberuflich als Wissenschaftskommunikator. Er studierte Physik an der Universität Erlangen-Nürnberg, absolvierte ein Masterstudium in Public Policy an der Harvard Kennedy School of Government und war als Berater für Bürgerbeteiligung und Wissenschaftskommunikation bei der IFOK GmbH tätig.

Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert, geboren 1951, ist Inhaber des Büros Sozial.Raum.Management in Hannover. Der studierte Sozial- und Raumwissenschaftler wurde 1987 zum Dr. phil. promoviert und habilitierte sich 1998 im Fachgebiet Sozioökonomie der Regionalentwicklung. Als außerplanmäßiger Professor lehrt er Architektursoziologie an der Fakultät für Architektur und Landschaft der Universität Hannover. Von 1999 bis 2017 war er Professor für Soziologie und Sozialmanagement an der Technischen Hochschule Köln und dort Direktor des Instituts für Management und Organisation in der Sozialen Arbeit.

Philipp Schulz, geboren 1995, ist Doktorand am Geographischen Institut der Universität Heidelberg. In seinem Promotionsprojekt untersucht er die Bedeutung digitaler Plattformen für das Zustandekommen und die Pflege sozialer Beziehungen im urbanen Raum. Philipp Schulz studierte Geographie an der Universität Heidelberg. Im Rahmen des Sommercamps 2019 der Schader-Stiftung „Echt kommunikativ?“ entwickelte er mit seiner Arbeitsgruppe das Projekt „Be Local“, eine lokal-globale Begegnungsplattform. Er ist seit 2019 kooptiertes Mitglied im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.

Dr. Matthias Schulze-Böing, geboren 1954, ist seit 1995 Leiter des Amtes für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach und seit 2005 zusätzlich Geschäftsführer des Eigenbetriebs MainArbeit. Kommunales Jobcenter Offenbach. Schulze-Böing studierte von 1974 bis 1980 Soziologie und Volkswirtschaftslehre an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und promovierte an der Freien Universität Berlin. Er ist Vorstandsvorsitzender des Vereins Beschäftigungspolitik: kommunal e.V. sowie Sprecher des Bundesnetzwerks Jobcenter.

Prof. Dr.-Ing. Dr. Kai Schuster lehrt seit 2010 Sozialpsychologie sowie Architekturpsychologie und -theorie an den Fachbereichen Gesellschaftswissenschaften und Architektur der Hochschule Darmstadt. Er studierte Psychologie in Eichstätt, Göttingen und Heidelberg, promovierte an der Universität Kassel und schloss ein Studium der Architektur ebenfalls mit der Promotion ab. Er war als Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Forschungsgesellschaft für umweltschonende Energieumwandlung und -nutzung mbH, der Energiestiftung Schleswig-Holstein sowie an der Universität Kassel tätig.

Dr. Jutta Schütz, geboren 1953, ist Journalistin und Autorin. Sie studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Völkerkunde in Tübingen und promovierte anschließend in Mainz. Als Redakteurin, beziehungsweise Chefredakteurin war Jutta Schütz für ein touristisches PR-Magazin sowie eine Fachzeitschrift tätig. Zudem hat sie Reiseführer und -berichte verfasst. Ehrenamtlich war sie zehn Jahre lang in der Redaktion der Frauenzeitschrift „Mathilde“ aus Darmstadt engagiert. Derzeit gestaltet sie mehrere regelmäßige Sendungen bei Radio Darmstadt, darunter das Frauen-Kulturmagazin „Mathilde on Air“.

Christian Schwindt, geboren 1963, ist theologischer Oberkirchenrat, seit 2010 Leiter des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung in Mainz und fachlich zuständig für das Handlungsfeld Gesellschaftliche Verantwortung und diakonische Dienste der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Er studierte Evangelische Theologie, Philosophie und Kulturmanagement in Bonn, Marburg und Ludwigsburg, war Gemeinde- und Stadtkirchenpfarrer in Buchen und Frankfurt, Leiter der Evangelischen Stadtakademie Frankfurt sowie Leiter des Arbeitsbereichs Bildung im Evangelischen Regionalverband Frankfurt am Main.

Prof. Dr. Stefan Selke, geboren 1967, ist Professor für das Lehrgebiet Soziologie und Gesellschaftlicher Wandel an der Hochschule Furtwangen und hat dort die Forschungsprofessur für Transformative und Öffentliche Wissenschaft inne. Er studierte zunächst Luft- und Raumfahrttechnik und promovierte später im Fach Soziologie. Seine Forschungsinteressen sind unter anderem transformative und öffentliche Wissenschaft, soziale Utopien sowie Weltraumexploration. Von 2014 bis 2020 war er Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

Dr. Frank Simon, geboren 1961, ist Gründer und Inhaber des Instituts für Nachhaltigkeitsmanagement. Von 2016 bis 2018 war er geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik, dem er seit 1993 angehört, seit 2012 als Mitglied des Vorstands. Zudem war er Geschäftsführer der ZfW Compliance Monitor GmbH. Er ist Industriekaufmann und studierte Betriebswirtschaftslehre in Hagen und Münster, anschließend folgte die Promotion. Seine Schwerpunkte liegen in Fragen der nachhaltigen Ausrichtung und des Wertemanagements von Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen.

Prof. Dr. Annette Spellerberg ist seit 2008 Professorin für Stadtsoziologie an der Technischen Universität Kaiserslautern. Sie absolvierte ihr Studium der Soziologie, Politik, Psychologie und Pädagogik an der Freien Universität Berlin. Anschließend war sie unter anderem als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Wissenschaftliche Assistentin an der Universität Bamberg tätig. Zu ihren Schwerpunkten zählen Stadt- und Regionalsoziologie, Demographischer Wandel, Sozialstrukturen, Lebensstile, Wohnbedürfnisse und Sozialräumliche Migrationsforschung.

Luise Spieker, geboren 1992, studiert Politische Theorie im Master-Kooperationsstudiengang der Goethe-Universität Frankfurt und der Technischen Universität Darmstadt. Gleichzeitig absolviert sie das Gender Studies Zertifikationsprogramm des Cornelia Goethe Centrums. Sie beschäftigt sich mit theoretischen Fragestellungen sozialer Ungleichheit und deren Äußerungsformen in der Gesellschaft. Davor absolvierte Spieker ihr Bachelorstudium in Politikwissenschaften und Amerikanistik mit einem Schwerpunkt auf epistemischer Ungerechtigkeit. Aktuell ist sie Praktikantin der Schader Stiftung.

Prof. Dr. Christian Stegbauer, geboren 1960, ist außerplanmäßiger Professor für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er studierte Soziologie, Sozialpsychologie, Statistik und Wirtschaftsgeographie in Frankfurt. Es folgten Tätigkeiten an der Technischen Universität Darmstadt, bei Nielsen-Marketing Research und an der Universität Frankfurt. Er ist Mitbegründer der Sektion Soziologische Netzwerkforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Mitinitiator der Initiative interdisziplinäre Netzwerkforschung und Gründungsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung.

Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein ist Inhaberin von Büro Stein, Stadt- und Regionalplanung. Sie studierte Raumplanung an der Universität Dortmund, wo sie 2006 zum Thema „Lernende Stadtregion“ promovierte. Seit 2005 ist sie Honorarprofessorin für „Kommunikation in der Planung“ an der Universität Kassel. Ihre Schwerpunkte sind Strategien für Städte und Regionen, Prozessgestaltung für kooperative Planungsarbeit, Organisationsentwicklung in planenden Institutionen, aktuell der Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier. Sie gehört seit November 2020 dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung an.

Prof. Dr.-Ing. Arnd Steinmetz, geboren 1966, ist seit 2002 Professor für Multimedia-technik- und Applikationen am Fachbereich Media sowie seit 2013 Vizepräsident für Forschung und wissenschaftliche Infrastruktur der Hochschule Darmstadt (h_da). Steinmetz war von 2010 bis 2013 Dekan des Fachbereichs Media der h_da. Seit 2011 ist er Adjunct Professor am Cork Institute of Technology in Cork, Irland. Er steht unter anderem der Arbeitsgruppe Ethik des Technologie- und Ethikbeirats der Digitalstadt Darmstadt GmbH vor und war Kurator des „Darmstädter Gesprächs“ im Februar 2020.

Prof. Dr. Ralph Stengler, geboren 1956, ist seit 2010 Präsident der Hochschule Darmstadt und seit 1991 Professor für Messtechnik und Qualitätsmanagement am Fachbereich Maschinenbau und Kunststofftechnik. Er studierte Physik in Mainz und Bonn, promovierte 1988 in Mainz und war dann im Prozess- und Materialqualitätsmanagement tätig. Seit 2020 ist Stengler Sprecher der hessischen Hochschulallianz für Angewandte Wissenschaften. Er ist unter anderem Mitglied in der Deutschen Gesellschaft für Qualität. 2012 wurde ihm eine Ehrenprofessur der Technischen Universität in Uljanowsk verliehen.

Natascha Stromer, geboren 1986, ist seit 2019 als Referentin des Generalsekretärs und des Präsidenten am Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) tätig. Nach ihrem Diplomstudium an der Musikhochschule Stuttgart war sie von 2010 bis 2012 Mitglied des Staatsorchesters Stuttgart. Von 2013 bis 2015 absolvierte sie den Masterstudiengang Communication & Cultural Management an der Zeppelin Universität Friedrichshafen. Stromer war 2015 Mitgründerin des Klassik-Streaminganbieters GrammoFy, mit dem sie unter anderem als „Kultur- und Kreativpilotin 2016“ von der Bundesregierung ausgezeichnet wurde.

Prof. Dr. Georgios Terizakis, geboren 1975, ist Professor für Politikwissenschaft an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung. Nach seinem Studium und der Promotion an der Technischen Universität Darmstadt (TUD) arbeitete er bei der Landeshauptstadt Hannover und anschließend als Hochschul-Praxis-Koordinator im LOEWE-Forschungsschwerpunkt „Eigenlogik der Städte“ sowie als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der TUD. Von 2017 bis 2019 war er Dozent für Sozialwissenschaften an der Hochschule der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz.

Dr. Thorsten Thiel ist seit Dezember 2017 Leiter der Forschungsgruppe „Digitalisierung und Demokratie“ am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft und Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Zuvor war er Koordinator des Leibniz-Forschungsverbundes „Krisen einer globalisierten Welt“ an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und Postdoc am Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Prof. Dr. Martina Thiele, geboren 1967, ist seit 2020 Professorin für Medienwissenschaft mit dem Schwerpunkt Digitalisierung und gesellschaftliche Verantwortung an der Universität Tübingen. Sie studierte in Göttingen Slavische Philologie, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft sowie Politikwissenschaft und Germanistik, promovierte dort 2001 und war dann Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Dortmunder Institut für Journalistik. Ab 2003 lehrte und forschte sie an der Universität Salzburg, unter anderem in den Bereichen Kommunikationstheorien, Medien und Stereotype sowie Gender Studies.

Canan Topçu, geboren 1965, ist Dozentin, Journalistin und Moderatorin mit Schwerpunkt auf den Themen Integration, Migration, Medien, Islam und muslimisches Leben in Deutschland. Sie studierte Geschichte und Literaturwissenschaft an der Universität Hannover. Von 1999 bis 2011 war sie Redakteurin der „Frankfurter Rundschau“. Sie lehrt an der Hochschule Darmstadt und an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung. Canan Topçu ist Mitbegründerin der Neuen Deutschen Medienmacher e.V.

Rolf Toyka, geboren 1950, ist Berater mit dem Schwerpunkt Kommunikation im Themenfeld Architektur und Städtebau. Der diplomierte Architekt war bis 2015 Geschäftsführer der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen (AKH) und Leiter der Akademie der AKH. Er studierte an der Technischen Universität Braunschweig und der ETH Zürich. Toyka war als Architekt in Architekturbüros und als Stadtbaumeister tätig. Er hatte Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen inne, zuletzt für Marketing und PR für Architekten an der Fachhochschule Frankfurt. Er ist Autor von Fach-, Schul- und Kindersachbüchern.

Prof. Dr. Annette Treibel, geboren 1957, ist seit 1996 Professorin für Soziologie am Institut für Transdisziplinäre Sozialwissenschaft der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe. Seit 2018 ist sie Studiengangleiterin des dortigen Masterstudiengangs Interkulturelle Bildung, Migration und Mehrsprachigkeit. Seit 2011 gehört sie dem Rat für Migration an. Seit 2017 ist sie Mitglied im Konzil der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), dem sie bereits von 2005 bis 2013 angehörte. Ihre Schwerpunkte sind Migrations- und Geschlechterforschung, Zivilisationstheorie und Öffentliche Soziologie.

Anna-Lena Treitz, geboren 1996, ist seit 2018 Studentische Mitarbeiterin der Schader-Stiftung, seit 2019 verantwortet sie schwerpunktmäßig die Organisation des Großen Konvents und des Kleinen Konvents der Stiftung. Zuvor war sie bereits Praktikantin der Schader-Stiftung. Sie studierte Soziologie und Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, schloss mit dem Bachelor ab und absolviert nun dort ihr Masterstudium im Fach Soziologie.

Salman Tyyab, geboren 1984, ist Fernsehjournalist, Unternehmer und Kommunikationsberater. Er studierte Medienkommunikation und Journalismus an der Fachhochschule des Mittelstands in Bielefeld und schloss 2009 damit ab. Anschließend volontierte er in Günther Jauchs Firma i&u TV und war bis 2015 dort als stern TV-Redakteur tätig, wechselte dann als Chefredakteur zu Muslim Television Ahmadiyya (MTA). Nebenbei studiert er aktuell Religionswissenschaften und befasst sich im Rahmen seiner Masterarbeit mit dem Islamverständnis von Johann Wolfgang von Goethe.

Dr. Bernhard Unterholzner, geboren 1980, ist seit 2017 Mitarbeiter des Netzwerk ROPE e.V. Er leitet den SportKlub Martinsviertel (Baas-Halle), betreut die Fachstelle Deutschförderung und arbeitet im Projekt „Digital dran bleiben für meine Zukunft“ der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Seine Schwerpunkte sind Jugendarbeit, Entwicklung und Umsetzung von Lernformaten sowie Beratung. Unterholzner studierte Medienwissenschaft, Geschichte und Volkswirtschaftslehre in Potsdam, München und Budapest und promovierte am Historischen Seminar der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Prof. Dr. Joachim Valentin, geboren 1965, ist seit 2005 Direktor des Hauses am Dom, Katholische Akademie Rabanus Maurus, und außerplanmäßiger Professor für Christliche Religions- und Kulturtheorie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er studierte Katholische Theologie und Philosophie in Freiburg i.Br., promovierte im Fach Fundamentaltheologie und ist Pastoralreferent. Er war Wissenschaftlicher Assistent für Religionsgeschichte in Freiburg und habilitierte dort. Valentin ist unter anderem Mitglied des Rundfunkrates des Hessischen Rundfunks und Vorsitzender des Frankfurter Rates der Religionen.

Wolfgang Voegele, geboren 1943, hat Architektur und Stadtplanung an der Technischen Hochschule Karlsruhe studiert und ist seit 1973 in verschiedenen Partnerschaften freiberuflich als Stadtplaner und Architekt in der Stadterneuerung tätig. Er hatte Lehraufträge an der Hochschule für Technik Stuttgart, an der Universität Kaiserslautern und der Bauhaus-Universität Weimar. Voegele ist Mitglied der Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), des Werkbundes Baden-Württemberg und der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL). Er ist Vorstand der Egon Eiermann Gesellschaft.

Dr. Monika Wächter, geboren 1956, ist Wissenschaftliche Referentin beim DLR Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR-PT) und dort seit 2007 für Fördermaßnahmen des BMBF im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften zuständig. Sie absolvierte ein Biologiestudium an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und promovierte 2003 an der Technischen Universität Berlin. Wächter verfügt über langjährige Erfahrung im Projekt- und Wissenschaftsmanagement, insbesondere im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich.

Dennis Weis, geboren 1987, ist seit 2018 Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung. Er studierte Internationale Entwicklungszusammenarbeit an der Universität Wien und schloss seinen Master of Science im Fach International Public Management and Policy an der Erasmus Universität zu Rotterdam ab. In der Schader-Stiftung ist er schwerpunktmäßig für das Projekt „Integrationspotenziale finden Stadt“ zuständig und betreut weitere Projekte zu internationaler Politik und internationalen Beziehungen sowie Social-Media-Projekte.

Prof. Dr.-Ing. Thomas Weith ist Leiter der Arbeitsgruppe „Co-Design von Wandel und Innovation“ im Programmbereich „Landnutzung und Governance“ sowie von BMBF-Projekten am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e.V., wo er seit 2009 tätig ist. Er studierte Landschaftsplanung an der Technischen Universität Berlin und promovierte dort. Zudem ist er seit 2015 außerplanmäßiger Professor für Raumplanung und Umweltentwicklung an der Universität Potsdam. Neben weiteren wissenschaftlichen Auslandsaufenthalten lehrt er seit 2004 an der Universität Opole in Polen.

Prof. Julian Wékel ist Wissenschaftlicher Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berlin, und leitet das Institut für Städtebau und Wohnungswesen München. Er studierte Architektur und Städtebau in Wien und Berlin, war leitender Stadtplaner in Hamburg, Frankfurt und Berlin und lehrte unter anderem in Paris, Saigon und Berkeley. Von 2001 bis 2016 war er Professor für Entwerfen und Stadtplanung an der Technischen Universität Darmstadt. Wékel gehört dem Kuratorium Nationale Stadtentwicklungspolitik an. Er war von 2014 bis 2020 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

Prof. Dr. Petra Werner, geboren 1966, ist Professorin für Journalistik am Institut für Informationswissenschaft und Mitglied im Forschungsschwerpunkt „Digitale Technologien und Soziale Dienste“ der Technischen Hochschule Köln. Sie studierte Journalistik und Sozialwissenschaften, war als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Journalistik der Universität Dortmund tätig und promovierte dort. In der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft ist sie als stellvertretende Sprecherin der Fachgruppe Journalistik/Journalismusforschung aktiv.

Dr. Adelheid Wessler, geboren 1969, leitet seit 2018 das Team Internationales bei der VolkswagenStiftung. Sie ist dort zuständig für alte und außereuropäische Sprachen und Kulturen sowie Ethnologie. Ihr Studium der Ethnologie, Soziologie und Politischen Wissenschaften absolvierte sie in Bonn und Köln, wo sie später promovierte. Wessler betreute Forschungsprojekte an Museen, unter anderem am Niedersächsischen Landesmuseum Hannover, und Kooperationsprojekte zwischen Afrika und Deutschland. Längere Forschungsaufenthalte verbrachte sie unter anderem in Bolivien und Namibia.

Dr. Christina West ist Wissenschaftlerin im Vorhaben Zukunftsorientierte Stadtentwicklung des Projekts „Systeminnovation für Nachhaltige Entwicklung (s:ne)“ an der Hochschule Darmstadt. Zudem ist sie Erste Vorsitzende von Urban Innovation – Stadt neu denken! e.V. in Heidelberg. Sie war an der Universität Heidelberg Wissenschaftliche Koordinatorin und Geschäftsführerin sowie Projektleiterin zweier Reallabore. An der Universität Koblenz-Landau vertrat West die Professur Geographiedidaktik und war als Visiting Scholar und Research Coordinator an der Hong Kong Baptist University tätig.

Karsten Wiegand, geboren 1972, ist seit 2014 Intendant des Staatstheaters Darmstadt. Er studierte Germanistik, Politikwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre. 1994 wurde er Dramaturg für Schauspiel und Musiktheater am Hans Otto Theater in Potsdam und arbeitete dann als freier Regisseur unter anderem am Theater Bremen, der Oper Hannover, dem Staatsschauspiel und der Staatsoper Stuttgart und der Staatsoper Berlin. Von 2008 bis 2013 war er Operndirektor am Deutschen Nationaltheater Weimar und erhielt für seine Inszenierung von „Faust I“ den Bayerischen Theaterpreis.

Dr.-Ing. Elena Wiezorek, geboren 1975, ist seit 2011 Hauptgeschäftsführerin der Architektenkammer Rheinland-Pfalz, seit 2018 Vorsitzende der Landesgruppe Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) sowie Geschäftsführerin der Stiftung Baukultur Rheinland-Pfalz. Die Vermessungstechnikerin und studierte Stadtplanerin promovierte mit einer Arbeit über kollektives Handeln in Wohnquartieren im demografischen Wandel. Zuvor war sie unter anderem als Projektleiterin in der Stadtsanierung und als Geschäftsführerin einer City-Management-Gesellschaft tätig.

Dr. Harald Wilkoszewski, geboren 1976, ist seit 2017 Leiter Kommunikation am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Er studierte Politikwissenschaft, Europäisches Recht und Religionswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München und promovierte an der London School of Economics and Political Science. Berufliche Stationen waren das Max-Planck-Institut für demografische Forschung, die Stiftung Neue Verantwortung, das OECD-Bildungsdirektorat in Paris und der europäische Forschungsverbund Population Europe, dessen Brüsseler Büro er von 2015 bis 2017 leitete.

Dr. Thomas Windmann, geboren 1967, ist Leiter der Stabsstelle Konfliktmanagement und Psychosoziale Beratung am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Zuvor leitete er dort zehn Jahre lang den Bereich Presse, Kommunikation und Marketing. Er promovierte im Fach Chemie und schloss ein Studium der Rechtswissenschaften ab. Mehrjährige Erfahrungen konnte er als Referent und Dozent an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie als Mediator in der Wissenschaft sammeln.

Karin Wolff, geboren 1959, ist seit Oktober 2019 Geschäftsführerin der Gemeinnützigen Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH. Sie studierte Geschichte und Theologie in Mainz und Marburg. Von 1995 bis 2019 war sie Landtagsabgeordnete, von 1999 bis 2008 Hessische Kultusministerin. Sie amtierte als stellvertretende Ministerpräsidentin und war stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Hessen. Ab 1989 war sie mehrfach Stadtverordnete der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Karin Wolff gehört dem Kuratorium der Evangelischen Hochschule Darmstadt und dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an, seit 2018 als stellvertretende Vorsitzende.

Ayşe Yılmaz, geboren 1982, ist seit August 2019 Koordinatorin und Ansprechpartnerin des Selbsthilfebüros Darmstadt in der PARITÄTISCHE Projekte gemeinnützige GmbH. Sie betreut dort unter anderem das Projekt „Selbsthilfe und Zuwanderung in Darmstadt“. Zuvor war sie im Selbsthilfebüro Offenbach für den Bereich interkulturelle Öffnung in der Selbsthilfe zuständig. Nach ihrem Abschluss als Diplom-Ingenieurin an der Technischen Hochschule Darmstadt hat sie sich an der Hochschule Fulda auf den Schwerpunkt Sozialraummanagement und -organisation der Sozialen Arbeit spezialisiert.

Ricarda Ziegler, geboren 1989, ist Referentin der Geschäftsführung bei der Wissenschaft im Dialog gGmbH und leitet dort die Projekte „Wissenschaftsbarometer“, eine jährliche Bevölkerungsumfrage zu Wissenschaft und Forschung, sowie „Impact Unit für Wirkung und Evaluation in der Wissenschaftskommunikation“ mit dem Ziel einer aussagekräftigeren Evaluationspraxis und stärkeren Wirkungsorientierung in der Wissenschaftskommunikation in Deutschland. Ricarda Ziegler studierte Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin sowie an der University of Sussex in Großbritannien.

Prof. Dr. Karsten Zimmermann, geboren 1970, ist seit 2012 Professor für Europäische Planungskulturen an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund. Er studierte Sozialwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover. 2004 promovierte Zimmermann an der Universität Hannover und habilitierte sich 2010 im Fach Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt. Anschließend war er Gastprofessor am Institut für Politikwissenschaft sowie Mitglied des interdisziplinären Forschungsverbunds „Eigenlogik der Städte“ an der Technischen Universität Darmstadt.

Peter Zoche, geboren 1951, ist Vorstand des Freiburger Instituts für angewandte Sozialwissenschaft FIFAS. Er studierte Soziologie und Psychologie an der Universität Freiburg. Am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI leitete er die interdisziplinäre Forschungsabteilung auf dem Gebiet moderner Informations- und Kommunikationssysteme, die Geschäftsstelle des ISI im Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag und gehörte dem internen Führungskreis der Institutsleitung an. Er ist Mitglied im Beirat der Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit.

Prof. Dr. Nils Zurawski, geboren 1968, ist seit November 2020 Leiter der Forschungsstelle der Polizei in Hamburg (FosPol) und assoziierter Wissenschaftler am Institut für kriminologische Sozialforschung der Universität Hamburg. Er studierte Soziologie, Ethnologie und Geographie in Münster, wo er 1999 promovierte. 2013 wurde er an der Technischen Hochschule Darmstadt habilitiert. Zurawski arbeitet zudem als Konfliktberater und Mediator. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem Überwachung, Stadt und Raum, Frieden und Konflikt, Nordirland, qualitative Methoden sowie Ethnographie.

7

Wahl zum Kleinen Konvent



Die Mitglieder des Großen Konvents wählen jeweils bei ihrer Jahrestagung im November aus den Reihen der Gesellschaftswissenschaftler*innen einen Kleinen Konvent, der als zentrales Beratungs- und Begutachtungsgremium die Aufgabe hat, mit dem Vorstand gemeinsam die kommende Konventstagung vorzubereiten, Kooperationsanträge zu begutachten und die Stiftung in wissenschaftlichen Fragen zu beraten.

Der Kleine Konvent besteht aus sechs Personen und soll ein weiteres Mitglied als Vertretung der nächsten akademischen Generation kooptieren. Am 8. November 2019 wurde ein Mitglied des Kleinen Konvents durch den Großen Konvent für die Amtszeit 2020/21 bestätigt und zwei Mitglieder wurden neu gewählt:

- *Prof. Anselm Hager Ph.D.*,
Humboldt-Universität zu Berlin
- *Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha*
Karlsruher Institut für Technologie (KIT) (seit 2017)
- *Prof. Dr. Ulrike Röttger*
Westfälische-Wilhelms-Universität Münster

Die Wahl zum Kleinen Konvent unterliegt folgenden Grundregeln:

- Wählbar sind Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler im Verständnis von § 2 (2) der Satzung.
- Es muss mindestens je ein Mitglied des Kleinen Konvents dem Bereich der Soziologie, der Politikwissenschaft sowie der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft angehören.
- Es dürfen nicht gleichzeitig mehrere Mitglieder des Kleinen Konvents einer Hochschule oder einem Institut angehören.
- Gewählt werden immer drei Mitglieder auf jeweils zwei Jahre.
- Das passive Wahlrecht ist nicht an die Präsenz bei der Tagung des Großen Konvents gebunden.
- Das aktive Wahlrecht kann nur persönlich während der Tagung des Großen Konvents wahrgenommen werden.
- Um gewählt zu werden, muss eine Person mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen erreichen.
- Eine direkte Wiederwahl ist zweimalig möglich.
- Die Wahlliste wird von Vorstand und amtierendem Kleinen Konvent aufgestellt.

Eine Aufgabe des Kleinen Konvents ist es, ein Mitglied der nächsten akademischen Generation aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften zu kooptieren. Für dieses stimmberechtigte Mitglied gilt eine Berufszeit von zwei Jahren.

Im November 2019 wurde als Mitglied der nächsten akademischen Generation für die Amtszeit 2020/21 in den Kleinen Konvent kooptiert:

- Philipp Schulz M.Sc., Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Die Wahl zum Kleinen Konvent wurde ordnungsgemäß während der Jahrestagung des Großen Konvents am 6. November 2020 vollzogen. Im Fall von Gisela Kubon-Gilke fand eine Wiederwahl statt, sie gehört dem Kleinen Konvent seit 2018 an, Roger Häußling und Ursula Stein kandidierten erstmals. Die Kandidierenden hatten Gelegenheit, sich persönlich vorzustellen. Die Wahlhandlung erfolgte in diesem Jahr über ein digitales Tool, die Wahlbeteiligung lag bei 85 Prozent.

Jedes Mitglied des Großen Konvents hatte drei Stimmen. Dabei entfielen auf die Kandidierenden Stimmen in folgender prozentualer Verteilung:

Prof. Dr. Roger Häußling	92 %
Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke	84 %
Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein	91 %

Prof. Dr. Roger Häußling, geboren 1969, ist seit 2009 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Technik- und Organisationssoziologie am Institut für Soziologie der RWTH Aachen. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen sowie Philosophie und Soziologie. Von 2007 bis 2009 war er Vertretungsprofessor für Soziologie an der Universität Koblenz-Landau sowie an der RWTH und hatte einen Lehrauftrag für Designtheorie an der Hochschule Pforzheim inne. Er ist Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung (DGNet).

„Als Forscher ist es bedeutsam für mich [...], Gesellschaftswissenschaften nicht im Elfenbeinturm zu realisieren, sondern eine enge Verankerung zur Praxis herzustellen und das ist auch die Zielsetzung der Schader-Stiftung. Wir Gesellschaftswissenschaftler neigen dazu, uns ein bisschen aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen und da ist die Schader-Stiftung ein wichtiger Warnrufer. In dieser Hinsicht ehrt es mich sehr, als Mitglied des Kleinen Konvents zu kandidieren.“

Prof. Dr. Roger Häußling

Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke, geboren 1956, ist seit 1998 Professorin für Ökonomie und Sozialpolitik an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Sie studierte Volkswirtschaftslehre in Göttingen und war Wissenschaftliche Mitarbeiterin, dann Wissenschaftliche Assistentin an der Technischen Universität Darmstadt. Es folgten Vertretungs- und Gastprofessuren in Frankfurt und München. Schwerpunkte ihrer Forschung sind unter anderem Armut und Armutsmessung, Bildung und Arbeitsmarkt sowie ethische Grundfragen der Ökonomie. Seit 2018 ist sie Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

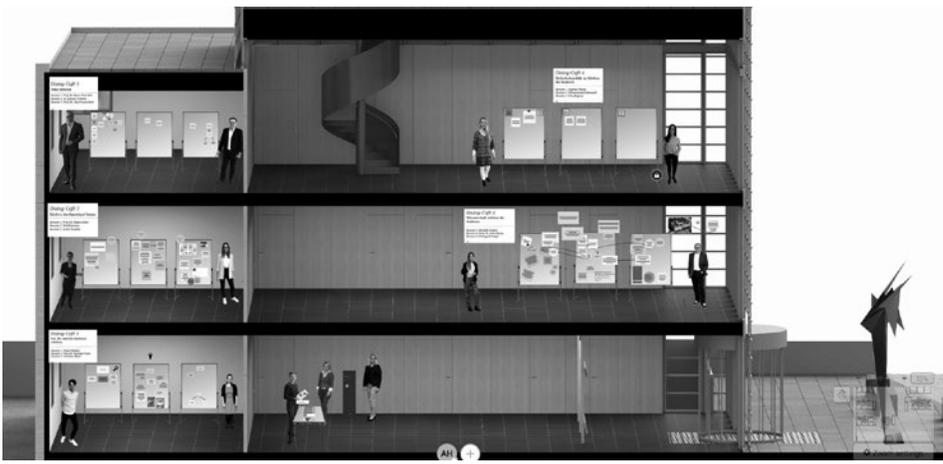
„Ich bin Volkswirtin und berufen für Ökonomie und Sozialpolitik. Das umreißt mein relativ großes Spektrum an Interessens- und Tätigkeitsgebieten [...] Diese Themen schließen unmittelbar an die Arbeit der Schader-Stiftung an [...] Ich bin bereits seit zwei Jahren Mitglied im Kleinen Konvent. Ich schätze die Arbeit der Stiftung über alles und war immer begeistert, die Arbeit der Stiftung zu unterstützen. Ich würde mich freuen, weiter dabei sein zu können.“

Prof. Dr. Gisela Kubon-Gilke

Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein ist Inhaberin von Büro Stein, Stadt- und Regionalplanung. Sie studierte Raumplanung an der Universität Dortmund, wo sie 2006 zum Thema „Lernende Stadtregion“ promovierte. Seit 2005 ist sie Honorarprofessorin für „Kommunikation in der Planung“ an der Universität Kassel. Ihre Schwerpunkte sind Strategien für Städte und Regionen, Prozessgestaltung für kooperative Planungsarbeit, Organisationsentwicklung in planenden Institutionen, aktuell der Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier.

„Warum habe ich mich so gefreut, als ich gefragt wurde, ob ich im Kleinen Konvent mitwirken kann? Ich erlebe die Schader-Stiftung als einen Ort des Denkens und der Diskussion. Das ist etwas, das absolut notwendig ist, um handeln zu können und über disziplinäre Grenzen hinaus zu denken. Das Engagement der Schader-Stiftung ist lokal und über Lokales hinaus für das Thema Transformation unserer gesellschaftlichen, räumlichen und wirtschaftlichen Entwicklung absolut wichtig.“

Prof. Dr.-Ing. Ursula Stein



Der Große Konvent 2020 fand erstmals in der Digitalen Dependence der Schader-Stiftung statt (oben). Vorstand und Kleiner Konvent danken dem Team der Schader-Stiftung für die Durchführung des Großen Konvents 2020. Im Bild (v.l.n.r.): Dennis Weis, Luca Müller, Rolf Schnauffer, Katharina Apfelbaum, Anna-Lena Treitz, Cedric Faust, Saskia Flegler, Tobias Robischon, Alexander Gemeinhardt, Johanna Lanio, Till Miethe, Simone Mundinger, Karen Lehmann, Peter Lonitz, Laura Pauli, Kirsten Mensch, Jens Hübertz, Luise Spieker, Alla Stoll, Justus Heinecker, Hanna Santelmann, Alexander Hinz, Sara Lüttich.

Einmal jährlich führt ein Großer Konvent die Partner*innen der Schader-Stiftung zusammen, um den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis mit ihnen gemeinsam fortzuschreiben und in dieser Weise unmittelbar die Gesellschaftswissenschaften in ihrer Praxis-Orientierung zu fördern und zu stärken.

Unter dem Thema „Das Erleben der Anderen“ tagte am 6. November 2020 der achte Große Konvent der Schader-Stiftung. Gesellschaftswissenschaftler*innen und Persönlichkeiten aus der Praxis, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, des Wissenschaftsmanagements und der angewandten Wissenschaft, Verbänden und nichtstaatlichen Organisationen begleiteten gemeinsam die inhaltliche Entwicklung der Stiftung. Statt vor Ort im Schader-Forum debattierten in diesem Jahr rund 160 Teilnehmende in der Digitalen Dependence.

Die vorliegende Dokumentation informiert über den Großen Konvent 2020, die Teilnehmenden und die Wahl zum Kleinen Konvent.

Weitere Informationen unter
www.schader-stiftung.de/GrKo20

ISBN 978-3-932736-52-0